



Schweizerisches

Sozialarchiv

Sachdokumentation

Signatur: KS 335/41c-8

www.sachdokumentation.ch

Nutzungsbestimmungen

Dieses Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv bereitgestellt. Es kann in der angebotenen Form für den **Eigengebrauch** reproduziert und genutzt werden (Verwendung im privaten, persönlichen Kreis bzw. im schulischen Bereich, inkl. Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der Nutzer, die Nutzerin selber verantwortlich.

Für Veröffentlichungen von Reproduktionen zu kommerziellen Zwecken wird eine **Veröffentlichungsgebühr** von CHF 300.– pro Einheit erhoben.

Jede Verwendung eines Bildes muss mit einem **Quellennachweis** versehen sein, in der folgenden Form:

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich: Signatur KS 335/41c-8

© Schweizerisches Sozialarchiv, Stadelhoferstr. 12, CH-8001 Zürich
<http://www.sozialarchiv.ch>

erstellt: 15.05.2014



Katalogisiert
 335
 41c-8
 Schweizerisches
 Sozialarchiv

Lehrlings

Probleme



AUTONOME ARBEITSGRUPPE LEHRLINGSPROBLEME
 DOKUMENTATION I
 REDAKTION ANDRE CHANSON



PREIS: 3.- Fr. Lehrlinge, Schüler & Studenten 2.- Fr.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Lehrlingsprobleme.Kritische Untersuchung von A.Chanson	I-4
Auszug aus einem Dokument der Progressiven Lehrlinge Basel	4
Kopie aus einem Staatskundeheft	5
Gewerbeschulen-Unterricht nach Mass	6-8
Lehrlinge-Stiefkinder unserer Gesellschaft	8-9
Auszug aus Bundesgesetz über Berufsbildung	9
Lehrlinge kontra Studenten ? Eine Diskussion.	10-12
Das Berufsschulwesen heute und morgen. Dr.C.Aversano	12-20
Dokument eines Hotelplan Lehrlings.	20-25
Schüler und Berufsschüler aller Klassen vereinigt Euch	25
Wege für eine zeitgemässe Berufsschule.E.Schalcher	26
Der Lehrling wird nicht gefragt.	27
BBC-Modell	27
Eine progressive Parole.	28
Lehrlings-Streik Zürich	29-30
Seit einer Woche Stift.	31
Wann revoltieren die Lehrlinge ?	32
Die Berufsschule ist besser als einige Kritiker glauben.	33
Wenn es in der Lehre Schwierigkeiten gibt.Dr. M.Achtnich	34
Mehr Geld für die grösste Schülergruppe im Kanton Zürich.	35
Die Situation der Lehrlinge.Ein Teach-in.	35
Wo bleiben die Reformen ?	36
Organisierte Ohnmacht--Bührle & Co.	37
Im Schulgefüge ist einiges nicht in Ordnung.P.Früh	38
Lehrlingswesen	39
Ein ehemaliger Lehrling schweigt nicht länger.	40
Beispiele der Lehrlingsagitation :	
Flugblatt der Progressiven Jugend Zürich zum I.Mai 69	41
Einladung zu einem Teach-in der PJ zum Thema Sexualität	42
Pille ? Aus der Lehrlingszeitung Orgasmus	43

Zuschriften sind zu richten an :

Postfach 317, 8025 Zürich, Vermerk: Lehrlingsprobleme

LEHRLINGS PROBLEME
=====

Eine kritische Untersuchung von A.Chanson

Die vorliegende Dokumentation versucht, den Leser mit wichtigen Aspekten des Lehrlingswesens zu konfrontieren.

Lehrlingsprobleme - gibt es die überhaupt ?

Sachverständige und Politiker von links bis nach rechts sind sich einig, dass sie vorhanden sind.

Die Frage, welche Bedeutung diesen Problemen zukommt, versuche ich mit einigen Bemerkungen zu beantworten.

Die eine oder die andere Seite der Lehrlingsprobleme wird in dieser Dokumentation nicht oder nur ungenügend erwähnt. Es bleibt somit Aufgabe der Dokumentation diese Lücke zu schliessen. Diese Ausgabe stellt vor allem die Berufsmittelschule zur Diskussion.

Einige Beiträge nehmen Bezug auf die materielle Stellung des Lehrlings. Klar und überzeugend werden wir von einem Stift der Reisefirma Hotelplan (Migros) über einige Misstände aufgeklärt. (Falls es den Herren der Direktion peinlich sein sollte; wir haben die Dokumentation nicht etwa von einem ihrer Lehrlinge erhalten, also kein Grund für Repressionen.

Nun einige Hinweise auf die Schwierigkeiten (schreienden Ungerechtigkeiten) welchen der heutige Lehrling ausgesetzt ist; oder "das Unzumutbare im Lehrlingswesen". Dies lässt sich in folgende Gruppen einteilen:

a) Materielle Misstände:

- Der Lohn der Lehrlinge ist im Verhältnis zu ihrer Arbeitsleistung viel zu tief (ca. 2-4 mal). Er wird ausgebeutet !
- Die Ferien der Lehrlinge sind zu kurz.
- Wir fordern 12 Wochen Ferien für alle Lehrlinge, (analog Mittelschule).
- Es gibt Lehrlinge, die heute noch, sämtliche Ueberstunden und Zusatzdienste zur Arbeitszeit gerechnet, annähernd 50 Stunden pro Woche arbeiten !
- Forderung: 40 Stundenwoche für alle Lehrlinge (inkl. Schule).
- Schulhäuser und Klassenzimmer entsprechen nicht den Forderungen einer modernen Schule. (Lehrkasernen mit veraltetem Mobiliar, dauernder Wechsel der Klassenzimmer etc.)

Zitat Agitation:

"In den meisten Zimmern der Gewerbeschulen stehen 40 jährige Antiquitäten - sprich Schulmöbel. Kein Wunder, dass ein grosser Teil der Lehrlinge unter Haltungsschäden leidet."

- In der Gewerbeschule steht dem Lehrling keine oder wenn, eine Kantine mit weit übersetzten Preisen zur Verfügung, die erst noch 50 mal zu klein ist.

Dazu Dr.C.Aversano, der Direktor der Zürcher Gewerbeschule:

"... dass die Kantinenpreise überhöht sind, haben wir schon lange gemerkt. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet." Auf die Idee die Preise zu senken wäre der Herr Direktor bis heute noch nicht gekommen !

- Der Lehrling braucht zu seiner anstrengenden Arbeit einen Ausgleich: das Lehrlingsturnen. Nicht im Sinne "körperlicher Ertüchtigung" sondern im Sinne von Spiel, Bewegung. Darum: Mindestens 2-3 Stunden Turnen pro Woche während der Arbeitszeit.

- Der in vielen Lehrverträgen anzutreffende Passus, nach welchem eine politische Tätigkeit des Lehrlings ohne Wissen und Einwilligung der Lehrfirma verboten ist (z.B. Albiswerk Zürich AG, Aktienmehrheit Siemens), muss verschwinden !



Das Recht auf freie politische Tätigkeit ist dem Lehrling ausdrücklich zuzusichern!

- Das Berufsbildungsgesetz, ein Gesetz welches die Ausbeutung der Lehrlinge durch Industrie und Wirtschaft schützt, muss neu verfasst werden
- Lehrlinge die nicht bei ihren Eltern wohnen können, werden in Lehrlingsheime gesteckt. Heime, in denen auf offene und versteckte Art die Lehrlinge nach den Vorstellungen der Lehrherren dressiert und durch Verbote und Vorschriften für deren Ziele gefügig gemacht werden.
- Die Lehrlinge werden in ihrem natürlichen und für ihre gesunde Entwicklung notwendige Sexualleben durch unsinnige Verbote, durch Gesetze und Erzieher gehemmt.

Zu all diesen Problemen meint der freisinnige Direktor Aversano:
"Noch sind es überwiegende psychologische, arbeitstechnische und bedeutende finanzielle Vorteile, die die vereinzelt Nachteile voll aufwiegen."

Ganz bestimmt sind bedeutende finanzielle Vorteile vorhanden, aber nicht Vorteile des Lehrlings, sondern Vorteile der Industrie und Wirtschaft.

b) Bildungsmissstände

- Bisher wurde dem Lehrling eine Fachidiotenausbildung geboten, mit ungenügender Allgemeinbildung.
- Die Geschichte der Arbeiterbewegung sowie die Lehren von Marx-Lenin und moderner Philosophen wie Marcuse werden totgeschwiegen.
- Die Lehrlinge werden über Politik nicht informiert.
- In der Staatskunde wird unsere Demokratie in unverantwortlicher Weise verherrlicht.

Dazu Dr. H. Chresta, Berufsschulinspektor:

"... wenn ich noch anführen darf, dass die Lehrlinge durch die Einführung ins ZGB über ihre grundlegende private Rechtssphäre orientiert werden, dass sie in der Wirtschaftskunde ihre Rolle als Verbraucher kennen und in der eigentlichen Staatskunde ihre Rechte und Pflichten als Staatsbürger schätzen lernen, dass Lebenskunde als Unterrichtsprinzip alle Fächer durchziehen soll und eine spezielle Lebenskunde sie in die Probleme der Partnerwahl und Ehe einführen - so ist damit deutlich zum Ausdruck gebracht, dass unsere Berufsschulen in Sachen Allgemeinbildung sich nicht mehr in dem prähistorischen Bildungsnotstand befinden, wie einzelne dartun".

Ein kleines Beispiel soll zeigen, was diese Herren unter Lebenskunde verstehen:

Pfarrer Linsi erklärte uns (wir waren damals zwischen 19 und 20 Jahre alt), dass unsere Freundinnen beim Geschlechtsakt überhaupt keine Lust verspürten, sondern dass sie dies nur täten, um ihren Freund nicht zu verlieren. Als ich als Einziger energisch protestierte, legte er als "Beweis" den Brief eines Mädchens vor, welches seine Behauptung bestätigte.

Wes Geistes Kind der Staatskunde-unterricht ist, mag die beiliegende (S.5) Kopie (entnommen aus einem Staatskundeheft 4. Lehrjahr; diese Zeichnung musste von allen Schülern angefertigt werden) verdeutlichen. Weitere Ausführungen zu diesem Thema wären hier Zeitvergeudung.

- Durch die Beibehaltung der gegenwärtigen Schulstruktur wird die Aufteilung der Gesellschaft in Klassen, im Falle der Lehrlinge in eine nicht zum selbständig Denken fähige, dadurch manipulierbare Klasse, bewusst beibehalten.
- Die leitenden Herren der Wirtschaft und ihre Marionetten (darunter

Dr. Aversano) versuchen nun, diese Misere durch ein neues Schulsystem die Berufsmittelschule zu verdecken. Dieses soll bereits 1970 verwirklicht werden. Versuche sind in der BBC Baden, in Aarau und Bern in Gange. Wie diese Schule aussehen soll, können sie dem Artikel auf Seite 6-8 entnehmen.

Es seien mir noch einige Gedanken gestattet:

Bisher erklärten die leitenden Herren der Wirtschaft, der "praktischen" Ausbildung sei unbedingt Priorität einzuräumen. Die Schulstunden dürfen nicht verlängert werden.

Jetzt stellen sie plötzlich fest, dass durch vermehrte Grundausbildung und Allgemeinbildung eine Leistungssteigerung möglich ist. Das beweist, dass ein grosser Teil der bisher praktischen Arbeit unnötig und somit Ausbeutung war. Weiter merken sie, dass durch vermehrte Bildung das Niveau gehoben wird. Man ist jedoch nicht bereit, allen Lehrlingen die gleiche Bildung zu ermöglichen, sondern zieht nur die notwendige Elite nach und lässt die grosse Masse der Lehrlinge weiterhin in Unwissenheit.

Für die Mehrausbildung soll der Lehrling den Samstag und seine Freizeit opfern. Die Betriebe stellen nur einen Tag der vermehrten Ausbildung zur Verfügung. Ein Teil der ausgefallenen Arbeitszeit muss nach der Lehre zum Stiftlohn nachgeholt werden.

- Die Wirtschaft wird immer mehr rationalisiert, so dass der Bedarf an Manuell arbeitenden immer kleiner wird.
- Für die Grosszahl wird auch in Zukunft das nötige Wissen fehlen, um den wechselnden Anforderungen der Berufe (geistige Arbeit) zu genügen.

Welche Schlüsse sind nun aus diesen Schilderungen zu ziehen ?

Reformen oder Revolution - zwei Möglichkeiten !

1. Reformen

- Die Ausbildung muss für alle vermehrt vom Betrieb in die Schulen verlagert werden. d.h. es ist eine Grundlehre zu fordern in welcher der Anteil der Schulbildung etwa die Hälfte ausmacht. Also 20 Stunden Schule 20 Stunden im Betrieb. In der grösseren Schulzeit soll besonders Wert auf Allgemeinbildung gelegt werden. (10 Stunden Fachausbildung 10 Stunden Allgemeinbildung). Die besonders begabten Lehrlinge sollen die Möglichkeit haben, durch Freifächern auf Kosten der Arbeitszeit (nicht in der Freizeit) eine weitere Ausbildung zu geniessen (ca. 5 Stunden/Woche). Die schwächeren Schüler müssen durch besonders geschulte Lehrer in zusätzlichen 5 Stunden (wie die Begabten) ausgebildet werden (in der Arbeitszeit).

Wichtig: die Grundlehre bleibt für alle Lehrlinge gleich. Nach der Grundlehre muss den interessierten Arbeitern eine weitere Ausbildung ermöglicht werden z.B. Vorbereitung aufs Technikum oder Matura und zwar nicht wie bisher in der Freizeit sondern Tagsüber. Dies erfordert grosszügige Stipendien (speziell für verheiratete).

Allgemeine Forderungen:

- Es soll ein Diskussionsforum in der Schule geschaffen werden.
- Vermehrte Diskussionen und selbständige Gruppenarbeit in den Schulstunden.
- Das Mitbestimmungsrecht der Lehrlinge und Lehrer muss eingeführt werden.

2. Revolutionäre Umgestaltung

Die revolutionärste Forderung ist "die Abschaffung der Lehre." Genau wie vor 50 Jahre die Kinderarbeit bekämpft und abgeschafft wurde, müssen wir uns heute mit dem Gedanken befassen, die "Jugendlichen-Arbeit" abzuschaffen. Dies erfordert einen völlig neuen Schultypus für die 16-20 jährigen. 3

Die Gesamtschule

In ihr soll neben einer fundierten theoretischen Ausbildung eine breite Allgemeinbildung + umfassende Einführung in praktische Arbeiten ermöglicht werden (so dass jeder sein Töffli selbst reparieren kann, oder weiss wie eine Haushaltungsmaschine, ein Drehbank funktioniert und gebaut ist). Die Gesamtschule erfordert eine neue Art des lernens, und lehrens. Sie muss in einer Phase des Experimentierens ausprobiert und verbessert werden. Das Projekt der Gesamtschule nenne ich darum ein revolutionäres Projekt, weil es meiner Ansicht nach in der heutigen Gesellschaftsform nicht verwirklicht werden kann und darum eine grundsätzliche Aenderung erfordert.

Die Aufgabe der revolutionären Linken in diesen Fragen

Die Frage der Steigerung des Bewusstseins durch vermehrte Allgemeinbildung und das Verhindern der Trennung der Lehrlinge in drei neue Klassen, ist für uns die zentrale Frage. Diese Aspekte können nur gemeinsam aufgegriffen werden.

Um die Aufteilung der Lehrlinge in diese drei Klassen zu verhindern, müssen wir die progresiven Lehrlinge mobilisieren um zu erreichen, dass an den Schulen die Diskussion über die Gesamtschule beginnt. Andererseits haben wir die Aufgabe in der Öffentlichkeit auf diese Fragen hinzuweisen um dort eine Opposition zu finden die sich in den entscheidenden Augenblicken mit den Aktionen der progresiven Lehrlinge solidarisiert.

Ich glaube nicht, dass wir ein Modell wie das vorgeschlagene verwirklichen können, dass an einer Grundsäule der Bourgeoisie (Bildungsfragen) rüttelt und dazu beitragen würde, sie zum Einstürzen zu bringen --- -- ohne die ^{zu} entscheidende Rolle dieser Frage erkennen und an ihr mit allen Kräften arbeiten um mit ihrer Verwirklichung zum Sturz der herrschenden Ausbeuter beizutragen.

AUSZUG AUS EINEM DOKUMENT DER PROGRESSIVEN LEHRLINGE BASEL

=====

Spezialisierung: Weiterhin sollte es möglich sein, die unzähligen spezialisierten Berufe auf die Lehre des Grundberufes zurückzuführen. Das ungeheuere Anwachsen des Wissens bedingte eine Spezialisierung, die sicher im Interesse des technischen Fortschrittes steht. Ob sie aber gleichzeitig einem wahren menschlichen Bedürfnis entspricht, wäre eine andere Frage. Zweifellos ist die Spezialisierung am Arbeiterplatz unumgänglich, ein Wechsel dieser kleinen, stark umrissenen Tätigkeitsfelder sollte jedoch innerhalb des Grundberufes möglich sein.

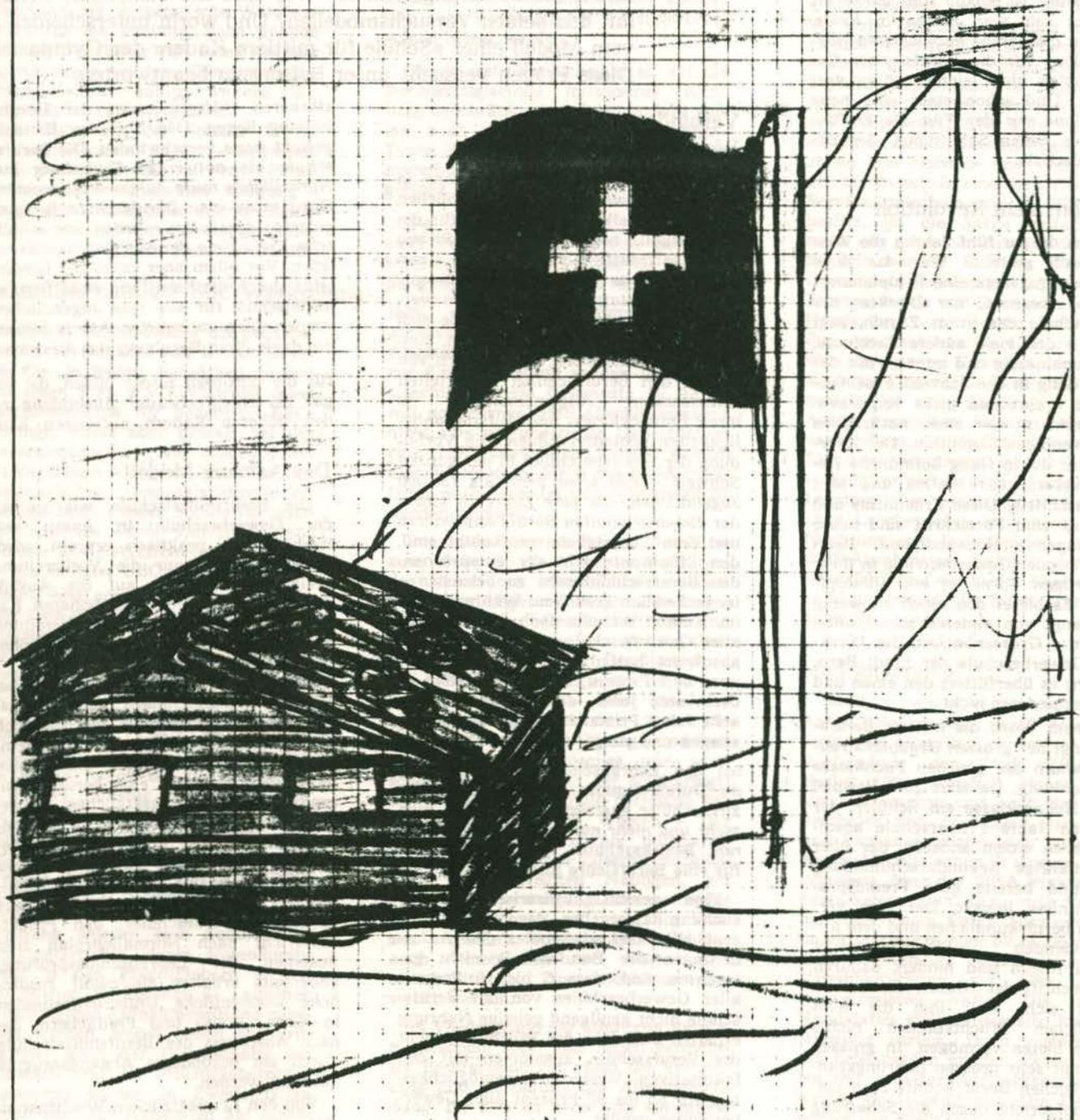
Der Zwang des sich-festlegens auf einen spezialisierten Beruf muss abgeschafft werden; hat doch der Schulentlassene von ihm meist nur eine ungenaue Ahnung und ist sich der Folgen seiner lebenslänglichen Bindung an eine Spezialisierung überhaupt nicht bewusst.

Aus diesen Grunde darf es nicht mehr möglich sein, Velomechaniker, Nähmaschinenmechaniker, Schreibmaschinenmechaniker, Feinmechaniker usw. zu erlernen, sondern nur noch den Grundberuf "Mechaniker". Die Spezialisierung würde erst nach der Grundberuf-Lehre erfolgen und zwar auf Kosten jener Stellen, die an einer Spezialisierung direkt interessiert sind.

Staatskunde

Motto :

„ Sein Vaterland kennen, heisst es lieben“



Gewerbeschulen — Unterricht nach Masas

Die Berufsmittelschule steht in Aarau, Baden und Bern in der praktischen Erprobung

Von Kurt Emmenegger

Das revidierte Bundesgesetz über die Berufsbildung, kurz: *Berufsbildungsgesetz* genannt, ist knapp fünf Jahre alt und steht seit vier Jahren in Kraft. Noch sind die daraus entwickelten Normallehrpläne für die Berufs- oder Gewerbeschulen nicht einmal völlig verwirklicht. Und schon steht eine neue »Revolution« vor der Tür: die Einführung eines neuen Schultypus, der Berufsmittelschule.

Evolution, nicht Revolution

Wurden da vor fünf Jahren die Weichen falsch gestellt? War das neue Berufsbildungsgesetz eine Fehlplanung? Dr. Cido Aversano, der Direktor der Gewerbeschule der Stadt Zürich, sagt nein. »Er — und viele andere Fachleute, die sich unablässig und intensiv mit der Berufsbildung in der Schweiz auseinandersetzen — sprechen nicht von Revolution, sondern von einer natürlichen und notwendigen Evolution. Dr. Aversano nennt die in Gang befindliche Berufsschulreform »Erkenntnis und Mut zum Fortschritt«. Diese Erkenntnis und dieser Mut zum Fortschritt sind heute eine zwingende Notwendigkeit. Denn die Berufs- oder Gewerbeschule in ihrer gegenwärtigen Form ist ein »Eintopfgericht«. Es bietet den einen zu wenig und verlangt von anderen zuviel oder, wie es Fritz Grossenbacher, der Direktor der Gewerbeschule der Stadt Bern, formuliert: es überfüttert den einen und sättigt den anderen nicht.

Mit einem Wort: die heutige Berufsschule trägt der grossen Begabtenstreuung innerhalb der gleichen Fachklasse keine Rechnung. Da sitzt zum Beispiel in einer Kellnerklasse ein Schüler, der nur sieben Jahre Primarschule absolvierte, neben einem anderen, der über eine dreijährige Sekundarschulbildung verfügt und bereits gute Fremdsprachenkenntnisse besitzt. Der eine vermag dem berufskundlichen und dem allgemeinbildenden Pflichtunterricht kaum zu folgen und hindert dadurch den Fortschritt der Klasse; der andere langweilt sich, weil ihm die acht wöchentlichen Pflichtstunden nichts Neues zu bieten vermögen. In grossen Städten mit sehr grossen Lehrlingszahlen im gleichen Beruf konnte man dieses Eintopfgericht durch die Schaffung von *Fähigkeitsklassen* vermeiden, aber das war nur in Ausnahmefällen möglich und verbot sich an kleineren Gewerbeschulen mit geringen Schülerzahlen von selbst. Die Begabtenförderung war nur möglich auf dem Umweg über *abendliche Fakultativkurse*.

Seit dem Herbst 1968 werden an der Gewerbeschule in Aarau urau an der Werkschule von Brown Boveri & Cie. in Baden Versuche nuche einer neuen Form der Berufsschule durchgeführt: der Berufsmittfsmi schule. Ein dritter Versuch beginnt dieses Frühjahr an der GewerBew schule der Stadt Bern. Damit sollen verschiedene Varianten eiren (erweiterten Berufsbildung in der Praxis erprobt werden, mit demit erklärten Ziel, die Berufsmittelschule nach einheitlicher Biga-Noga-N vom Frühjahr 1970 an als neuen Schultypus auf gesamtschweizewei scher Ebene einzuführen. Was ist und will die Berufsmittelschule? hulk welcher Beziehung steht sie zur Gesamtentwicklung des schweizewei schen Berufsbildungswesens? Wie sind die bisherigen Erfahrunghru mit den beiden Versuchsmodellen? Und worin unterscheiden sie si sie vom Modell einer »Schule für mittlere Kader« der Gymnasiallehralleh Diese Fragen versucht unser Beitrag zu beantworten.

Verhinderung der Werkstattflucht

Es geht darum, die Berufslehre in einem handwerklichen, gewerblichen oder industriellen Betrieb auch für die intellektuell begabteren Jugendlichen wieder attraktiver zu gestalten. Denn auf ihrer Seite muss von einer eigentlichen *Werkstattflucht* gesprochen werden — nicht nur deshalb, weil sie sich vor schmutzigen Händen scheuen, sondern vor allem darum, weil sie sich von der an den Berufsschulen vermittelten rudimentären Allgemeinbildung in ihren Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten behindert fühlen. Die Vorbildung der Gewerbeschüler in der ganzen Schweiz — also jener mehr als 130 000 Jugendlichen, die eine Lehre in einem der 250 anerkannten Berufe absolvieren und damit gesetzlich verpflichtet sind, den Pflichtunterricht der entsprechenden Berufsschulklassen zu besuchen — ist bedenklich gesunken. Während 1957 im Kanton Aargau noch 85,8 Prozent aller Gewerbeschüler die Bezirksschule absolviert hatten, waren es 1966 nur noch 50,7 Prozent; dementsprechend ist der Anteil jener, die nur sieben oder acht Jahre Primarschule besuchten, gestiegen und steigt weiter an. Dass aber bei den Lehrabschlussprüfungen auch die Durchfallquote der ehemaligen Bezirksschüler ansteigt, beweist, dass sich *mehr und mehr nur noch die schwächeren* Bezirksschüler (Sekundarschüler) für eine Berufslehre interessieren.

Eine gesamtschweizerische Untersuchung hat ergeben, dass etwa 5 Prozent aller Gewerbeschüler den Anforderungen der Berufsschule nicht gewachsen sind, dass 5 bis 10 Prozent aller Gewerbeschüler von der Berufsschule nicht genügend geistige Nahrung erhalten und dass der Pflichtunterricht der Berufsschule, zusammen mit den fakultativen Weiterbildungsmöglichkeiten, für 85 bis 90 Prozent aller Gewerbeschüler genügt.

»Die Berufsschule steckt heute in einem zu engen Rock«, sagt Paul Sommerhalder, Lehrer an der Gewerbeschule Aarau und Initiator des Aarauner Versuchsmodells für eine Berufsmittelschule. »Die Lösung kann nur in einer

stärkeren Differenzierung der Berufsbildung liegen. Das bisherige Eintopfgericht muss verschwinden. Die *Berufsschule als notwendige Ergänzung zur Normallehre muss aufgewertet werden. Dazu muss eine Berufsschule für Angelernte geschaffen werden*, als schulische Ergänzung der sogenannten Kurzlehre. Vor allem aber muss die Berufslehre durch die Schaffung einer Berufsmittelschule für alle jene Jugendlichen wieder einen vermehrten Anreiz bieten, die dank ihrer Begabung das Reservoir

für die mittleren Kader bilden, die sogar bei entsprechender Ausbildung zu den höheren Kadern aufsteigen können.«

Das Aarauner Modell

Die *Berufsmittelschule*, wie sie an der Gewerbeschule in Aarau seit Herbst 1968 praktisch erprobt wird, bezweckt nicht nur die Vorbereitung geeigneter Lehrlinge auf die Ausbildung zum mittleren und höheren Kader, sondern auch die Vorbereitung zum prüfungsfreien Uebertritt in höhere Schulen.

Den 5 bis 10 Prozent besonders befähigten Berufsschülern soll regional die Möglichkeit geboten werden, sich durch Zusatzunterricht mehr Allgemeinbildung und Berufskunde anzueignen; es handelt sich um eine berufsbegleitende Schule mit zusätzlichem Unterricht, der nach dem ersten oder zweiten Semester der normalen Gewerbeschule beginnt und fünf bis sieben Semester umfasst. Die Berufsmittelschüler absolvieren einerseits, wie alle übrigen Gewerbeschüler, den *Pflichtunterricht* nach Normallehrplan zum Bestehen der Lehrabschlussprüfung, andererseits erhalten sie *zwölf zusätzliche wöchentliche Unterrichtsstunden* in Kern-, Wahl- und Freifächern, die nach Abschluss der Berufsmittelschule durch ein besonderes Abgangszeugnis quittiert werden.

Von den 12 zusätzlichen Wochenstunden — sie verteilen sich auf den ganzen Mittwoch und auf den Samstagvormittag — sind *acht den Kernfächern und vier den Wahl- und Freifächern* gewidmet. Kernfächer sind für alle drei Mittelschulrichtungen — allgemeine, technische und kunstgewerblich-gestalteri-

fs-
pf-
fs-
ur
zn
in-
li-
rz-
fs-
fs-
en
in,
dit

so-
zu
in-

an
eit
rd
ng
il-
a-
ng
te-

ve-
ial
ch
n-
n-
zi-
ir-
zi-
e-
zn
il-
le
it-
m
z-
in
ie
is

n-
in
in
id
i-
t-
i-
6i-

sche - Deutsch, Französisch, Geschichte (insbesondere des 20. Jahrhunderts!), Turnen, Mathematik und Physik. Die Differenzierung der drei Richtungen erfolgt vor allem durch die Kombination der Wahl- und Freifächer, wobei das erste Wahlfach für jede Richtung obligatorisch ist.

Die Wahlfächer der allgemeinen Richtung sind Kaufmännisches Rechnen, Buchhaltung, Maschinenschreiben und eine zweite Fremdsprache; die der technischen Richtung Mathematik II, Physik II, Chemie/Biologie, zweite Fremdsprache, Konstruktionslehre/Fachzeichnen und Betriebsfachkunde; jene der *kunstgewerblich-gestalterischen* Richtung Kunstbetrachtung, zweite Fremdsprache, Form/Farbe/Raum und Foto/Film. Ausser dem obligatorischen Wahlfach jeder Richtung können alle übrigen Wahlfächer jeder Richtung als Freifächer besucht werden. Die Kernfächer und das obligatorische Wahlfach zählen für die Prüfung, doch können auch die Freifächer mit einer Prüfung abgeschlossen werden. Gemeinschaftsveranstaltungen sollen weitere Bildungsmöglichkeiten schaffen.

Die Aufnahme der Schüler in die Berufsmittelschule Aarau - begonnen wurde letzten Herbst mit zwei Parallelklassen der technischen Richtung - erfolgt auf Grund einer *Aufnahmeprüfung*, entsprechender Zeugnisnoten oder eines erfolgreich bestandenen Vorkurses.

Der Zusatzunterricht der BBC-Werkschule

Walter Welti, Ko-Rektor der betriebsinternen Werkschule von Brown Boveri & Cie. in Baden, entwickelte schon 1960 einen Plan zur Einführung eines Zusatzunterrichts für begabtere BBC-Lehrlinge, stiess aber damals bei der Konzernleitung noch auf taube Ohren. Erst der *»Plan Nyikos«* - das von den schweizerischen Gymnasiallehrern erarbeitete Modell einer Schule für mittlere Kader (es wurde von einem Jahr an dieser Stelle veröffentlicht) - machte die zuständigen BBC-Verantwortlichen hellhörig und ermöglichte so im Spätherbst 1968 die Einführung eines *»BBC-Versuchsmodells«*, dass sich vom Aarauer Modell in einigen Punkten unterscheidet. Der Zusatzunterricht bei BBC beschränkt sich auf 9 Wochenstunden, für die der ganze Mittwoch (07.00-12.00 und 13.30-17.30 Uhr) zur Verfügung steht. Im Gegensatz zur BMS Aarau haben die *BBC-Lehrlinge den ganzen Samstag frei und müssen auch keinen Abend opfern*. Der Stundenplan des BBC-Zusatzunterrichts umfasst 3 Stunden Mathematik, 2 Stunden Physik, 1 Stunde Deutsch, 2 Stunden Englisch und 1 Stunde moderne Geschichte. Selektioniert für die Aufnahmeprüfung wurden jene Schüler des Normalunterrichts, deren Notendurchschnitt in den Pflichtfächern 5 und mehr betrug. So konnten 61 Lehrlinge zur halbtägigen Aufnahmeprüfung zugelassen werden, wobei neben der Prüfungsnote auch der Durchschnitt der Werkstatt- und der Pflichtfächernoten ausgewertet wurde; in Zweifelsfällen wurden auch die Antworten auf einem Fragebogen über das Allgemeinwissen zu Rate gezogen. So konnte der erste Zusatzkurs mit 25 Schülern begonnen werden, von denen inzwischen einer wegen mangelhafter Leistung in Mathematik freiwillig ausgestiegen ist; die Zahl entspricht 8 Prozent der Werkschüler dieses Lehrjahres.

Berner Versuch mit technischer Richtung

Die Gewerbeschule der Stadt Bern beginnt nach Ostern mit einem Versuch, der das Aarauer Modell vor allem in organisatorischer Hinsicht modifiziert. Er lässt den auf zwei Klassen verteilten, sorgfältig ausgewählten 37 Schülern den freien Samstag und verlangt dafür den Schulbesuch an einem Abend. Neben den acht Wochenstunden des Pflichtunterrichts nach Normallehrplan, der einen ganzen Tag beansprucht, werden die Berner Berufsmittelschüler neben dem dreistündigen Abendkurs noch einen zweiten ganztägigen Achtstundentag als Zusatzunterricht absolvieren. Kernfächer sind Mathematik, Physik, Deutsch, Französisch, Geschichte und Turnen, Wahlfächer sind Chemie/Biologie oder Englisch. Als Freifächer können zusätzlich auch Kurse an der Kunstgewerbeschule belegt werden.

Dieses erste Versuchsjahr ist auf die Berufsmittelschule technischer Richtung beschränkt; im nächsten Jahr sollen auch die beiden anderen BMS-Typen der allgemeinen und der kunstgewerblich-gestalterischen Richtung eingeführt werden.

Die Aufnahme erfolgt auf Grund einer Prüfung und setzt eine gute Sekundarschulbildung voraus; die Ausbildung beginnt nach dem ersten Lehr-

jahr, dauert *sechs Semester* und schliesst mit einer Prüfung und einem Abgangszeugnis ab, die das Pensum zur Eintrittsprüfung an das Technikum einschliessen. *Im Gegensatz zu Aarau soll das Berner BMS-Abschlusszeugnis nicht zum prüfungsfreien Uebertritt an eine HTL berechtigen*, doch werden hier die Normen durch das BIGA zweifellos noch bereinigt und vereinheitlicht werden müssen.

Bemerkenswert am Berner Modell ist zum Beispiel die Lehrplan-Definition des Kernfaches *»Geschichte der Neuzeit«*, dem insgesamt 80 Stunden eingeräumt werden: *»Gesellschaftliche und wirtschaftliche Basis der Politik (Der Mensch als Glied der Gesellschaft - Die soziale Schichtung in der modernen Industriewirtschaft - Die Idee der Menschenrechte und ihre Verwirklichung); die beiden Weltkriege und ihre Auswirkungen; Politisches und wirtschaftliches Ringen in der Nachkriegszeit und Gegenwart (Die Befreiung der kolonialen Welt vom Westen - Der Marxismus-Leninismus als politisches Weltbild - Westliche Zusammenschlüsse - Die Vereinten Nationen, ein Forum zur Bereinigung internationaler Konflikte).«* Damit soll nicht nur Wissen vermittelt, sondern beim Schüler auch Verständnis für staats- und sozialpolitische Zusammenhänge geweckt werden.

Im Vordergrund der künftigen Berufsmittelschule steht also neben vermehrter Berufskunde vor allem die Verbreitung und Vertiefung der Allgemeinbildung. Ihr Ziel ist auch eine vermehrte Durchlässigkeit gegenüber anderen, höheren Bildungsmöglichkeiten: die Berufsmittelschule soll nicht nur den Aufstieg innerhalb des gelernten Berufes ermöglichen und erleichtern, sondern ihrem Absolventen auch das nötige Rüstzeug mitgeben, um nicht nur über den zeit- und geldraubenden Umweg

des zweiten Bildungsweges, sondern *direkt über höhere Schulen* - Techniken, Handelsschulen, Gymnasien - weiterzukommen, wenn sie von ihrer ursprünglichen - und oft allzufrüh verlangten - Berufswahl nicht befriedigt sind.

Die Hürde: der Lehrmeister

Sowohl in Aarau wie in Bern können nur solche Gewerbeschüler in die Berufsmittelschule aufgenommen werden, bei denen *das ausdrückliche Einverständnis des Lehrmeisters oder Lehrbetriebes* vorliegt. Der neue Schultypus

verlangt vom Lehrbetrieb ein gewisses Opfer: der Lehrling steht dem Betrieb statt an vier nur noch an drei Wochentagen zur Verfügung. Die Bedenken der Lehrmeister sind nicht nur egoistischer Natur (der Lehrling als billige Arbeitskraft), sondern gründen sich auch auf der Ueberzeugung, dass eine solide berufliche Fachausbildung ebenfalls Zeit braucht. In Grossbetrieben stehen dazu überaus kapitalintensive Arbeitsplätze leer, und überdies wird die Aufgabe des verantwortlichen Lehrlingsbetreuers durch die unterschiedlichen Präsenzzeiten von Normal- und BMS-Lehrlingen erschwert. In einer betriebsinternen Berufsmittelschule, wie sie BBC Baden besitzt, ist die Sache einfacher: da muss nur mit einer einzigen Stelle verhandelt werden. In einer öffentlichen Gewerbeschule hingegen braucht es das Einverständnis von Dutzenden oder gar Hunderten verschiedener Lehrmeister; ihre unterschiedliche Haltung gegenüber dem neuen Schultypus kann denn auch zu Ungerechtigkeiten führen. So musste sich einer der Schüler der BMS Aarau gegenüber seinem Lehrmeister verpflichten, die im Betrieb versäumten Stunden - insgesamt etwa 2½ Monate - nach erfolgtem Lehrabschluss zum Lehrlohn nachzuholen! Bei manchen Lehrbetrieben mag auch die Befürchtung eine Rolle spielen, dass ihre BMS-Absolventen nachher den Beruf oder die Firma wechseln. Aber das sind wohl unvermeidliche Kinderkrankheiten jeder Neuerung.

Und anderswo?

Genügen die *drei Versuchsmodelle Aarau, Baden und Bern*? Das BIGA meint: ja! Ursprünglich wollte die *Gewerbeschule der Stadt Zürich* im Herbst 1969 ebenfalls einen eigenen Versuch starten, und auch die Gewerbeschulen von St. Gallen, Basel, Genf und Lausanne zeigten sich interessiert, eigene Modelle schon in diesem Jahr zu erproben. Aber das BIGA winkte ab. Es hätte keinen Sinn, allzu viele Versuche an allzu vielen Orten auszuprobieren, damit erschwere man bloss die nachher doch notwendige Koordinierung und Vereinheitlichung auf eine *gesamtschweizerische Norm*. Die anderen Kandidaten stellten deshalb ihre Pläne freiwillig zurück. Doch verfolgt man die Erfahrungen an den Versuchsschulen mit grösster Aufmerksamkeit und wertet sie laufend aus. Die Gewerbeschule der Stadt Zürich ist *darauf ein-*

gestellt, im Frühjahr 1970 mit einer eigenen Berufsmittelschule einer oder mehrerer Richtungen zu beginnen, falls der offizielle Startschuss des BIGA tatsächlich schon auf diesen Zeitpunkt hin erfolgen sollte.

Und das Gymnasiallehrer-Modell?

Was soll mit dem »Modell Nyikos« geschehen? Der Vorschlag einer Arbeitsgruppe des Vereins Schweizerischer Gymnasiallehrer (VSG) unterscheidet sich vom Vorschlag der Studienkommission der Berufsschulenfachleute in einem ganz wesentlichen Punkt: die vom VSG vorgeschlagene »Schule für mittlere Kader« ist als *berufsvorbereitende Vollschule* gedacht, in die allenfalls schuleigene Werkstät-

ten einzugliedern wären, während die jetzt in Aarau und Baden und bald auch in Bern erprobte Berufsmittelschule als *berufsbegleitende Schule* konzipiert ist und auch eine solche bleiben soll.

Beide Varianten legen den Hauptakzent auf vermehrte Allgemeinbildung und maximale Durchlässigkeit. Die Gymnasiallehrer begründen ihre Konzeption mit der Überlegung, dass die meisten Jugendlichen sich heute viel zu früh für einen bestimmten Beruf oder einen bestimmten Bildungsweg entscheiden müssen und dass deshalb ihre »Schule für mittlere Kader« auch die Funktion einer Berufswahlschule zu erfüllen habe. Demgegenüber gehen die Gewerbeschulfachleute – ihre Studienkommission setzt sich unter dem Vorsitz von Paul Sommerhalder (Aarau) aus Mitgliedern des Schweizerischen

Verbandes für Gewerbeunterricht (SVGU) und der Schweizerischen Direktorenkonferenz gewerblicher Berufs-

und Fachschulen (SDK) zusammen – mehr von der in unserem Land bestehenden Wirklichkeit aus und wollen die Berufsschulen durch eine grössere Differenzierung reformieren, dabei aber nicht auf die gleichzeitige berufliche Fachausbildung im Lehrbetrieb verzichten.

Nach Ansicht des BIGA stellt das »Modell Nyikos« der praktischen Berufsausbildung keine oder zuwenig Zeit zur Verfügung. Ohne ausgewiesene Fachlehrer und ohne Fachbetriebe sei eine solide handwerkliche, gewerbliche oder industrielle Berufsausbildung unmöglich. »Die Gymnasiallehrer haben den Sinn der Berufslehre einfach nicht verstanden«, meint man im BIGA und tendiert eher nach dem Aarauer und Berner Modell der Berufsmittelschule.

Positive Erfahrungen

Nach einem knappen halben Jahr praktischer Erfahrungen in Aarau und Baden ist es natürlich noch verfrüht, endgültige Schlüsse zu ziehen. Trotzdem ist es interessant, einige der bisherigen Erfahrungen zu registrieren.

Walter Welti (Baden) weiss sowohl von seiten der Schüler wie der Lehrer nur Positives zu berichten: »Unsere Schüler erklären, dass sie im Zusatzunterricht viel stärker gefordert werden als im Normalunterricht und dass ihnen das ausgesprochen Freude bereitet. Sie sind auch begeistert von den modernen Fächern, vor allem vom Unterricht in der neuesten Geschichte. Die Fachlehrer berichten übereinstimmend, dass die Burschen überaus willig und

freudig mitmachen, und die Lehrmeister in den Werkstätten loben den Einsatz ihrer BMS-Lehrlinge, die sich als Elite betrachten und auch in der fachtechnischen Ausbildung natürlich nicht hinter ihren schulisch weniger beanspruchten Kollegen zurückstehen wollen.«

Auch Paul Sommerhalder (Aarau) weiss über den Eifer der 38 Aarauer BMS-Schüler nur Lobendes zu berichten, deren Berufe sich auf Maschinenbau, Tiefbau, Maschinenzeichner, Bauzeichner, Elektromechaniker, Laboranten und Gärtner verteilen. Ein Handicap der BMS Aarau liegt darin, dass vorläufig nur Kandidaten aus dem engeren Einzugsgebiet Aaraus berücksichtigt werden können, obwohl auch Anmeldungen aus dem übrigen Kanton und sogar aus Solothurn und Zürich vorlagen. Im Herbst 1969 soll das Einzugsgebiet indessen erweitert werden. Verschiedene qualifizierte Kandidaten konnten nicht aufgenommen werden, weil die betreffenden Lehrmeister ihr Einverständnis verweigerten. Hauptlieferant der BMS Aarau mit 12 Schülern ist die Firma Sprecher & Schuh in Aarau, deren Lehrlingsbetreuer Hans Klingenfuss zwar die betriebsinterne Belastung, die im nächsten und übernächsten Jahr mit der wachsenden Zahl firmeneigener BMS-Lehrlinge natürlich noch zunehmen wird, nicht verschweigt, der aber trotzdem von den Leistungen seiner Burschen beeindruckt ist und deshalb den Ausbau der Berufsmittelschule Aarau warm befürwortet.

Lehrlinge — Stiefkinder unserer Gesellschaft

Bildungsnotstand

In der Zeitschrift »Reformatio« (Juli 1967) befaßt sich der Zürcher Stadtpräsident, Sigmund Widmer, mit dem Bildungsstand unserer Rekruten. Der hohe Offizier kommt zusammenfassend zu folgenden Qualifikationen unserer Zwanzigjährigen: »Erschreckend bescheidenes Wissen«, »nach Austritt aus der obligatorischen Schulpflicht – abgesehen von einer engeren beruflichen Schulung – keine ernsthafte Weiterbildung mehr«, »mangelnde Zuverlässigkeit des Handwerkers«, »offensichtliche Unklarheit über die eigene Position in der ganzen Gesellschaftsordnung«. Blitzartig erhellen diese Stichworte den Bildungsnotstand unserer schulentlassenen Jugend.

Mehr Arbeiterkinder an die Universitäten!

Die Bildung des Volkes geschieht zunächst in den Volksschulen. In diesem Bericht ist allenthalben Bewegung im

Gange. Auch von Strukturänderungen an Mittel- und Hochschulen ist die Rede. Nur von einer Schule spricht niemand: Von der Berufsschule!

Seit Jahren fordern Partei und Gewerkschaft: »Mehr Arbeiterkinder an die Universitäten!« So berechtigt und begrüßenswert diese Forderung ist, so wenig ist sie imstande, unser hierarchisches Sozialgefüge zu ändern. Denn unter den gegenwärtigen Verhältnissen haben nur wenige Kinder aus der Grundsicht die Kraft, über den unbrochenen oder den zweiten Bildungsweg bis zum Hochschulabschluß vorzustoßen. Der weitaus größere Teil hat keinen Anteil an höherer Bildung. Für ihn hört mitten in der körperlich-psychischen Reifezeit die Jugend von einem Tag auf den andern auf.

Mutter Helvetia und ihre Kinder

Man beachte einmal den krassen Unterschied zwischen den privilegierten Mittelschülern und den gleichaltrigen Lehrlingen. Sechs bis acht Prozent unserer Jugendlichen partizipieren am Bildungsgeschehen, sie werden geistig geschult, ihre ästhetischen Fähigkeiten werden entwickelt, ihr Körper wird gymnastisch ertüchtigt, und ihnen stehen dreibisviermal mehr Ferien zur Verfügung als ihren gleichaltrigen Lehrlingskameraden. Mutter Helvetia mißt hier mit zwei ganz verschiedenen Ellen: Pro Mittelschüler gibt sie fünfmal mehr für Schulhäuser und für die Ausbildung gar zehnmal mehr aus als für das Stiefkind Lehrling. (Unerfindlich ist auch die Haltung des EMD, das zwar dem Gymnasten gesetzlich drei Turnstunden und vorschreibt, vom Lehrling aber – der – schließlich auch einmal ein tüchtiger Soldat werden soll – keine einzige!)

Frage: Ist wirklich jeder Schweizer vor dem Gesetze gleich?

Aufstiegschance 1:10

Obwohl man weiß, daß etwa sechzig Prozent der Lehrlinge ungenügend ausgebildet werden, ist man nicht bereit, die Lehrlingsausbildung radikal zu ändern. Lehrbetrieb und Berufsschule ziehen es vor, den Jugendlichen zu einer tüchtigen, betriebsbejahenden, aber völlig unkritischen Arbeitskraft heranzubilden. Er wird zu einem Arbeitsplatz hingeführt, der am Fuße der Pyramide unserer industriellen Wirklichkeit liegt. Und auf dieser Stufe bleibt die Mehrzahl der Arbeiter ein Leben lang stehen; gelingt doch beruflicher Aufstieg äußerst selten. Nach zuverlässigen, empirisch abgesicherten Erhebungen haben jugendliche Arbeiter nur eine Chance von etwa eins zu zehn, in höhere berufliche Positionen aufzurücken, wobei fast ausnahmslos die Position des unteren oder mittleren Angestellten einschließlich des Werkmeisters in Frage kommt.

Ein volkswirtschaftliches Tabu

Jedermann weiß, daß der Aufbau der traditionellen Berufsbildung nicht der seelisch-geistigen Entwicklung, sondern dem Profitstreben der wirtschaftlich Mächtigen dient und daß mit unserer heranwachsenden Jugend ein großes Geschäft getrieben wird.

Trotzdem ist das Lehrlingswesen ein volkswirtschaftliches Tabu, und die Ausnutzung der billigen Arbeitskraft der Lehrlinge und Lehrtöchter wird stillschweigend hingenommen. Fast niemand wagt es, diesen Mißstand klar und deutlich anzuprangern.

Frage: Warum ist es eigentlich in gewerkschaftlichen Kreisen in dieser Hinsicht so merkwürdig still?

Rufer in der Wüste

Zwar sind in den letzten Jahren Stimmen laut geworden, die auf die mangelhafte Allgemeinbildung der berufstätigen Jugend hinweisen. So setzt sich in

der sozialdemokratischen Zeitschrift «Profil» 11/68 Dr. Hans Ulrich Wintsch wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter am Pädagogischen Institut der Universität Zürich, mit Fragen unserer Berufsbildung auseinander. Nach

vehementen Kritik an der bisherigen bildungspolitischen Aktivität in Partei und Gewerkschaft qualifiziert er die eidgenössischen Gesetze zur Berufsbildung wie folgt:

«Das erst vor wenigen Jahren revidierte Bundesgesetz über die Berufsbildung ist heute in den entscheidenden Punkten veraltet; es macht als Ganzes in der jetzigen Form einen uneinheitlichen und flickwerkartigen Eindruck und verfügt über wenig bis keine reformerische Durchsetzungskraft. Schon der «Zweckparagraph» im Abschnitt über die Berufslehre, Artikel 7, der ja seinem Wesen nach das Gesetzwerk repräsentieren sollte, zeigt, daß darin keine eigentliche, großzügige Bildungskonzeption enthalten ist. Es heißt da: «Die Berufslehre hat dem Lehrling die zur Ausübung seines Berufes notwendigen Fertigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln und dabei auch seine Erziehung zu fördern.» Von Allgemeinbildung oder auch nur von Bildung ist an dieser wichtigen Stelle überhaupt nicht die Rede. Das einzige Anliegen des Gesetzgebers scheint der berufliche Fachmann zu sein. Immerhin wird noch von «Erziehung» gesprochen, getreu der patriarchalisch-autoritären Auffassung, sie sei das wichtigste, Bildung verderbe nur den Charakter.

Forderungen

Die drei bildungspolitischen Forderungen, die Dr. Wintsch anschließend aufstellt, lassen sich kurz so zusammenfassen:

1 Verfassungsmäßig garantierte, institutionell sichergestellte und ununterbrochene Bildung aller Jugendlichen bis zum 20. Lebensjahr. Das heißt: Besuch einer an die Volksschule anschließenden Bildungsanstalt während mindestens der Hälfte ihrer geregelten Arbeitszeit.

- 2 Unverzügliche Inkraftsetzung der im jetzigen Berufsbildungsgesetz vorgesehenen Erweiterung der Pflicht- und Wahlfächer (siehe Versuche an der Aarauer Gewerbeschule). Richtziel: Umwandlung der traditionellen Betriebslehre in Berufsschulen mit praktischer Ausbildungszeit (Vorschlag Jeangros, Bern: Vier Fünftel Schule, ein Fünftel Betrieb).
- 3 Soziale Gleichstellung der Lehrlinge, Mittelschüler und Studenten. (Freizeit, ärztliche, pädagogisch-psychologische Betreuung, Turnunterricht usw.)

Eine Berufsmittelschule?

Schon zu einem früheren Zeitpunkt hatte sich eine Studienkommission des Vereins schweizerischer Gymnasiallehrer (VSG) der «Sackgasse» Berufsschule angenommen und ein interessantes Projekt, das einer «Berufsmittelschule», ausgearbeitet. Die Studie wurde im Fachorgan des VSG («Gymnasium Helveticum», Heft 1/1967/1968) veröffentlicht und später im «TagesAnzeiger» von Dr. L. Nyikos, Gymnasialrektor, Basel – einem Initianten des Vorstoßes – erläutert. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle auf die bedeutsamen Vorschläge dieser Studiengruppe einzugehen. Der Vorstoß sei nur erwähnt, um aufzuzeigen, daß man sich an andern Orten um die berufstätige Jugend mehr Gedanken macht als in Gewerkschaftskreisen. Dabei sollte es gerade Aufgabe der Gewerkschaften sein, sich mit der Reform der Berufsbildung grundsätzlich auseinanderzusetzen. Denn «eine soziale Demokratie kann es erst dann geben, wenn dieses vielleicht hartnäckigste Relikt aus der feudalistischen Epoche» (Dr. Wintsch) überwunden ist. P. S.

Berufsbildung, Bundesgesetz vom 20. September 1963

Art. 2 Die Berufsberatung hat in Zusammenarbeit mit den Eltern, der Schule und der Wirtschaft den vor der Berufswahl stehenden Minderjährigen durch allgemeine Aufklärung sowie durch Beratung im Einzelfall bei der Wahl eines den Anlagen und Neigungen entsprechenden Berufes behilflich zu sein.

Art. 7 Die Berufslehre hat dem Lehrling die zur Ausübung seines Berufes notwendigen Fertigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln und dabei auch seine Erziehung zu fördern.



Lehrlinge kontra Studenten?

Die Teilnehmer:

Dina Guggenheim, 17, Laborantin

Greti Zimmermann, 20, stud. iur.

Beat Beckmann, 26, stud. phil. I,
Geschichte

Andreas Farner, 22, stud. med.

Jörg Koller, 19, Maschinenzeichner

Hanspeter Ros, 19,

kaufm. Angestellter

Peter Schächli, 25, lic. iur.

Gesprächsleitung: Rolf Lerf



Wer in den letzten Wochen die Diskussion über die Hochschulen und die Studentenunruhen verfolgte, konnte den Eindruck erhalten, unsere junge Generation werde nur durch Studenten repräsentiert. Lehrlinge, junge Arbeiter und Angestellte machen keine Schlagzeilen; sie gehen brav zur Arbeit und sind scheinbar mit ihrem Dasein zufrieden. Dass der Schein jedoch trügen kann, zeigte unsere Diskussion zwischen Lehrlingen und Studenten. Den Anstoss zu diesem Gespräch gab Jörg, der dieses Frühjahr seine Lehrabschlussprüfung als Maschinenzeichner bestanden hat. Seiner Ansicht nach werden die Studenten den Lehrlingen gegenüber zu sehr bevorzugt. Er eröffnete auch unser Gespräch gleich mit einer Attacke:

Jörg: Ich bin Gruppenleiter im SMUV (Schweiz. Metall- und Uhrenarbeiter-Verband). Wir haben eine sehr gut ausgebaute Lehrlingsgruppe, in der wir schon oft über die Studenten diskutierten. Gerade jetzt konnte man wieder lesen, welche Millionenbeträge für die Hochschulen ausgegeben werden. Wir, das »gewöhnliche« Volk, können nicht verstehen, dass das wirklich notwendig sein soll. Warum werden die Studenten so gefördert, und für die Lehrlinge gibt es kaum ein rechtes Schulzimmer? In Uster muss der Neubau einer Gewerbeschule verschoben werden, weil kein Geld da ist. Was nützen uns aber die Studenten, wenn keiner mehr eine Lehre machen will?

Peter: Wir können nicht einfach Lehrlinge und Hochschule gleichsetzen, rein altersmässig stimmt das nicht überein; viel eher müssten wir Lehrlinge und Mittelschüler miteinander vergleichen. Hinzu kommt, dass ein Lehrling pro Woche nur einen Tag zur Schule geht; man müsste also auch die Leistungen des Arbeitgebers berücksichtigen.

Weiter ist zu bedenken: Ausgaben für Hochschulen sind nicht unbedingt Ausgaben für Studenten. An der Hochschule sollte ja auch noch Forschung betrieben werden, und daran sind höchstens einige fortgeschrittene Studenten beteiligt, meist sind es jedoch Wissenschaftler, die das Studium bereits abgeschlossen haben. Ich möchte daher davor warnen, alle Hochschulausgaben auf eine Kopfquote pro Student umzurechnen.

Jörg: Du hast den Arbeitgeber und seine Leistungen für den Lehrling erwähnt. Wir arbeiten jedoch produktiv, so dass ein Lehrmeister kaum je drauflegt, sondern eher verdient an seinem Lehrling – wenn er es auch nicht zugeht.

Auch wenn die Forschung nicht dem Studenten angelastet wird, der Steuerzahler muss doch alles berappen. Aber schliesslich wird die Forschung doch für die Studenten betrieben, damit diese wieder davon profitieren.

Greti: Ein Grossteil der Forschung kommt doch allen zugute, denken wir nur an die Medizin.

Andreas: Sie hat ferner eine indirekte Wirkung: Sie dient der Ausbildung von Wissenschaftlern, die später in der Industrie arbeiten. Die Forschung ist also ein indirekter Beitrag zur Wirtschaft.

Aber wir müssen doch davon ausgehen, dass es im internationalen Wirtschaftswettbewerb darum geht, gute Fachkräfte auf allen Gebieten auszubilden, sowohl für die Forschung wie für die praktische Arbeit.

Beim Studenten wird eine Allgemeinbildung vorausgesetzt, weil er sie als Hintergrund für seine theoretische Arbeit braucht. Beim Lehrling wird das nicht verlangt, weil er seine Qualitätsarbeit manuell leistet. Trotzdem bin ich der Auffassung, dass die Lehrlinge auch eine bessere Grundschulung brauchten. Es müsste nicht unbedingt eine Matura sein, aber sie sollte doch ein entsprechendes Niveau haben. Aber es herrscht ganz einfach ein Zweckdenken, man glaubt, ein Qualitätsarbeiter müsse doch nichts von Cäsar wissen. Ich finde es jedoch falsch, dass man beim manuell Arbeitenden die Allgemeinbildung weglässt.

Jörg: Bildungsmässig müsste für die Berufslehre viel mehr getan werden, und dazu braucht es wieder Geld. Neben den beruflichen Fächern lernt man viel zu wenig, um nachher in der Gesellschaft ein Mensch sein zu können. Um wirkliche Qualitätsarbeit zu leisten, braucht es noch etwas mehr als Fachwissen, einen breiteren Horizont, eben eine Allgemeinbildung. Das sieht man überall: Jeder gute Arbeiter hat auch eine gewisses Niveau, er lernt immer etwas dazu.

Peter: Der Staat hat eben nur beschränkte Mittel; wir geben ihm nicht ein Prozent mehr Steuern als unbedingt notwendig. Daher immer wieder der Streit um den viel zu kleinen Kuchen. Jedermann ist sicher der Ansicht, dass man dem Lehrling mehr geben müsste, aber auch ins Militär und in die Strassen könnte man mehr stecken, denn überall hat es Riesenlücken. Nun ist eben von der Industrie her, die ja Arbeitsplätze schaffen muss, die Lücke im Bereich der Forschung als ganz dringend empfunden worden. Der Wissenschaftsrat hat entsprechende Zahlen publiziert: Es wurde ein grosser Mangel



an Akademikern der verschiedenen Fakultäten nachgewiesen; dieser wird von Jahr zu Jahr grösser. Von daher wurde es als dringend betrachtet, hier besondere Anstrengungen zu unternehmen, um auch für die Zukunft Arbeitskräfte sichern zu können.

Jörg: Der Arbeitgeber braucht ja die Techniker und Ingenieure. Warum kann dieser von seinem Profit nicht auch noch etwas an die Hochschule bezahlen? Warum muss der einfache Mann das bezahlen?

Peter: Das würde also eine grössere Unternehmensbesteuerung erfordern. Wer würde dann die Investitionen der Industrie bezahlen?

Jörg: Ich glaube, die verdienen genug, damit sie von der Dividende noch ein Stückchen abschneiden könnten.

Hanspeter: Aber ist es nicht doch so, dass man lieber den Studenten etwas mehr gibt als den Lehrlingen? Wenn ein solcher Bericht über den Mangel an Akademikern herauskommt, leuchtet das jedem ein, nur schon, weil der Name »Akademiker« sehr gut tönt. Käme ein ähnlicher Bericht über Lehrlinge heraus, würde das kaum so ohne weiteres akzeptiert.

Dina: Die Lehrlinge sind sicher benachteiligt. Was wir lernen, ist zu wenig. Wer selbst Interesse hat, kann sich schon irgendwie weiterbilden; wer nichts dazutut, bleibt auf der Sekundarschulstufe stehen.

Jörg: Dass wir wirklich nichts können, merken wir, wenn wir mit einem Studierten zusammenkommen. Dann fühlen wir uns als Tölpel, die gerade gut genug sind, für die andern zu bezahlen.

Peter: Diese Kluft mag zum Teil auf die verschiedenen Bildungswege zurückzuführen sein. Nach sechs Jahren gemeinsamer Primarschule trennen sich bereits die Wege: In der Mittelschule wird dann die sogenannte Elite ziemlich stark gefördert. Es ist nicht selbstverständlich, dass der Lehrling das so ohne weiteres akzeptiert.

Jörg: Ich habe es selbst erlebt nach der sechsten Klasse: Einige gingen ins Gymnasium, und zwei Wochen später kannten sie einen schon nicht mehr. Einer, mancher denkt: »Ich gehöre eben zu den Anderen, zu den Besseren.« Ich kann nicht begreifen, dass das überhaupt so kommen muss. Wir Jungen müssten doch ganz energisch dafür sorgen, diese Kluft zu schliessen. Sonst könnte das gelegentlich katastrophale Folgen haben, dann gehen beide einmal aufeinander los, die Studenten und die Arbeiter.

Hanspeter: Ein gewisser Abstand ergibt sich einfach. Man hat nun einmal mit andern Leuten zu tun, man diskutiert über Aufgaben usw. Dadurch ergibt sich diese Kluft: von selbst, ohne dass man es eigentlich will.

Jörg: Die Lehrer könnten viel dazu beitragen, diesen Zustand zu verbessern. Die Studenten müssten darüber aufgeklärt werden, was ein Lehrling, ein Arbeiter ist, dass wir die auch brauchen. Aber auch unsere Lehrer müssten uns die Studenten näherbringen – das wird überhaupt nicht gemacht.

Andreas: Ich würde vorschlagen: Jeder Student muss ein Praktikum in einer Fabrik, einem Betrieb absolvieren. Der Lehrling hingegen müsste eine viel bessere Allgemeinbildung erhalten. Damit würde ein Ausgleich geschaffen, jeder könnte den andern besser verstehen.

Jörg: Das wäre das Allerbeste. Mancher Student denkt doch: Der macht Dreckarbeit, dafür ist er gut genug. Was will der schon in Wirtschaft und Politik mitreden, davon versteht er ja doch nichts. Zum grossen Teil hat er sogar recht, weil der Arbeiter eben nicht genug geschult wird.

Peter: Ich frage mich, wie weit da nicht einfach gesellschaftliche Vorurteile dahinterstecken, die besondere Wertung, die die Gesellschaft dem Akademiker gibt. Das beginnt nicht bei den Studenten, sondern gerade so sehr beim Lehrling, der ungeheuer stolz ist, wenn er einen Doktor kennt oder gar von einem Professor behandelt worden ist.

Greti: Ich habe in den letzten Semesterferien auf einer Bank gearbeitet. Ich unterhielt mich mit einigen Lehrlingen; wir haben über ähnliche Probleme wie hier diskutiert. Hernach hat man die Positionen des andern sicher besser verstanden. Wer aber diese Probleme nicht sehen will, weil er vielleicht aus einer Akademikerfamilie kommt, für den hätte ein solches Praktikum überhaupt keinen Sinn. Deshalb möchte ich die Nützlichkeit eines Obligatoriums bezweifeln.

Jörg: In einem weiteren Punkt ist der Lehrling dem Studenten gegenüber benachteiligt: Der Arbeitnehmer steht seinem Vorgesetzten als Untergebener gegenüber, er hat sich seinem Arbeitgeber sozusagen verdingt. Der Student hingegen fühlt sich doch seinem Professor gegenüber unabhängig, weshalb er auch viel freier seine Meinung äussern kann.

Peter: So furchtbar frei ist der Student auch wieder nicht, denn wir haben doch ein ziemlich autoritäres System an unseren Hochschulen. Die Freiheit an der Universität hängt genau so vom Professor ab, wie die Freiheit am Arbeitsplatz vom Vorgesetzten.

Jörg: Laut Lehrvertrag ist ein Lehrling verpflichtet, seinem Lehrmeister vier Jahre lang zu gehorchen. Der Vater hat den Vertrag unterschrieben, und der Lehrling muss sich durchbeissen. Aber ihr Studenten könnt doch viel mehr zusammenstehen, das kann man doch gerade jetzt sehen.

Peter: Nun müssen wir aber schon die Mittelschule zum Vergleich heranziehen. Dort ist man im Klassenverband, und der Lehrer sagt genau, was läuft. Es hängt vom Lehrer ab, ob man gewisse Fragen diskutiert oder nicht. Aber wenn es beim Lehrer ans Lebendige geht, diskutiert kaum einer.

Beat: Durch die technische Wandlung, wodurch die Naturwissenschaften immer mehr die Hauptrolle an der Universität übernehmen, wurde auch die Hochschule zum Schulbetrieb, zu einer Bildungsfabrik. Dadurch entstand die Hierarchie, wobei der Professor an der Spitze steht und die Studenten immer

mehr zu gehorchen haben. Das drückt sich nicht so direkt aus wie in einer Lehre, wo ein Lehrling vielleicht Repressalien befürchten muss. Aber der Student muss immer wissen, dass er schliesslich vom Professor abhängig ist, der ihn am Examen persönlich prüft. Wer sein Examen bestehen will, muss sich entsprechend verhalten.

Jörg: Aber ihr Studenten habt doch mehr Kontakt untereinander. Das sieht man doch bei den Studentendemonstrationen. Der Student kann seine Meinung frei äussern, im Extremfall sogar auf die Strasse gehen. Die Lehrlinge hingegen sind auf verschiedene Betrie-

be verteilt. Jeder hat seine Maschine, an der steht er von morgens bis abends, und wehe, wenn er davonrennt. Ich wollte einige Male etwas mit den Stiften unternehmen, aber hernach war ich abgesägt während der ganzen übrigen Lehrzeit.

Greti: An unseren Mittelschulen würde man unter solchen Umständen hinausgeworfen.

Andreas: Auch auf der Uni ist das so: Wenn einer allein explodiert und die andern nicht mitmachen, dann fliegt er.

Beat: Aber trotzdem glaube ich, dass es für Studenten einfacher ist als für Lehrlinge, unpopuläre Meinungen zu vertreten.

Dina: Man hat das Gefühl, die Studenten seien die geistige Elite des Volkes, von ihnen erwartet man, dass sie es sofort sagen, wenn ihnen etwas nicht passt. Aber wenn ein Lehrling wirklich etwas unternehmen will, kann er das selbe erreichen, das ist meine persönliche Meinung. Die Lehrlinge können genauso überzeugend wirken wie die Studenten, – aber bis sie sich zusammenraffen, bis sie den Mut aufbringen, etwas zu sagen, geht es länger, weil sie es nicht gewohnt sind.

Beat: Warum sind sie es nicht gewohnt?

Dina: Erziehung! Die Lehrlinge waren einfach immer unten. Aber mir scheint, das ändert sich mehr und mehr. Heute können Lehrlinge genau gleichviel erreichen, sie können mit dem Chef reden und sagen, was ihnen nicht passt.

Jörg: Im Betrieb kann ein Lehrling noch so gut sein, wenn er eine Meinung äussert, die dem Chef nicht passt, wird er abgekanzelt.

Andreas: Aber ist es nicht möglich, dass die vereinigten Lehrlinge eines Grossbetriebes auf die Strasse gehen?

Jörg: Das wird eben dadurch erschwert, dass jeder an einer andern Maschine arbeitet. Es gibt viel zu wenig Kontaktmöglichkeiten.

Andreas: An der Universität ist das gar nicht viel anders. Tagtäglich bin ich mit 150 bis 200 Studenten zusammen, ich aber bin das einzige FSZ-Mitglied aus dieser Gruppe. (FSZ: Fortschrittliche Studentenschaft Zürich.) Auch bei uns besteht die Gefahr, dass man beim Professor denunziert wird. Das Risiko lässt sich nur durch besondere Leistung reduzieren. Ich muss mich einfach als Student bewähren, ich kann mir keinen Blödsinn leisten, sonst heisst es: Auf die Strasse könnt ihr, aber sonst tut ihr nichts.

Nachdem wir so ausführlich über das Trennende der beiden Gruppen gesprochen hatten, wollten wir herausfinden, was denn unternommen werden könnte, um den sich abzeichnenden Graben zu überbrücken.

Jörg: Wir müssten eben miteinander reden, damit wir uns gegenseitig besser verstehen, damit wir begreifen, dass jeder auf den andern angewiesen ist.

Greti: Wir haben festgestellt, dass der Lehrling dem Studenten gegenüber bildungsmässig benachteiligt ist. Könnte man diesem Mangel nicht wenigstens teilweise abhelfen, indem man die Schulzeit verlängerte? Ein zukünftiger Lehrling geht zum Beispiel zwei Jahre länger zur Schule und beginnt die Lehre entsprechend später. Dadurch erhielte er das Rüstzeug, sich mehr mit geistigen Dingen auseinanderzusetzen. Viele Probleme, die wir heute ange-

schnitten haben, wären dann sicher nicht mehr so aktuell. In seinem Ansehen würde er steigen, und er könnte sich auch eher durchsetzen.

Jörg: Aber auch während der Lehrzeit selbst könnte man sehr viel Zeit freimachen für die Allgemeinbildung, denn das, was man manuell lernt, könnte um fast ein Jahr abgekürzt werden.

Beat: Der Student wird dem Arbeiter gegenüber immer noch als der Höhergestellte betrachtet. Um diese Kluft zu überbrücken, müssten die Studenten den Lehrlingen, den jungen Arbeitern und Angestellten ihre Erfahrungen mitteilen.

Peter: Das sieht nicht sehr praktikabel aus. Von liberaler Seite aus sieht man es so: Wir glauben, dass es weniger um die Zusammenarbeit mit Arbeitern geht. Das Problem liegt unserer Ansicht nach beim Primarlehrer, der sehr zurückhaltend ist in der Auswahl der Schüler für die Mittelschule. Diese Barriere müsste man überwinden können, damit man einsieht, dass jedes Kind nach seinen Begabungen eingesetzt werden sollte, im akademischen Sektor oder in einer Berufslehre.

Jörg: Beides zusammen ist notwendig.

Beat: Der Unterschied zwischen Akademikern und Arbeitern verringert sich zusehends. Der Student wird immer mehr auch ein intellektueller Facharbeiter, der in der Universität vor ähnlichen Problemen steht wie der Arbeiter im Betrieb. Konkret gesagt liegen die Probleme ganz einfach in der Demokratisierung, sei es in der Universität oder im Betrieb.

Peter: Heisst das Stichwort nicht einfach Verständnis? Man muss es ganz deutlich sehen: Wir haben unsere, die Arbeiterschaft hat ihre Probleme, und wir können den Arbeitern doch wenig helfen bei der Lösung ihrer ureigensten Probleme. Was wir eben brauchen, ist das gegenseitige Verständnis, in dem Sinne eine gewisse Solidarität. Aber ich sehe einfach nicht die Notwendigkeit eines Schulerschlusses, das tönt mir zu klassenkämpferisch.

*

Unsere Diskussion dauerte drei Stunden; wir konnten hier also nur Ausschnitte wiedergeben. So sehr man heute von einer klassenlosen Gesellschaft spricht: durch die verschiedenen Bildungswege ergeben sich Gegensätze, die sich nicht einfach wegdiskutieren lassen. Wir haben daher auch gar nicht erst versucht, die Probleme durch einen feierlichen Abschluss zu verwischen. Die hier geäusserten Meinungen erheben keineswegs den Anspruch auf Allgemeingültigkeit; sie sollen vielmehr zum Nachdenken anregen. Sie sollen auch davor warnen, in der heutigen Hochschuldiskussion den andern Teil der jungen Generation zu vergessen. Die von allen Teilnehmern geforderte bessere Allgemeinbildung für Nichtakademiker wurde in andern Ländern längst verwirklicht. Wenn wir in unserem Lande noch länger auf dem überholten Elitedenken beharren, könnte sich das eines Tages bitter rächen.

Das Berufsschulwesen heute und morgen

Dr. C. Aversano

Direktor der Gewerbeschule der Stadt Zürich

Vortrag anlässlich der konstituierenden Versammlung der
Lehrerkonferenz der Berufsschulen des Kantons Zürich vom
4. November 1968

Beim ausserordentlichen Ereignis der ersten Kantonalzürcherischen Berufsschullehrerkonferenz liessen sich durch eine Reihe prädestinierter Referenten zahlreiche geistreiche, ja spektakuläre Themen behandeln.

Doch steht der Wunsch im Vordergrund, hier und heute eine Standortbestimmung des Berufsschulwesens - vielleicht weniger attraktiv, jedoch von nicht minderer Bedeutung - vorzunehmen sowie die vielen äusserst interessanten Aspekte der zukünftigen Entwicklung dieses Schultypus darzulegen.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE BEDEUTUNG

Unverkennbar ist beim Berufsschulwesen: Grösse, Vielschichtigkeit und Bewegung.

Über 130 000 Jugendliche stehen heute in der Schweiz in einer Berufslehre. Bei diesen handelt es sich um mehr als zwei Drittel der in Ausbildung stehenden jungen Menschen. Hinzu kommen weit über 100 000 Erwachsenen, die sich an den Berufsschulen weiterbilden und spezialisieren.

Diese Tatsachen allein - wobei wir uns materiell noch näher auseinandersetzen werden - lassen die ausserordentliche soziologische, wirtschaftliche und politische Bedeutung des Berufsschulwesens in der Schweiz klar erkennen.

Die Berufsschulen vermitteln vornehmlich den obligatorischen Unterricht, der einen Teil der Berufslehre bildet. Mancherorts wird jedoch dieser wichtigste Teil in seiner Bedeutung noch zu wenig erkannt.

Von der genannten sehr grossen Zahl Jugendlicher, die in einem der 250 in

der Schweiz anerkannten Berufe eine zwei-bis vierjährige Berufslehre absolvieren, durchlaufen 95% eine Meisterlehre: das heisst die praktisch-berufkundliche Ausbildung erfolgt in einem privaten oder öffentlichen Lehrbetrieb, und nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz der Lehrlinge wird in umfassendem Vollunterricht - praktisch und theoretisch - an einer Lehrwerkstätte, an Tagesklassen einer Kunstgewerbeschule oder an einer Handelsschule ausgebildet.

Dieses typische schweizerische System der Meisterlehre, das sich teilweise in verschiedenen Abarten auch in andern Ländern findet, weist gewiss insbesondere vom schulischen Standpunkt aus - verschiedene Mängel auf. Mängel gibt es überall, doch können sie weitgehend behoben werden. So wurde beispielsweise der infolge Rationalisierung und Spezialisierung einseitigen praktischen Ausbildung mit regionalen Grundschulkursen, welche die Arbeitgeberverbände organisieren, begegnet. Sollte jedoch der Lehrling bzw. die Lehrtochter in egoistischer Denkweise zu billigen Arbeitskraft erniedrigt werden, stünde der Weiterbestand der Meisterlehre in Gefahr.

Noch sind es überwiegende psychologische, arbeitstechnische und bedeutende finanzielle Vorteile, die vereinzelte Nachteile voll aufwiegen.

DER BILDUNGSaufTRAG

Mit der Einführung des neuen Berufsbildungsgesetzes im Jahre 1965 wurde nebst der Forderung nach intensiver Berufsschulung der Akzent vermehrt auf Bildungsvermittlung gelegt: " Der berufliche Unterricht hat die zur Ausübung des Berufes notwendigen Kenntnisse im Rahmen der Pflicht-Fächer unter besonderer Berücksichtigung der charakterlichen und staatsbürgerlichen Erziehung zu vermitteln." Der Auftrag der theoretischen Ausbildung beschränkt sich also keineswegs auf eine berufskundliche oder geschäftskundliche Wissensvermittlung, sondern hat sich ebenso stark auf die Bildungsvermittlung auszurichten. Diese ist in den allgemeinbildenden Fächern vorbestimmt, nicht weniger erfolversprechend jedoch im theoretisch-berufskundlichen Unterricht. Bildung als ästhetischer Begriff, Symbolisierung objektiver Schönheit, ergänzt durch den ethischen Sinn des Gestaltens der problematischen Zerissenheit zur entschiedenen Gänze, enthält zugleich den pädagogischen Sinn und wie Pestalozzi fordert: Bildung des Menschen zur wahren Menschlichkeit.

In Berücksichtigung des didaktischen Dreiecks: gegenseitige Beziehung zwischen Schüler - Lehrer und Lehrstoff gestatte ich mir, vorerst die besondere psychologische Situation des Jugentlichen darzulegen. In den letzten Jahren ist eine neue, andere Jugend an die Berufsschule gekommen. Ihr Verhalten unterscheidet sich deutlich von dem früherer Generationen: Bewusst werden die Fesseln der früheren traditionsgebundenen Lenkung gelöst und eine freie Daseingestaltung gesucht. Insbesondere bei der Anpassung des Pflichtunterrichtes ist die heutige psycho-physische Situation zu berücksichtigen: Mit dem Eintritt ins Lehrlingsalter hat der Jugendliche die vorpuberale Phase seiner Entwicklung mit dem starken Längenwachstum, der Bildung der sekundären Geschlechtsmerkmale und den Beginn der Sexualreife hinter sich gebracht. Er ist daran, den Sturm des Flagealters zu überwinden. Selbstbewusst und kritisch wächst er in das Gewirr unserer geltenden Gesellschaftsordnung hinein. Noch lebt er im Zwischenland zwischen Kindsein und Erwachsenenalter, Dabei bedrückt ihn das Gefühl, nur eine untergeordnete Funktion erfüllen zu

können: aufnehmen, registrieren, mitschreiben. Es handelt sich also um eine kleine Rolle, obwohl immer deutlich gemacht wird, wie wichtig diese Rolle sei. Aus dieser innern Zweispätigkeit erwachsen Unsicherheit und Minderwertigkeitsgefühle, die sich oftmals in unangenehmer - jedoch natürlich und normaler - Überkompensation ausdrücken. Gegenüber früheren Generationen haben sich die Entwicklungsphasen verschoben, und der Entwicklungsrhythmus hat sich verändert: Der zweite Wachstumsschub erstreckt sich über viele Jahre hinaus bis weit ins Adoleszenzalter hinein. Der Jugendliche von heute ist bis zu 15 cm grösser als die Generation der Jahrhundertwende. Vermehrte Haltungsschäden treten auf. Die Geschlechtsreife hat sich bis zu drei Jahren vorverlagert. Die Auseinandersetzung mit der Sexualreife erfolgt daher in einer Zeit, in der die charakterliche und geistige Reife für die Erfassung einer solchen tiefen Problematik noch nicht erreicht ist. Der Beschleunigung der körperlichen Entwicklung vermag die geistig-charakterliche Reife nicht parallel zu laufen - im Gegenteil, sie retardiert: physische Reife und psychische Reife klaffen auseinander. Diese Diskrepanz fordert von den Erziehern viel Verständnis. Bis weit in die Lehrzeit hinein vollzieht sich somit sogenannte Jugendkrisen. Nach aussen gesehen lebt der Lehrling das Leben des Erwachsenen. In seiner geistigen und seelischen Situation ist er jedoch fast noch ein Kind. Nicht nur hat sich die Situation des jungen Menschen selbst gewandelt, auch die Umwelt erhielt ein neues Gepräge: herkömmliche Werte gelten nicht mehr. Hektische Tätigkeit kennzeichnet unser Erwerbs- und Wirtschaftsleben, in dem vernünftige Abgrenzungen dann oft fehlen. Der Drang zu perfektionierten Leistungen, die mit tausenderlei Superlativen angepriesen werden, nimmt ständig zu. Echte Leistung und Scheintüchtigkeit lassen sich nur noch schwer unterscheiden. Wie soll da ein junger Mensch sein Leben sinnvoll gestalten? Auch im Betrieb steht der junge Mensch in einer völlig veränderten Situation. Gänzlich andere Bedingungen gelten gegenüber der Volksschulzeit: Die 12 Ferienwochen und die freien Nachmittage sind weggefallen: der Lehrling steht nicht mehr im Zentrum erzieherischer Bemühungen, sondern zu Beginn einer Lehre auf unterster Stadesstufe: an Stelle eines auf seine Eignungen und Fähigkeiten abgewogenen Arbeitsrhythmus erhebt sich die Forderung stundenlangen Durchhaltens bei oft eintöniger Arbeit nach Gesetzmässigkeiten des Produktionsablaufs.

Der Jugendliche wird also in einer Zeit innerer Konflikte abrupt in eine Welt anonymer Erwachsenen hinausgestossen. Diese neue Welt bricht über in herein. Er reagiert darauf, indem er eine Scheinform des Erwachsenseins ausbildet. Die aus dieser ungünstigen Lage entstehenden Pubertätskonflikte können zu stillen oder offenen Schwierigkeiten führen. Man könnte daraus lesen, dass es unseren Jugendlichen waren, die vor den Globus demonstrierten.

Eine angesehene zürcherische parteipolitische ungebundene Tageszeitung äusserte sich dahin: "Bei den Zürcher Krawallen waren mehr Lehrlinge als Studenten beteiligt", und führte in einem Artikel aus: "Die Krawalle haben gezeigt, dass das Unbehagen in der Schweiz deutlicher als bei den Studenten, bei den Lehrlingen spürbar ist."

In offensichtlichem Gegensatz zu diesen Ausführungen stehen Berichte von Lehrern, die bei Schülern Umfragen durchführten: "Nur rund 9% Lehrlinge nahmen an der Demonstration gegen die Polizei teil." Zudem zeigt sich recht deutlich, dass unsere Lehrlinge zum grössten Teil nur zu den Mitläufern, nicht aber zu den aktiven Demonstrierenden zu zählen sind. "Mannigfaltigste Beweggründe" bewogen sie, daran teilzunehmen: "Gewunder, Interesse, Plausch, Zufall, Freude an Massenauflauf, aber auch politische Gründe und antipolizeiliche Gefühle."

Über 90% der Lehrlinge verhielten sich distanziert: das bedeutet allein bei unserer Schule über 10 000 Lehrlinge. Ich möchte sogar einmal öffentlich aussprechen, dass sich Gegenorganisationen bilden wollen.

Das heisst noch lange nicht, dass bei uns alles zum besten bestellt wäre - nein, noch lange nicht - doch gibt es rechtsstaatliche evolutionäre Verbesserungsmöglichkeiten - dies erkennen viele Jugendliche, im Gegensatz zu zahlreichen

"nachpubertierenden" Erwachsenen.

Für uns ergibt sich, dass wir die für die Jugendlichen veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen zur Kenntnis nehmen und mit Achtung, Verständnis und Freude versuchen müssen, durch Wissensvermittlung und Erziehung echte Bildung zu gewinnen. Der Jugendliche von heute ist nicht schlechter als derjenige von früher. Er ist anders, er ist affektiver, kritischer, doch nicht minder befähigt - auf seine Art - Ideale zu sehen und darnach zu leben.

Diesen Jugendlichen haben wir nun in sinnvoller Ergänzung zur praktischen Ausbildung im Lehrbetrieb theoretisch-berufskundlichen sowie allgemein - bildenden Unterricht zu vermitteln.

Die stetige Entwicklung in der Technisierung, Automatisierung und Rationalisierung, das Entstehen neuer Materialien, das Arbeiten mit komplizierten und sehr teureren Werkstoffen, Apparaten und Maschinen erhöhen die Bedeutung des gelernten Berufsmannes. An alle Lehrlinge müssen deshalb grosse Anforderungen gestellt werden. Nur so wird es gelingen, eine erfolgreiche Berufsausbildung auf breiter und gut fundierter Basis zu vermitteln. An Neuerungen erfuhr das Berufsbildungsgesetz von 1963 die schon erwähnte Schaffung der durch die Arbeitsorganisationen geführten Grundkurse, die Förderung der Berufswahl, die erwähnte Akzentsetzung auf Bildungsvermittlung im Betrieb und in Schulen, die jedoch insbesondere der Umwandlung der Geschäftskundefächer in allgemeinbildende Fächer zum Ausdruck kommt. Hierbei sei besonders die Ausweitung des Faches Muttersprache mit Literatur, Massenmedien, Malerei und Musik erwähnt.

Besondere Förderung erfuhr das Berufsschulwesen durch die Betonung der Lebenskunde: Lebenskunde als Unterrichtsprinzip in allen Fächern, insbesondere jedoch im allgemeinbildenden Unterricht.

Neben den Problemen, die der Kontakt zu den Mitmenschen und die Stellung in der Gemeinschaft aufwerfen, tauchen Fragen auf, welche mehr die Intimsphäre und das Sexualleben berühren. Auch hier muss der Jugendliche auf den richtigen Weg hingewiesen werden. Neben dem Elternhaus vermittelt die Schule dem Heranwachsenden das erforderliche Wissen über die Gabe und Aufgabe von Mann und Frau, über die Unterschiede im Denken, Fühlen und Handeln. Sie soll dem Jugendlichen in geistiger und seelischer Beziehung auf die Partnerwahl und auf die spätere Ehe vorbereiten. Sie muss ihn zur Verantwortung gegenüber sich selbst und dem andern Geschlecht erziehen. Die Erfahrung lehrt, dass der Jugendliche in diesen Dingen oftmals verschlossen und namentlich gegenüber Eltern und dem ihm vertrauten Lehrer befangen ist. Aus diesem Grund ist es für den speziellen Lebenskundeunterricht vorteilhaft, eine ausserhalb des allgemeinen Unterrichts stehende Persönlichkeit beizuziehen, die obwohl über die notwendige Lebenserfahrung, die besondere Schulung wie auch über eine hohe pädagogische Fähigkeit und ein ausgesprochenes Taktgefühl verfügt.

Für diesen speziellen Lebenskundeunterricht werden in Kursform ausserhalb, jedoch nach einer Uebergangszeit in Verbindung mit dem normalen Stundenplan 4 bis 6 Doppelstunden vorgesehen.

Ebenfalls wurde das Turnen als fakultatives Unterrichtsfach vorgesehen. Festzuhalten ist, dass wir uns der Bedeutung und der Notwendigkeit des obligatorischen Turnens bewusst sind. Zur Einführung dieses Obligatoriums benötigen wir jedoch den dritten Schulhalbtage sowie für zwei Wochenstunden Turnen im Klassenverband allein an unserer Schule 24 ganztägig voll ausgelastete Turnhallen. Letzthin wurde zwar publiziert, man könne in einer Turnstunde 4 bis 6 Klassen zu einem Massenturnen zusammenfassen! Auf alle Fälle bin ich überzeugt, dass dieses Problem noch gründlich stu-

diert werden muss.

Ebenfalls neu eingeführt wurden die Eintrittsprüfung für Lehrlinge und Lehrtöchter an kaufmännischen Berufen. Dabei sollen vorab diejenigen erfasst werden, deren allzu tieffes Wissensniveau den Verzicht auf einen Lehrvertrag nahelegt oder zusätzliche Betreuung notwendig macht. Besondere Beachtung bedarf die Weiterbildung an öffentlichen Berufsschulen. Die Bedeutung dieser Sparte ergibt sich allein aus den vergleichenden Schülerzahlen auf dem Platze Zürich.

An Kursteilnehmern stehen den Pflichtschülern gegenüber:

	Pflichtschülern	Kursteilnehmer
Gewerbeschule Zürich	11 000	9 000
Kunstgewerbeschule Zürich	2 400	700
Handelsschule, des Kaufm. Vereins	3 400	9 500
Schweizerische Frauenfachschule	200	1 300

Insbesondere handelt es sich um die vorzüglichen kaufmännischen Weiterbildungskurse, um berufsgerichtete und allgemeine Sprachkurse, um berufskundliche Weiterbildungskurse - die vielfach der Wirtschaft vorausseilen müssen - um Schulung Angelernter, um Kader- und Unternehmerschulung, um Vorbereitungskurse auf die Berufsprüfung und höhere Fachprüfung sowie Spezialistenkurse und viele andere mehr.

Mit Genugtuung darf ich bei dieser Gelegenheit die Maturitätsschule für Berufstätige der Stadt Zürich erwähnen, die in den letzten Jahren steigende grosse Erfolge verzeichnen durfte.

Es ist erfreulich, dass nunmehr auch der Kanton eine solche Institution mit Eigenmaturität schaffen will. Bedauerlich, ja unverständlich wäre es, wollte er die bisher gemachten guten Erfahrungen gänzlich missachten und auf die zurzeit in Ausbildung stehenden Studierenden sowie auf einen erprobten ausgezeichneten Lehrkörper verzichten.

Die Verhandlungen zwischen der Stadt und den Erziehungsdirektoren des Kantons werden zeigen, ob sich die Regel, wonach der Kanton sich die Erfahrungen der Gemeinden zunutze macht, bestätigt oder nicht.

Zudem darf die ausserschulische Schülerbetreuung nicht unerwähnt bleiben: die Schularbeit, der psychologische Beratungsdienst, Schulveranstaltungen, Abteilungsveranstaltungen, Pflege eines Schülerorchesters, Förderung des Ciné-Clubs, Schülervorstellungen in Schauspielhaus und Opernhaus, Konzerte, Ski- und Wanderlager, In- und Auslandskursionen, Sportwettkämpfe und anderes mehr. Dabei stehen noch verschiedene zusätzliche Neuerungen im Studium.

Die Erfüllung dieser Aufgaben erfordert Mehreinsatz, doch sie gehört zu unserem Betreuungsbereich und sollte eher noch mit geeigneten Leitern vermehrt ausgebaut werden. Um das didaktische Dreieck abzuschliessen, noch einige wenige Worte zum Lehrer:

Für einen grossen Teil unserer Schüler bietet die Berufsschule die letzte Schulungsmöglichkeit. Ausser der theoretischen und praktischen Erfordernissen stellt die intensive Erziehung zum Menschen - in jedem Fach - erhebliche Anforderungen an den Lehrer. Nicht allein der Ruf nach dem Fachmann und Pädagogen wird somit laut, sondern auch der Ruf nach der wohlwollenden Persönlichkeit.

Ihnen, meine verehrten Damen und Herren, gebührt Dank und Anerkennung für viel Grosses und Gutes, das an den Berufsschulen geleistet wird, oft in al

ler Stille.

BERUFSSCHULREFORM

Nachdem das neue Berufsbildungsgesetz noch keine fünf Jahre alt ist und die neuen Normallehrpläne noch nicht einmal verwirklicht worden sind, mutet es eigenartig an, wenn wir in der Berufsbildung heute schon vor bedeutenden Wandlungen stehen.

Den negativen Gedanken von "Fehlplanung" möchte ich eher umwandeln in "Erkenntnis und Mut zum Fortschritt".

Kaum ein Schultypus steht so in Bewegung wie die Berufsschule: neue Materialien neue Wünsche und Bedürfnisse des Konsumenten, neue Verarbeitungsmethoden sowie Steigerung der Vielfältigkeit. Diesen sich ständig entwickelnden, sich verbessernden und zusehends rascher auftretenden Wandlungen der Wirtschaft hat die Berufsbildung zu folgen oder in einzelnen Fällen gar voranzueilen.

Bei dieser Gelegenheit gestatte ich mir, Gedanken des Sektionschefs für berufliche Ausbildung, Herrn Delisberger, zu übernehmen und fasse eine Analyse unserer gegenwärtigen Situation wie folgt zusammen: Die Berufsstruktur in Industrie, Gewerbe und Handel verflüssigt sich zusehends. Die Spezialisierung unserer Wirtschaft schreitet fort. Der Anteil der in den Dienstleistungsberufen Tätigen nimmt ständig zu. Im sekundären Sektor erfordert die zunehmende Mechanisierung der Produktion, die teilweise bereits in den Automation übergeht, vermehrt technisch geschultes Personal, das sich mit Planung, Konstruktion und Arbeitsvorbereitung zu befassen hat. In den letzten Jahren ist deshalb nicht nur der Bedarf an Ingenieuren und Technikern, sondern auch an Angehörigen des sogenannten untern Kadern wesentlich grösser geworden. Der moderne Produktionsprozess erfordert auf der ganzen Linie vermehrte theoretische und technische Kenntnisse. Wir schreiten einer wachsenden Intellektualisierung der Berufe entgegen. Dementsprechend nimmt die Zahl der Ungelernten ständig ab. Die starke Spezialisierung wertet hingegen den angelernten Berufsarbeiter auf. Die Bedienung auch hochwertiger Maschinen ist jedoch nicht unbedingt an eine mehrjährige spezifische Berufslehre gebunden. Das in der Grundausbildung Gelernte genügt nicht mehr für das gesamte Arbeitsleben. Die rasche technische Entwicklung nötigt alle Kategorien von Berufstätigen, sich ständig auf dem laufenden zu halten. Die Verflüssigung der Berufsstruktur hat zu einer veränderten Berufs- und Arbeitsgesinnung geführt, die sich in einem grösseren Wechsel sowohl des Arbeitsplatzes als auch des Berufes äussert. Die fortschreitende Arbeitsleistung bringt eine vermehrte Verantwortung des Einzelnen mit sich, und Eigenschaften wie Fleiss, Zuverlässigkeit, Selbständigkeit, Initiative, Ausdauer und Sorgfalt kommen erhöhte Bedeutung zu. Die neue psychisch-Physische Situation des Jugendlichen habe ich schon ausführlich dargelegt. Hinzu kommt noch der Trend zu höherer Ausbildung.

In Berücksichtigung dieser Situation müssen wir vieles überdenken sowie Neues und Besseres schaffen. Selten bietet sich solch eine Gelegenheit wie jetzt, Erkenntnisse in einer Reform verwirklichen zu können. Den Dank für Unterstützung und Förderung sprechen wir insbesondere aus: den ausserordentlich aufgeschlossenen Herren des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit sowie den verantwortlichen Instanzen von Industrie und Gewerbe.

Drei grosse Kreise zeichnen sich ab.: Die Anlehre, die Berufslehre und die Weiterbildung.

Immer wieder ertönt die berechnete Forderung nach Begabtenklassen, die gewiss jetzt schon in grossen Berufsgruppen bedingt verwirklicht werden kann. Doch ergibt sich bei unsern Lehrlingen eine intellektuelle Breitenstreuung, die eher zunimmt und sich vom ehemaligen Oberschüler über Realschüler, Sekundarschüler vereinzelt bis zum Gymnasiasten und Maturanden erstreckt. Und diesen

allen bieten wir der Grundkonzeption - selbstverständlich differenziert durch die verschiedenen Anforderungen des Berufes - das Gleiche. Dies muss zu bewussten und unbewussten Unzulänglichkeiten führen. Unbehagen ergibt sich da, wo schwächste Lehrlinge aussichtslos in Klassen mitgeschleppt werden müssen, und da wo wir feststellen müssen, dass junge Leute mit verführerischen Anpreisungen zu sogenannten jedoch nichtssagenden Privatlehren verlockt werden. Kaum zu verantworten ist es, über 20% von Jugendlichen nichts an Berufsausbildung zu bieten insbesondere denjenigen, deren geistige Befähigung nicht ausreicht, auch eine einfache Berufslehre bestehen zu können. Viele Gründe sprechen dafür, hier etwas zu tun.

Wir brauchen diese Leute und sie brauchen uns. Ob man dann diese gekürzt, maximal zwei Jahre dauernde Ausbildung Anlehre oder anders bezeichnet, soll dahingestellt bleiben. Wichtig ist: Auch diese Leute müssen geachtet werden und sollen stolz sein dürfen auf ihre besondere Arbeitsleistung. Vornehmlich muss es sich um eine manuelle Ausbildung gewillt, doch es wäre egoistisch und falsch, wäre man nicht gewillt, auch hier auf besondere Art, ohne zu hohe Zielsetzung, allgemeinbildende Fächer zu vermitteln.

Inwiefern soll nun die Berufslehre als solche Veränderung erleben: Der Bildung von Begabtenklasse wird vermehrt Beachtung geschenkt. Vermehrt müssen auch Möglichkeiten für Anschauung und Veranschaulichung geschaffen werden. Der Programmierte Unterricht wird weiter verfolgt. Der Einsatz von Sprachlabors wird vermehrt. Die Förderung von Freifächern soll unterstützt werden und anderes mehr.

Dadurch sollen in der der Schule zur Verfügung stehenden verhältnismässig kurzen Zeit optimale Ergebnisse erzielt werden können.

Vor allem kann durch die Schaffung der Stufenlehre eine Anpassung an die Befähigung des Einzelnen erreicht werden. Eine Lehre soll sich gliedern können: in die Stufe der Grundausbildung mit erster Abschlussmöglichkeit und in eine Aufbaustufe. So wird versuchsweise in St. Gallen im Elektroinstallationsgewerbe in einer Grossfirma in einer zweijährigen Lehre zum Elektro-Rohrleger ausgebildet. Für die Qualifizierten besteht dann die Möglichkeit, nach zwei weiteren Jahren als Elektromonteur abzuschliessen. Bei den Dekorateurs liegt ein Projekt vor, wobei ebenfalls die vierjährige Lehre in eine zweijährige Grund- und Zusatzlehre aufgeteilt werden soll. Die Grundlehre vermittelt hierbei vornehmlich die handwerkliche Ausbildung und schliesst mit der Bezeichnung "Gelernter Dekorateur" ab. Die Zusatzlehre vermittelt die vertiefte ästhetisch-gestalterische Ausbildung nebst kaufmännisch-organisatorisch und werbetechnischer Schulung. Der Absolvent soll sodann als "Gelernter" Dekorationsgestalter bezeichnet werden. Mit der Schaffung einer Stufenlehre beschäftigt sich zur Zeit auch der Schweizerische Buchbindermeisterverband sowie der Buchdrucker- und der Schriftsetzerverband. Auch die Metallindustrie befasst sich mit dem Gedanken der Stufenlehre. So soll beispielweise der nach einer zweijährigen Grundausbildung abgeschlossene Metallarbeiter sich zum Maschinenschlosser, Werkzeugmacher, Mechaniker, Elektromechaniker oder Feinmechaniker weiterbilden können. Dies bedingt selbstverständlich eine Anpassung der Lehrpläne, was noch einige Probleme aufwerfen dürfte. An sich sollte in der ersten Stufe allen Lehrlingen derselbe Unterricht vermittelt werden. Am Schluss würde ein Teil nach Ablegung einer Prüfung ausscheiden, die übrigen würden ihre Lehre fortsetzen, wobei auf dem bisher vermittelten Unterrichtsstoff aufgebaut würde. In der ersten Stufe sollte also auch in den allgemeinbildenden Fächern eine in sich geschlossene Ausbildung vermittelt werden. Diese aber so zu gestalten, dass die zweite Stufe in einzelnen Fächern auf dem bisher Vermittelten aufbauen und fortfahren kann, dürfte einige Komplikationen ergeben, die jedoch zu überwinden sind.

Im Zusammenhang mit der Begabtenförderung soll dem 5 bis 7 Prozent besonders begabten Lehrlingen vermehrt Wissen und Bildung vermittelt werden. Wenn die Berufslehre auch inskünftig noch intelligente junge Leute gewinnen will, so muss sie auch diesen etwas bieten können. Die Förderung der Begabten bereits auf der Lehrlingsstufe wird deshalb zu einer ernstzunehmenden Aufgabe.

Eine Gruppe aussenstehender Experten glaubt nun, für diese jungen Leute wäre eine Ganztageschule das Geeignetste. Aus psychologischen, wirtschaftlichen und soziologischen Gründen sind wir der Auffassung, eine solche Berufsmittelschule habe einer Berufslehre nebenher zu gehen. In beruflichen und allgemeinbildenden Kern- und Wahlfächern soll dieser Unterricht auf Beginn des zweiten Semesters zusätzlich erteilt werden. An Kernfächern sind unter anderem vorgesehen: eine Fremdsprache, obligatorisches Turnen, "höhere" Mathematik, Geschichte des 19./20 Jahrhunderts, Physik, Chemie, Literaturgeschichte. Die Wahlfächer sollen die einzelnen Richtungen betonen: spezielle Berufsgebiete, zweite eventuelle dritte Fremdsprache, Freihandzeichnen, Darstellende Geometrie, Volkskunde, Geschichte der Musik und der Malerei usw.

Bei diesen Leuten soll damit auch die Grundlage für das zukünftige mittlere und höhere Kader geschaffen werden.

Selbstverständlich werden zur Erfüllung dieser Aufgaben die bisherigen zwei Halbtage nicht mehr ausreichen. Lehrmeister sowie Berufsmittelschüler werden an der Arbeitszeit bzw. an ihrer Freizeit beitragen müssen. Es ist erfreulich, dass dazu Gewerbe und Industrie bereit sind, die Hand zu bieten.

Bei der Weiterbildung handelt es sich weniger um weniger organisatorische Neuerungen - obgleich die Schaffung einer Konstrukteurenstufe (auch Technikum mittlerer Stufe genannt) als Zwischenglied zum Beispiel zwischen Bauzeichner bzw. Maschinenzeichner und Techniker überprüft wird - als vielmehr um die Verwirklichung methodischer Erkenntnisse bei der Erwachsenenbildung. Die Erwachsenenbildung darf nicht das ältere Gesicht einer jugendlichen Schulung tragen, sondern vielmehr, auf psychologischen und pädagogischen Erkenntnissen basierend, ein profiliertes methodisches Eigengepräge erhalten. Wir müssen versuchen, uns von einem falschen Verwaltungsformalismus zu lösen.

Mit dem heutigen Tag wurde auch ein Markstein für das Mitspracherecht der Lehrerschaft gesetzt. Mitsprache bedeutet für alle Beteiligten Vorteile. Mit unserer demokratischen Auffassung sollte es übrigens gar nicht so schwer fallen, in Rede und Gegenrede Ansichten zu vertreten, ja zu verfechten. Das Neue basiert nie auf Trägheit und Passivität, sondern auf Aktivität und oftmals sogar auf Aggressivität. Die Frage der Mitsprache, je der Mitbestimmung stellt sich nicht erstmals auch bei den Schülern. Auf Teilgebieten stehen diesen Begehren gewiss nichts entgegen, ja sie müssen sogar begrüßt werden. Aber die Frage nach dem vollen Mitbestimmungsrecht der Schüler verneine ich eindeutig. Jede Mitbestimmung erfordert auch Mitverantwortung, und auf diese wird oftmals gerne grosszügig verzichtet.

Gestatten Sie mir ^{ein} besonderes Wort noch zum Problem der Berufsschulbauten. Schon kommen die ordentlichen Kosten für die schulische Ausbildung eines Berufsschülers der Öffentlichkeit bedeutend billiger zu stehen als diejenigen eines gleichaltrigen Schülers einer Tagesschule. Die Kosten eines Lehrlings mit dreijähriger Lehrdauer betragen 2000 Franken, mit vierjähriger Lehrdauer 2700 Franken. Diejenigen jedoch eines Tagesschülers differieren zwischen 15 000 und 28 000 Franken.

Zudem sind wegen der geringeren zeitlichen Beanspruchung die Kosten für Berufsschulhausbauten um das fünf- bis sechsfach geringer als diejenigen anderer Schultypen. Da sollte es doch möglich sein, nicht noch gekünstelte Kombinationen vornehmen zu wollen und unverantwortliche Abstriche auszuführen. Das Volk ist zu aufgeschlossen und zu verantwortungsbewusst, als dass es ob des attraktiven Soges akademischer Förderung nicht auch die Bedürfnisse der Berufsbildung erkennen würde.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Unzweifelhaft steht unsere Berufsausbildung vor bedeutenden Wandlungen: An-
Lehre, Stufenlehre, Begabtenförderung, Kadenschulung, Erwachsenenbildung,
Verbesserung der Gewerbelehreäusbildung - wobei gerade hier die methodischen
Erkenntnisse der Erwachsenenschulung berücksichtigt werden müssen- neue Normal-
lehrpläne und anderes mehr.

Voraussetzung für die Verwirklichung der genannten Ideen, wie für die ständige
Abstimmung zwischen Beruf und Schule und zur Erreichung optimaler Leistungen
bilden Grundlagenforschung, Angewandte Forschung sowie die praktische Anwend-
ung der erwähnten Erkenntnisse. Zur Erfüllung dieser zahlreichen massgebenden
und konstanten Aufgaben müssen schweizerischerseits und auch regional vermehrt
Institutionen geschaffen werden im Sinne Berufspädagogischer Institute.

Abschliessend stellen wir fest: Wir stehen in einer neuen Phase - in der der
Evolution. Die Probleme drängen und harren ihrer Lösung. Für uns alle heisst
die Devise: Mutig vorwärts schreiten auf neuen Wegen.

DOKUMENT EINES HOTELPLAN LEHRLINGS

Dieses Dokument ist ungekürzt und authentisch.

EINLEITUNG

Anfänglich kam mir eine "Einleitung" reichlich überflüssig vor. Die
"Dokumentation" spreche für sich, bedürfe keiner weiteren Worte, meinte
ich.

Nun habe ich aber erfahren, dass eine Kampagne gegen diese "Dokumenta-
tion" geplant war. Ich muss also annehmen, dass gewisse höhere Ange-
stellte gewissen Lehrlingen zugesetzt haben. Diese dazu bewegen wollten,
sich von der gemeinsamen Arbeit zurückzuziehen. Ich muss also annehmen,
dass gewisse höhere Angestellte daran zweifeln, dass die Lehrlinge das
Recht haben, Misstände zu kritisieren und sachliche Forderungen zu stel-
len.

Ein 2. Lehrling arbeitet wöchentlich rund 32 Stunden. (Die für die Schule
wegfallenen 12 Stunden bereits abgerechnet.)

Ein Angestellter arbeitet bei Hotelplan 44 Stunden die Woche.

Ein 2. Lehrling erhält monatlich Fr. 200.--

Ein junger Angestellter verdient (gut gerechnet) rund Fr. 1100.--

Ein 2. Lehrling verrichtet nach rund zweiwöchiger Einführungszeit in
einer Abteilung das gleiche Pensum wie ein Angestellter (Einige wenige
Abteilungen ausgenommen, deren Arbeit eine spezielle ist und der Routine
bedarf).

Lasst mich die genannten Tatsachen in ein Verhältnis bringen:

1. Wenn ein Angestellter 100% am Arbeitsort verbringt, ist ein Lehrling
72,7% dort.
2. Wenn der Lohn eines Angestellten mit 100% berechnet wird, "verdient"
20 20

ein 2. Lehrling 18,2%.

3. Die Einführungszeit ist in den meisten Abteilungen, die ein Hotelplan-Lehrling durchläuft, relativ kurz.

Ich kann den Faden weiterspinnen: Wenn ein Lehrling auf Grund der Stunden, die er am Arbeitsort verbringt (und während denen er vollwertige Arbeit leistet), entschädigt würde, erhielt er

Fr. 800.--
=====

Mit anderen Worten: Hotelplan verdient an jedem Lehrling:

- monatlich Fr. 600.--
=====

- jährlich Fr. 7200.--
=====

Ich werde deutlicher: Die Zahl von 15 Lehrlingen hilft einer Firma jährlich die schöne Summe von

Fr. 108'000.--
=====

sparen. Der Lehrling ist offensichtlich ein Bombengeschäft. Dass dies Hotelplan gemerkt hat, beweist der letzte Zahlenvergleich:

Ende Lehrjahr 1963: 9 Lehrlinge

Ende Lehrjahr 1969: 15 Lehrlinge

Wenn wir uns vor Augen halten, dass in der ganzen Schweiz rund 130'000 Lehrlinge beschäftigt sind, merken wir Lehrlinge, dass wir einen grossen (Geld) "Wert" haben. Und wir wissen, dass heute Geld Macht bedeutet. Wir werden uns dieser Macht noch stärker bewusst werden müssen.

Ich stelle mir vor, dass die Lehrlinge einmal nicht mehr den "offiziellen" den "legalen" Weg beschreiten werden, um eine Forderung durchzusetzen. Ich kann mir denken, dass Lehrlinge einmal darauf verzichten werden, Bettelbriefe zu schreiben und "Dokumentationen" zusammenzustellen. Ich gebe zu bedenken, dass Lehrlinge, die sich ihrer Macht bewusst sind, einmal ihre Forderungen mit einer Drohung unterstreichen könnten. Beispielsweise mit einer Streikdrohung.

Die Streikformen sind mannigfaltig....

Diese Dokumentation wurde von sämtlichen an der Konferenz vom 10. April 1969 teilnehmenden Lehrlingen im Vorliegenden Wortlaut genehmigt. Ich lege grossen Wert auf einige ergänzende Bemerkungen:

Einigkeit herrschte vor allem bei der Forderung nach einem Lehrlingsplan. (Wenn die Meinungen auch stark auseinandergingen, wie "scharf" diese Forderung formuliert sein dürfe). Ich halte hier aber noch einmal besonders fest, dass einige Lehrlinge befürchten, zu Marionetten zu werden, wenn nicht zum vornherein ein Lehrlingsplan zusammengestellt wird. (Von der Geschäftsleitung in Zusammenarbeit mit uns Lehrlingen !)

Ein anderer wichtiger Punkt scheint mir die Organisation der Lehrlinge zu sein. (Siehe Artikel 2.09.) Die Mehrzahl der Lehrlinge hat beschlossen, auf einen vollamtlichen Lehrlingschef (kombiniert mit einem Personalchef) zu verzichten. Wir wollen stattdessen einen eigenen Wortführer ernennen und diesen unsere Angelegenheiten erledigen zu lassen. Der Trend zur Autonomie darf hier nicht übersehen werden !

Zur Arbeit eines solchen Wortführers: Ich weiss, dass der ernannte junge Mann es oft nicht leicht haben wird, seine Anliegen zu vertreten, seine Position zu verteidigen. Er wird von bestimmten (karrierebewussten) Angestellten gemieden, unmöglich oder lächerlich gemacht werden. Man wird seinen jeweiligen Vorgesetzten raten, keine (politischen) Diskussionen mit ihm zu führen.

Man wird auch versuchen, seine Mitlehrlinge von ihm isolieren, indem man beispielsweise, diese einschüchtert, oder ihnen, beispielsweise rät, sich von gemeinsamen Aktionen fernzuhalten.

Auch die Formen der Repression sind mannigfaltig ...

Die Lehrlinge der Genossenschaft Hotelplan haben sich Mühe genommen, eine sachliche und begründende "Dokumentation" zusammenzustellen. Der nächste Schritt muss von der Geschäftsleitung getan werden....

LEHRLINGS-DOKUMENTATION

1. Wir stellen fest:

- 1.01 Verschiedene Lehrlinge wurden mit falschen Versprechungen für die Firma gewonnen. ("Es befinden sich Lehrlinge auf Flügen nach Nairobi, Südafrika, Mexiko. Du wirst in denselben Genuss kommen").
- 1.02 Bis 1966 galten folgende Vergünstigungen für Lehrlinge:
 1. Lehrjahr: Freifahrtschein Schweiz (Bahn)
 2. Lehrjahr: Freifahrtschein Europa (Bahn)
 3. Lehrjahr: Freiflug auf CharterAnfangs 1967 wurden diese Vergünstigungen mit einem Rundschreiben aufgehoben. Ohne Begründung, ohne Diskussion mit den direkt Betroffenen. Ab sofort galten die drei Lehrjahre als ein Dienstjahr. Uns Lehrlingen wurde also nur noch ein Bahnbillet für die Schweiz zugestanden.
- 1.03 Einem 2. Lehrling wurde das Freibillet (Bahn) für die Schweiz mit der Begründung verweigert, er hätte erst und nur im 3. Lehrjahr Anspruch darauf.
- 1.04 Andererseits halten wir fest; dass 3. Lehrlinge über das festgelegte Mass hinaus Vergünstigungen erhielten.
- 1.05 Verschiedene 3. Lehrlinge gewonnen an einem Wettbewerb, der im Rahmen des Reisebürofachkurses ausgeschrieben worden war, Von der Geschäftsleitung traf prompt eine Gratulation ein. Vergeblich jedoch warteten die Lehrlinge auf die "usicherung, dass zusätzliche Reise und Unterkunftsspesen vergütet würden. Sie schrieben einen Bettelbrief. Es vergingen Wochen ohne Antwort. Ein Lehrling sprach in dieser Sache mehrmals vor, bis er endlich den positiven Bescheid erhielt.
Hat wohl erst die Drohung gewirkt, dass die Lehrlinge die gewonnene Reise absagen würden, wenn die Firma dem Gesuch nicht entspräche?
- 1.06 Im Frühjahr 1967 erhöhte Hotelplan den Lehrlingslohn. Jedoch nur bei den damaligen "Neuen". Mit anderen Worten: 1. und 2. Lehrlinge verdienten gleich viel. Die vernachlässigten Lehrlinge beschränkten den offiziellen, den Dienstweg. Sie schrieben einen Brief. Die Antwort liess lange auf sich warten. Dann kam sie, mündlich: Lohn-erhöhung für alle Lehrlinge und zwar rückwirkend. Einige Wochen später ein neuer Entscheid, diesmal schriftlich:

"..Nun ist ja ein solcher Vertrag für drei Jahre zu voraus fest abgeschlossen worden und hat von beiden Parteien strikte eingehalten zu werden. (...) Fassen Sie daher unseren Entschluss, die "alten" Lehrlings-Entschädigungen nicht zu ändern, obwohl wir für die neu abgeschlossenen Verträge uns die neuen Richtsätze zu eigen machen, nicht etwa als Knäuserigkeit auf, sondern vielmehr als eine Prinzipsache.." Ein damaliger 2. Lehrling sprach beim Mann vor, der diesen "endgültigen Bescheid unterschrieben hatte. Er wies darauf hin, dass verschiedene Punkte im Antwortbrief nicht stichhaltig seien. Beispielsweise verhielt sich Hotelplan keienswegs vertragsgemäss: Die Verträge der "neuen" Lehrlinge waren zu den gleichen, niederen Ansätzen ausgestellt worden, wie diejenigen der 2. und 3. Lehrlinge. Der Hotelplan-Vertreter sah zwar die Ungerechtigkeit, berief sich aber dennoch auf Prinzipien, die keine waren... (Es gehe mitnichten um die paar Fränkli, sondern eben ums Prinzip). Die damaligen 2. Lehrlinge erhielten eine einmalige "Entschädigung" von Fr. 100.--, auf dass sie fürderhin schwiegen. Grund zum Reden hatten sie, die Ungerechtigkeit war offensichtlich. Jenem 2. Lehrling, der sich auch für die leer ausgegangenen 3. Lehrlinge einsetzte, wurde geraten zu schweigen. Er sei schliesslich nicht der Sprecher der 3. Lehrlinge... Es vergingen rund sechs Monate. Die Lehrlinge hatten sich mehrheitlich an den ungerechten Zustand gewöhnt. Ueberraschend erhielten nun auch die nunmehrigen 3. Lehrlinge mehr Lohn. Ganz von selbst, ohne dass die nochmals reklamiert hätten.

Es scheint, als ob Hotelplan damals nicht auf das Drängen eines Lehrlinge eingehen wollte. Diesen nicht als Sieger aus der Sache hervorgehen lassen wollte... Oder ging es etwa doch um die paar Fränkli, die nicht mehr ausbezahlt werden mussten, da die früheren 3. Lehrlinge nun bereits abgeschlossen hatten?

- 1.07 Bis 1965 konnten die Lehrlinge jeweils am Geschäftsessen der Talacker-Belegschaft teilnehmen. Im darauffolgenden Jahr blieb die Einladung an uns aus. Als Trost versprach man uns ein eigenes Lehrlingssessen. Es war aber kein Trost, es war eine Lüge.
- 1.08 Einen Lehrling, der entgegen dem Lehrlingsplan eingesetzt wurde, versprach man, dass er sich für das nächste Lehrjahr die Abteilungen aussuchen könne. Es blieb auch hier beim Versprechen.
- 1.09 Vier Lehrlingen wurde versprochen, gute Zeugnisnoten würden mit einer zusätzlichen Ferienwoche belohnt. Einem Lehrling der diese einziehen wollte, antwortete man dann aber, damals sei dieses Versprechen nicht im Ernst gegeben worden.
- 1.10 Es sind Fälle bekannt, in denen höhere Angestellte private Angelegenheiten früherer Lehrlinge weitergegeben haben. Offensichtlich in der Absicht, diese lächerlich zu machen.
- 1.11 Es scheint in der Personalabteilung ein Loch zu haben. Private Meldungen von Lehrlingen sickern zu den Angestellten durch.

2. Wir fordern

- 2.01 -das Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung des Lehrlingsplanes.
(Wir wollen damit verhindern, dass wir ausgerechnet in jenen Abteilungen besonders lang eingesetzt werden, die uns zu Weiterbildung nicht nützlich sind.)
- 2.02- die Verbindlichkeit des Lehrlingsplanes.
(so soll vermieden werden, dass wir Lehrlinge zu "Lückenbüssern" 23

werden, also zwischendurch dort eingesetzt werden, wo gerade Not am Mann ist).

Anmerkung:

Wir haben vernommen, dass künftig überhaupt kein Lehrlingsplan mehr zusammengestellt werden soll. Wir protestieren energisch gegen diesen Beschluss und bestehen darauf, dass sofort wieder ein Lehrlingsplan zusammengestellt wird !

2.03-dass wir Lehrlinge von gewissen Abteilungen nicht als "Stiften" behandelt werden.

(Das heisst: Lehrlinge erhalten das Recht, sich zu weigern, in einer Abteilung nur Hilfeleistungen verrichten zu müssen. Gepostet (im Talacker), Kaffeeflaschen geholt (Herdern) etc. wird ab sofort nicht mehr ausschliesslich von uns Lehrlingen).

2.04-dass sämtliche Angestellten und Vorgesetzten uns Lehrlingen mit "Sie" und (mindestens) mit dem Vornamen ansprechen.

(Dieser Artikel hat selbstverständlich keine Gültigkeit bei ausgemachten, gegenseitigem Du-Verhältnis).

2.05-die Gleichsetzung von Lehrlingen und Angestellten.

(Es geht nicht an, dass wir in Bezug auf Vergünstigungen weiterhin so stark diskriminiert werden. Die drei Lehrjahre müssen als drei Dienstjahre gelten und entsprechend "vergütet" werden. - Siehe Artikel 1.02.)

2.06-dass Schule und Lehrfirma besser koordiniert werden.

(Es dürfen also beispielsweise keine 1. Lehrlinge mehr in der Buchhaltungsabteilung eingesetzt werden. Sie profitieren dort nichts, da in der Schule das Fach erst im 3. Semester gelehrt wird).

2.07-vermehrte Unterstützung im Hinblick auf die Abschlussprüfung.

(Es soll sämtlichen Abschliessenden vermehrte Freizeit zum Lernen eingeräumt werden. Es sollen auch Nachhilfsstunden für "Schwächere" zugestanden werden. Es genügt nicht, dass ein halbes Jahr vor der Prüfung zwei theoretische Büchlein für fünf oder sechs Lehrlinge abgegeben werden).

2.08-dass ab sofort alle Lehrlinge, die die Abschlussprüfungen erfolgreich bestehen, eine angemessene Anerkennungsgabe erhalten.

(Bis heute wurden nur im "Rang" abschliessende Lehrlinge prämiert).

2.09-die Organisierung der Lehrlinge.

(Wir Lehrlinge sollen Zeit erhalten, uns untereinander auszusprechen. Wir werden einen Wortführer erküren, der bereit und in der Lage ist, sich für die Gesamtheit der Lehrlinge einzusetzen. Bei wichtigen Anliegen allerdings muss die ganze Lehrlingschaft angehört werden. Bei persönlichen oder privaten Fragen wendet sich jeder einzelne an den Vorgesetzten).

2.10-dass die Geschäftsleitung regelmässig einen Vertreter zu Gesprächen mit Lehrlingen delegiert.

(Etwa im Rahmen denkbar, wie Herr Zürcher dies bereits einmal gemacht hat).

2.11-Spesenentschädigung für Reisen, die bei einem Berufswettbewerb gewonnen werden.

(Siehe Artikel 1.05).

2.12-dass die Tage, die für eine "Bildungsreise" (siehe oben) benötigt werden, nicht von den Ferien abgezogen werden.

(Letztlich kommt das vermehrte Wissen ja wiederum der Firma zugut).

- 2.13-dass Indiskretionen, wie sie in Artikel 1.10 bzw.1.11 geschildert werden, in Zukunft unter allen Umständen vermieden werden.
- 2.14-dass der Lehrlingsausflug auch in Zukunft unterstützt wird. (Wir verzichten andererseits auf das versprochene "Lehrlingsessen").
- 2.15-für die sich vorstellenden, zukünftigen Hotelplanlehrlinge die Möglichkeit, sich mit einem von uns aussprechen zu können. (Damit der "Neue" sich ein objektives Urteil von der Firma bilden kann. Und um Misstände, wie sie in Artikel 1.01 bzw. 1.09 beschrieben werden, zu vermeiden).

Ein Lehrling des Hotelplans

SCHUELER UND BERUFSSCHUELER ALLER KLASSEN VEREINIGT EUCH : ! !

Unter dem Denkmantel der Lehrausbildung werden wir um die gerechte Entlohnung für die produktive Arbeit betrogen. Wir werden in den Betrieben von Leuten unterrichtet, die gar keine Zeit haben, sich intensiv um uns zu kümmern, die selbst unter Druck stehen und deshalb uns unterdrücken und die uns unterrichten, wie sie vor 20 Jahren unterrichtet worden sind.

In den Schulen (oft abbruchreife Schandflecke und Provisorien) werden wir unter Zeitdruck durch sämtliche Fachgebiete gezogen. Wir werden zu qualifizierten Arbeitern und Angestellten erzogen, zu opportunistischen Ja-sagern; Ja-sagern zum Klassensystem in dem ^{man} durch Kompromisse und Opportunismus emporsteigen kann. Ja-sagern zum Gesellschaftssystem, in dem oft Ausbeutung legal ist.

Wir haben es satt, uns von Leuten unterdrücken zu lassen, die am 1. August so schön vom Vaterland/ von der Gerechtigkeit sprechen.

Deshalb fordern wir:

Aenderung der jetzigen Schulform: Mehr Schulzeit auf Kosten der Arbeitszeit - Mehr Allgemeinbildung in der Schule - Erstellung eines Diskussionsforum in der Schule - Freie Diskussion im Stundenplan eingebaut .

Revision des Lehrvertrages: Ein reales Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht in der Schule und für den Lehrstellenwechsel - Angemessene Entlohnung für produktive Arbeit.

Wir glauben an die progressiven Lehrer und hoffen, dass sie uns helfen werden, diese Ziele zu erreichen. Es soll nicht nur bei den Forderungen bleiben. Wir müssen etwas tun. Wir wollen das Establishment nicht nur provozieren. Wir wollen aktiv helfen diese Misstände zu beseitigen. Wir wollen in Arbeitsgruppen konkrete Vorschläge ausarbeiten. Wir wollen mit allen diskutieren

Progressive Jugend Zürich
Arbeitsgruppe Lehrlinge, Schüler
und Berufsschüler -PJZ-

Wege für eine zeitgemässe Berufsschule

Von E. Schalcher, Gewerbelehrer, Zürich

Wenn die Gewerbeschule Eindruck machen will, weist sie in erster Linie auf ihre grossen Schülerzahlen hin. In der Schweiz stehen rund 130 000 Lehrlinge und Lehrtöchter in der Ausbildung. Annähernd ein Elftel davon besucht die Gewerbeschule der Stadt Zürich. Das sind Zahlen in einer Grössenordnung, wie sie nur beim Militär üblich sind. Wenn wir den Ausbildungsbetrieb genauer unter die Lupe nehmen, verliert aber die grosse Schülerzahl ihre Wucht, denn diese Schüler besuchen die Gewerbeschule einen ganzen Tag, in einzelnen Semestern sogar nur einen halben Tag pro Woche. Die übrige Zeit, die doch viel stärker ins Gewicht fällt, verbringen die Lehrlinge und Lehrtöchter in ihren Lehrbetrieben. Damit ist die Stellung der schweizerischen Gewerbeschule umrissen. Sie steht im zweiten Glied. Wir müssen uns aber der Tatsache bewusst werden, dass wir heute Leute ausbilden, die im Jahre 2000 noch berufstätig sein müssen. Für Lehrmeister und Berufsschulfachleute bedeutet das, dass wir unser ganzes Ausbildungssystem von Grund auf überdenken und den neuen Anforderungen anpassen müssen. Wenn man dazu bereit ist und von dieser Basis aus an den Berufsschul-Problemkreis herangeht, dann ergeben sich für die Zukunft folgende Forderungen:

1. Wir müssen unsere Jungen anspornen und ihnen den Weg zu einer vermehrten und vertieften theoretischen und praktischen Schulung und Bildung ebnen. Wir müssen sie geistig beweglich halten. Wir wissen ja nicht, ob sie sich später umstellen müssen, denn welche Berufe automatischer sind und welche nicht, das lässt sich heute noch nicht mit Bestimmtheit voraussagen.

2. Die Zahl der Ungelernten muss vermindert werden, ihre Arbeit wird künftig von Automaten erledigt. Noch heute bieten wir rund 20 Prozent unserer Jugendlichen nichts für ihre Berufsausbildung. Natürlich finden sich darunter viele, deren geistige Befähigung nicht ausreicht, auch nur eine einfache Berufslehre zu bestehen. Viele Gründe sprechen aber dafür, auch hier etwas zu tun. Ob man eine gekürzte, maximal zwei Jahre dauernde Ausbildung Anlehre oder anders bezeichnen will, soll dahingestellt bleiben. Wichtig ist: auch diese Leute müssen geachtet werden und sollen stolz sein dürfen auf ihre besondere Arbeitsleistung. Es wird sich vornehmlich um eine manuelle Ausbildung handeln, doch wäre es sicher falsch, wäre man nicht bereit und willens, auch hier auf besondere Art und

ohne hohe Zielsetzung allgemeinbildende Fächer zu vermitteln, u. a. auch Staatskunde, denn auch diese Leute erhalten einmal das volle Stimm- und Wahlrecht.

3. Die Begabten müssen Gelegenheit erhalten, ihre Anlagen besser auszuwerten. Wir müssen ihnen die Wege öffnen, damit sie sich zu dem sehr gefragten unteren und mittleren Kader ausbilden können. Dazu ein Beispiel:

In der deutschen Grossfirma Krupp entschloss man sich zur sogenannten Stufenlehre. Alle Jünglinge, die sich z. B. für einen metallverarbeitenden Beruf entschieden haben, treten für die ersten 1½ Jahre in die erste Aufbaustufe ein und machen eine Grundschulung in theoretischen und praktischen Fächern durch. Dann entscheidet eine Eignungs- und eine Leistungsprüfung über den weiteren Bildungsgang. Wer hier nicht besteht, scheidet von der Weiterbildung aus, erhält aber einen Ausweis als Metallwerker. Ungelernte gibt es also keine mehr. In der 2. Aufbaustufe wird nun spezialisiert. Hier entscheidet sich der junge Berufsmann nach dem Abschluss einer Prüfung darüber, ob er als Teilschlosser oder als Maschinenfacharbeiter in den Betrieb geht oder in die dritte Ausbildungsstufe aufsteigt. Hier wird die Weiterbildung verfeinert und spezialisiert. Besteht er die Schlussprüfung wieder mit Erfolg, ist der Weg zur Weiterbildung in der höheren technischen Lehranstalt offen. Eine ähnliche Stufenleiter hat man in der Elektrobranche und sogar auf dem kaufmännischen Sektor ausgearbeitet.

In der Schweiz sucht man ähnliche Wege. Die Leiter der Gewerbeschulen, unter ihnen auch Dr. Aversano, der Zürcher Direktor, schlagen als Diskussionsgrundlage vor, das Ein- topfgericht der heutigen Gewerbeschule in drei Züge aufzulösen:

Der dritte, unterste Leistungszug stellt an die Schüler geringe theoretische Anforderungen. Hier kommen die heutigen Un- oder Angelernten, um deren Berufsausbildung man sich bis jetzt überhaupt nicht gekümmert hat, zum Zuge. Das Schwergewicht liegt eindeutig auf der manuell-praktischen Ausbildung. Eine stufengemässe Methodik und die psychologische Betreuung dürften vielleicht zu einer Leistungssteigerung beitragen. Zudem hofft man, dass auf diese Weise die Klassen der bisherigen Berufsschule um rund 10 Prozent der schwächsten Schüler entlastet werden.

Der zweite Zug, die industriell-gewerbliche Berufsschule nach bisherigem Modus mit leicht erlöhten Stundenzahlen, vermittelt den im eidgenössischen Berufsbildungsgesetz Art. 21 geforderten obligatorischen Unterricht als Teil der Berufslehre. Die Absolventen treten nach der Lehrabschlussprüfung als gut ausgewiesene Fachkräfte in die Wirtschaft über. Diesem Schulzug würden 80 bis 85 Prozent der Schüler zugeteilt.

Als gehobenen Schulzug denkt man an die Schaffung einer Berufsmittel-

schule. Sie soll der Förderung der Begabten dienen. 5 bis 7 Prozent der Lehrlinge besuchen neben dem Pflichtunterricht an der örtlichen Berufsschule, an einer regionalen, konzentrierten Berufsmittelschule ein weiteres Wochenpensum von 10 bis 12 Unterrichtsstunden. Für die gesamte Schulzeit an der ordentlichen Berufsschule und an der Berufsmittelschule werden wöchentlich 18 bis 20 Wochenstunden oder rund 2½ Tage aufgewendet. Dabei geht man davon aus, dass für den zusätzlichen Unterricht an der Berufsmittelschule beide Teile, der Lehrbetrieb und der Lehrling, zeitliche Opfer bringen sollen. Der Lehrbetrieb muss dem Schüler für den Besuch der Berufsmittelschule einen zweiten Tag aus dem Betrieb freigeben, während der Lehrling seinen freien Samstagvormittag, dazu einen, vielleicht auch zwei Wochenabende für den Unterricht und einen weiteren Teil seiner Freizeit für Hausaufgaben opfert. Diese Doppelbelastung bildet für die jungen Menschen zweifellos die obere Grenze der zumutbaren Dauerbelastung, andererseits bildet sie eine Schranke gegen leichtfertige Ausfälle wertvoller Arbeitsstunden zu Lasten des Lehrbetriebes.

Die Berufsmittelschule dauert sechs Semester. Sie beginnt bei dreijähriger Lehrzeit im ersten, bei vierjähriger in der Regel im zweiten Lehrjahr, wobei der Schüler in ein höheres Semester nur auf Grund eines genügenden Notendurchschnittes aufrücken darf. Erreicht er diesen Notendurchschnitt nicht, so hat er die Möglichkeit, das Pensum einmal zu wiederholen.

Am Ende der Lehrzeit hat der Kandidat mit der bisher üblichen Arbeits- und Berufskundeprüfung die Lehrabschlussprüfung zu bestehen, wofür er das Fähigkeitszeugnis erhält. Andererseits absolviert er zeitlich gestaffelt zur beruflichen die theoretische Abschlussprüfung der Berufsmittelschule und erhält ein Diplom als Ausweis für eine qualifizierte Ausbildung. Der prüfungsfreie Uebertritt an die Höhere Technische Lehranstalt auf Grund des Notendurchschnittes ist vorgesehen. Damit bedeutet der Beginn einer Berufslehre nicht mehr Verzicht auf eine höhere Bildung. Sie wird vielmehr zum vielversprechenden Ausgangspunkt für eine zielgerichtete Laufbahn, die bei Begabung, Fleiss und Charakterstärke zur Höheren Technischen Lehranstalt und in Ausnahmefällen für Spätberufene sogar zur Hochschule führen kann. Auch wer sich nicht zur weiteren Ausbildung entschliesst, erhält in der Berufsmittelschule eine zeitgemässe, vertiefte und erweiterte Bildung, die seine Kräfte aktiviert und die geistige Beweglichkeit fördert. Doch neue Schultypen werden nicht am grünen Tisch geschaffen, ihre endgültige Form muss aus der Praxis und Erfahrung herauswachsen. Das Biga hat deshalb einen ersten Versuch mit einer Berufsmittelschule gestattet und wird ihn auch subventionieren. Er ist im Jahre 1968 in Aarau angelaufen.

Der Lehrling wird nicht gefragt!

Die Berufsmittelschule: beschlossene Sache

K. E. Luzern, 15. Febr. Die Diskussion um einen neuen Schultypus – die *Berufsmittelschule* – ist in ihr Endstadium getreten. Ohne Gegenstimme beschlossen am Samstagnachmittag in Luzern die *Delegierten des Schweizerischen Verbandes für Gewerbeunterricht (SVGU)*, die von einer paritätischen Studienkommission ausgearbeiteten Richtlinien in unveränderter Form dem *B.iga* (Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit) als verbindlichen Vorschlag einzureichen. Dort sollen nun diese und die Eingaben verschiedener anderer Kommissionen geprüft und koordiniert werden. Wie Dr. Jakob Schmid vom *B.iga* mitteilte, sollte es möglich sein, bereits im Frühjahr 1970 mit der Einführung von Berufsmittelschulen auf gesamtschweizerischer Ebene zu beginnen.

Nach Erledigung der statutarischen Geschäfte am Vormittag – Jahresbericht des Zentralspräsidenten Paul Rindlisbacher (Bern) Abnahme der Jahresrechnung 1968, Entgegennahme von Kommissionsberichten – orientierten am Nachmittag die Obmänner der drei Untergruppen der Studienkommission über die drei vorgeschlagenen Leistungszüge an der Gewerbeschule, nämlich: Berufsmittelschule, Normallehre und Kurzlehre. Während die Arbeit in den beiden Untergruppen Normallehre und Kurzlehre noch nicht abgeschlossen ist, konnte der Vorsitzende der Studienkommission, Paul Sommerhalder (Aarau), bereits ein fertiges Modell der Berufsmittelschule vorlegen, das weitgehend auf den Erfahrungen basiert, die seit dem Herbst 1968 an der Versuchsberufsmittelschule in Aarau gesammelt werden konnten. Weitere Versuche werden im kommenden Früh-

jahr in Zürich und Bern gestartet; auch diese Erfahrungen sollen für das vom *B.iga* auszuarbeitende Versuchsmodell verwertet werden.

Nur für 5 bis 10 Prozent

Nach den Ausführungen von Paul Sommerhalder bezweckt die Berufsmittelschule (BMS) die Vorbereitung geeigneter Lehrlinge auf die Ausbildung zum mittleren und höheren Kader oder zum Uebertritt in höhere Schulen durch Erweiterung und Vertiefung der Allgemeinbildung und der Berufskunde. Für die BMS kommen die 5 bis 10 Prozent besonders befähigten Berufsschüler in Frage. Ihnen soll regional die Möglichkeit geboten werden, sich durch Zusatzunterricht vermehrte Allgemeinbildung und Berufskunde anzueignen. Die BMS ist als berufs begleitende Schule mit zusätzlichem Unterricht gedacht und soll 5 bis 7 Semester dauern. Die BMS-Schüler absolvieren den Pflichtunterricht nach Normallehrplan zum Bestehen der Lehrabschlussprüfung und einen Zusatzunterricht mit Abgangszeugnis, wobei die schulische Gesamtbelastung 20 Wochenstunden nicht übersteigen soll. Die Unterrichtszeit soll neben den bisherigen zwei Schulhalbtagen der Gewerbeschüler zusätzlich einen vollen wöchentlichen Arbeitstag umfassen. Vorgesehen sind Berufsmittelschulen allgemeiner, technischer sowie kunstgewerblich-gestalterischer Richtung. Als Träger der regionalen BMS kommen grosse Gewerbeschulen in Frage.

Wir werden auf die Einzelheiten des vorgesehenen neuen Schultyps und auf die an der Versuchsschule in Aarau gesammelten Erfahrungen noch ausführlich zurückkommen.

Der Schulbesuch in der Lehrzeit

Der SKV für Verlängerung

ag Eine Aufwertung der kaufmännischen Lehre soll ein vom Zentralkomitee des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins zuhanden des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (*B.iga*) verabschiedeter Antrag zur Neugestaltung des Normallehrplanes für den Unterricht an kaufmännischen Berufsschulen bringen. Das Ziel des Antrages besteht in der Einführung des dritten Schulhalbtages für die kaufmännischen Lehrlinge. Der Ausbau soll nicht nur der Vertiefung der beruflichen Bildung dienen, sondern auch eine Verbesserung des allgemeinbildenden Unterrichtes ermöglichen. Damit dürfte die kaufmännische Lehre auch gegenüber der Mittelschule an Attraktivität gewinnen.

Anlässlich der Sitzung überreichte Zentralpräsident H. Büchi dem zurücktretenden Rektor der Zuger Berufsschule, Jacques Klausner, in Würdigung seiner großen Verdienste um das kaufmännische Bildungswesen in Zug das Goldene Ehrenabzeichen des SKV.

Lehrlingsbildung: BBC-Modell

Baden, 27. Juni. (ag) Pressevertretern und Fachleuten des Berufsbildungswesens wurden an einer Pressekonferenz in Baden verschiedene Neuerungen im Bereich der kaufmännischen Lehre vorgeführt. Es geht beim sogenannten »BBC-Modell« um eine Erhöhung der Unterrichtsstunden von 1080 auf 1700 Stunden. Das erlaubt eine *breitere und vertiefte Allgemeinbildung* durch neue Fächer wie Mathematik und Geschichte. Die Fachausbildung wird durch *moderne Spezialgebiete wie Datenverarbeitung, Betriebswirtschaftslehre und Bürotechnik* erweitert. Dabei werden modernste Lehrmittel wie *programmierter Unterricht, Sprachlabor und Fernunterricht* verwendet. Neu sind aber auch die Aufteilung der *Lehrzeit in Praxis- und Schulquartale* und die bewusste Förderung *begabter junger Leute* durch einen *Ergänzungsunterricht*, in dem sie nicht nur zu *begehrten Spezialisten* ausgebildet werden, sondern auch den Anschluss an die *Maturitätsvorbereitung* gewinnen.

AGITATION

AKTIONSZEITSCHRIFT der Fortschrittlichen ARBEITER, SCHÜLER und STUDENTEN * FASS *

Eine Klasse der Baugewerblichen Abteilung an der Gewerbeschule Zürich musste seit einem Semester die Schule jeden Freitag von 7.00 - 12.00 und 14.00 - 19.00, also 10 Stunden besuchen. Als die Klasse vernahm, dass sich der Stundenplan im nächsten Semester nicht ändern werde, beschloss sie am 28. Febr. den

STREIK

LEHRLINGE MACHEN ***** DEN ANFANG

Die Lehrlinge fordern von der Vorstehererschaft:

- * Ein Diskussionsforum, in welchem die Schüler untereinander und mit der Schulleitung diskutieren können.
- * Mehr auf Allgemeinbildung und weniger auf Fachidiotie ausgerichtete Fächer.
- * Mehr Schule, aber nur acht Stunden pro Tag.
- * Kritisches politisches Denken lernen.
- * Die Kantinenpreise sollen dem Lehrlingslohn angepasst werden.
- * Besseres Schulmobiliar.
- * Mitbestimmungsrecht der Lehrer.
- * Keinem Lehrer darf mit Repressionen gedroht werden, wenn er sich für die Berufsschüler und ihre Forderungen einsetzt.

DIE LEHRLINGE SCHILDERN IHREN STREIK WIE FOLGT

Der Streik war auf 17.00 Uhr angesetzt. Um 16.00 Uhr wurde die Klasse von Vorsteher Zbinden und Adjunkt Hürzeler abgeholt und in ein anderes

Zimmer eingewiesen. Zbinden drohte mit einer Zwischenprüfung, bei der "sowieso 2/3 der Klasse rausfliegt"

und mit einem Prozess gegen den Briefschreiber.

Um 17.00 Uhr traf Direktor Dr. Cido Aversano ein, mit ihm

die ersten Presseleute. Die leitenden Herren erklärten, noch nie etwas von solchen Missständen gehört zu haben.

LEHRLINGE FORDERN?

Diskussionsforum: Darunter stellt sich unser Vorsteher sein Büro vor, wo er unter Ausschluss der Öffentlichkeit unsere Anliegen entgegen nimmt. Dass die Lehrlinge untereinander Probleme diskutieren, ist offenbar unerwünscht.

Mehr Allgemeinbildung: Man empfahl uns Nachhilfestunden in Rechtschreibung. Wohl sind die Kommafehler in unserem Protestschreiben Symptome für unsere vernachlässigte Allgemeinbildung.....

Wir interessieren uns aber nicht nur für Kommas, sondern für die politischen und kulturellen Probleme unserer Zeit.

Ausser Kommas finden wir gibt es noch: eine dritte Welt, eine Weltliteratur, eine Filmgeschichte, eine Sozialgeschichte und eine Arbeiterbewegung.

Kantine: Direktor Dr. Cido Aversano erklärte: "dass die Kantinenpreise überhöht sind,

haben wir schon lange gemerkt. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet..." Ein Lehrling, der den ganzen Tag in der Schule sitzt, braucht ein gutes Mittagessen und etwas Behaglichkeit. Für 2000 Schüler ist dies in der für ca. 50 Personen Platz bietenden Kantine nicht der Fall.

Schulmöbel: In den meisten Zimmern der Gewerbeschule stehen 40jährige Antiquitäten, sprich Schulmöbel. Kein Wunder, dass ein grosser Teil der Lehrlinge unter Haltungsschäden leidet!

Repressionen gegen Lehrer: Solche existieren laut Cido Aversano nicht. Hingegen will er jenen "die Kutteln waschen", die uns gegen die Schulleitung "aufgehetzt" haben.

Die meisten unserer Forderungen können nicht klassenweise verwirklicht werden. Es handelt sich um Probleme des GESAMTEN Lehrlingswesens.



Seit einer Woche »Stift«

Die Berufswahl ist einer der wichtigsten Entscheide im Leben. Laut Biga treten jedes Frühjahr in der Schweiz rund 44 300 junge Mädchen und Burschen in eine Lehre, entscheiden sich damit für einen Beruf. Für viele ist es der Beruf fürs Leben; andere wechseln später, vielleicht gleich nach Lehrabschluss, den Betätigungsbereich. – Letzte Woche fand im Kanton Zürich wie in vielen andern Teilen der Schweiz dieser wichtige Uebertritt von der Schule in die Lehre statt. Wir haben zwei Lehrtöchter und drei Lehrlinge aus den verschiedensten Branchen zu einem Gespräch eingeladen. Wir haben sie über ihre Eindrücke der ersten Stiftenwoche befragt und sie über die Berufswahl und ihr Berufsziel erzählen lassen.

Toni, 17, Glattbrugg, Maschinenschlosser-Lehrling:

»Ich konnte mich lange nicht für einen Beruf entscheiden. Mich lockten viele Berufe, vom Mechaniker bis zum Polizisten. Als ich aber einmal im Hauptbahnhof Zürich eine moderne Lokomotive sah, entschloss ich mich, Maschinenschlosser und später Lokomotivführer zu werden.

Am Montagmorgen musste ich gegen halb acht Uhr antraben. Unserer elf Lehrlinge warteten im Empfangszimmer. Nach einer Weile führte uns der Portier in einen Raum, wo noch ungefähr 70 weitere neue Stifte warteten. So viele hatte ich nicht erwartet, ich war sehr überrascht!

Im Wohlfahrts Haus hielt jemand eine Ansprache. Er sprach über die Herztransplantation und die Weltraumfahrt. Er sagte, dass man gleich von Anfang an einhängen müsse, damit man mitkomme.

Dann wurden wir in die Werkstatt geführt. Hier erwarteten uns vier »Oberstifte«, zwei Abteilungsleiter und ein Lehrlingschef. Wir erhielten zwei dunkelblaue Ueberkleider mit dem Fabrikzeichen am linken Oberarm; auf der rechten Brustseite trägt jeder an einer Nadel seinen Namen. Dann war Mittagszeit. Wir arbeiten von 7.00 bis 11.48 Uhr. Um 13.09 Uhr war wieder Arbeitsbeginn. Wie das in einer grossen Firma so üblich ist, fingen wir mit Feilen an. Um 17.00 Uhr wurden wir entlassen. Die übrige Woche verlief normal. Ich muss etwas früh aufstehen. Um 7.00 Uhr stehe ich an der Werkbank. Der »Oberstift« befiehlt, Plättli zu feilen. Nach ungefähr einer halben Stunde wird diese Arbeit geprüft. Man tritt zusammen, lernt mit dem Hammer und dem Schraubenschlüssel umgehen.«

Peter, 16, Zürich, Banklehrling

»Wir versammelten uns am ersten Tag in der Börse, weil dort unsere Schulungszentren sind. Der Chef hielt eine kleine Ansprache. Der Banklehrling müsse vor allem Verschwiegenheit besitzen, sagte er. Nachdem wir die Bank besichtigt hatten, wurde uns der neue Arbeitsplatz zugewiesen. Wir sind 30 Lehrlinge. Trotzdem nimmt man sich sehr viel Zeit für uns. Jeder Lehrling wird von einer Angestellten betreut. Ihre Aufgabe ist es, den Lehrling immer darüber zu informieren, was an seinem Arbeitsplatz geschieht. Dazu hat jede Abteilung in der Bank ihren eigenen Lehrlingschef. Alle drei Monate wechselt man die Abteilung.

In der ersten Woche lernte ich photokopieren, Lochkartenbelege entziffern und Saldokarten nachführen. Natürlich gibt es interessantere und langweiligere Arbeiten. Aber ich muss nie – wie ich es von anderen Stiften gehört habe – den ganzen Tag nur Rechnungen ablegen.

Neben der Kaufmännischen Handelsschule haben wir Branchen- und

Sprachkurse in eigenen Schulungszentren. Schon in der ersten Woche war ich viermal in der Schule. Wir haben sehr viel Aufgaben, die Freizeit ist etwas eingeschränkt. Ich mache eine

Banklehre, weil ich Sprachen lernen möchte und einmal in die Welt hinaus will.«

Markus, 16, Baden, Kochlehrling in einem grossen Restaurantsunter- nehmen:

»Wir wurden vor der Lehre für drei Tage nach Zürich eingeladen. Wir, das heisst alle Lehrlinge und Lehrtöchter des Koch- und Servicepersonals unsers Unternehmens. Zuerst lernten wir die wichtigsten Fachausdrücke kennen, vernahmen, wie unser Geschäft aufgebaut ist, und besuchten zur Illustration die grösste unserer Küchen in Zürich. Wir notierten eifrig Stichwörter, denn am Schluss des Kurses musste ein Bericht über die drei Tage geschrieben werden.

Mit dem Lehrvertrag erhielten wir eine 2000 Seiten starke Dokumentation. Hier steht, was wir alles an der Abschlussprüfung wissen müssen; jedes Menu, jedes Süpplein, jeder Salat ist darin aufgeführt.

Unsere Kleidung in der Küche ist eidgenössisch geregelt. Jeder Koch muss drei Paar karierte Hosen, sechs Vestons und vier Hüte sowie drei, vier Messer mitbringen.

Meine Eltern wollten aus mir einen Techniker machen. Aber mein Entschluss, Koch zu werden, stand seit der dritten Primarklasse fest. Später will ich die Hotelfachschule besuchen, und ich hoffe, einmal ein eigenes Hotel zu haben.«

Rita, 17, und Christina, 16, lernen Verkäuferin in einem grossen Spielwarengeschäft:

Rita: Zuerst zeigte uns der Chef die Garderobe. Nachher erklärte man uns, wie man eine Quittung oder Rechnung ausstellt, wie die Kasse funktioniert und wo die verschiedenen Artikel sind.

Dann musste ich Gestelle reinigen – um die Ware kennenzulernen, wie mir gesagt wurde. Am Nachmittag beschriftete ich Preisetiketten und durfte schon die ersten Kunden bedienen.

Den Beruf habe ich selber gewählt. Ich möchte Hortleiterin werden. Dazu hätte ich nach der Sekundarschule das Seminar oder die Töcherschule besuchen müssen. Aber ich gehe nicht gerne in die Schule, darum mache ich nun eine Lehre. Nach der Lehre werde ich Säuglingsschwester und später Hortleiterin.«

Christina: »Ich musste im ersten Stock bei den Bastelartikeln beginnen. Ich war ziemlich aufgeregt. Ich kann doch nicht alles bis zur Abschlussprüfung behalten, dachte ich immer. Eigentlich wollte ich Kindergärtnerin werden, aber weil ich nicht in die Sekundarschule kam, ging das einfach »flöte«. Jetzt will ich Kinderkrankenschwester werden. Da hilft mir mein jetziger Lehrberuf auch ein wenig. Später möchte ich nach Biafra – ich möchte einfach helfen.«

Werner Hauser und Werner Herren



kann diese Lehrtöchter schon beinahe das wichtigste für den Verkauf. Trotzdem "lernt" sie 2 Jahre. "Übung gehört dazu, sagen die Lehrherren. AUSBEUTUNG sagen wir.

Wann revoltieren die Lehrlinge?

Am 11. März verkündete die «Agitation» in einem Extrablatt: Lehrlinge streiken. Wir wissen, daß der erste Gehversuch der Lehrlingsrevolte nicht von Erfolg gekrönt war, noch waren es zu wenige, denen es bewußt war, daß man Forderungen nur im Kampf durchsetzen kann, die Organisation war noch mangelhaft. Sieht man sich aber den Forderungskatalog der streikenden Gewerbeschüler an, merkt man: Die Lehrlinge beginnen sich um ihre Rechte zu kümmern.

Die billigste Arbeitskraft

Im allgemeinen wird der Lehrling heute als billiger Hilfsarbeiter, Putzlappen oder Botengänger gebraucht; die rund hundertdreißigtausend Lehrlinge sind die billigsten Arbeitskräfte der Schweiz. Das Wohl und Weh vieler Betriebe, und nicht nur der kleinsten, hängt heute davon ab, ob sie genug Lehrlinge haben. Man braucht sich also nicht zu wundern, wenn man die großartigen Versprechungen sieht, die den Lehrlingen in Inseraten gemacht werden («hundert Berufe — tausend Möglichkeiten»). Gemessen an der Realität, ist das meist die erste Lüge der Unternehmer, auf die der Lohnempfänger hereinfällt.

Der gewerbliche Fachidiot

Wenn sich die Studenten heute beschweren, daß in den Hochschulen nur Fachidioten produziert werden, so gilt das erst recht für die Ausbildung der Lehrlinge. Haben die Studenten an der Mittelschule wenigstens noch einen Hauch von Allgemeinbildung erhalten, so müssen die Berufsschüler selbst auf diesen Hauch verzichten, ihre Ausbildung ist rein berufsorientiert, wobei der Lehrplan nicht einmal da seine Aufgabe erfüllt und mit der modernen Technik meist nicht Schritt hält. Diese nicht vorhandene Bildung erschwert dem Arbeiter eine selbständige Weiterbildung oder Umschulung, er wird an seinen Beruf gekettet. Mit der Demokratie steht es in der Gewerbeschule selbstverständlich genau so schlecht, wie in allen anderen Schulen, wer die Autorität der Schulleitung nicht unbedingt anerkennt, der hat mit schweren Strafen zu rechnen.

Dem Lehrherrn gegenüber ist der Lehrling zu Treu und Gehorsam verpflichtet und das nicht nur so lange er am Arbeitsplatz steht, sondern auch in seiner Freizeit. Aber der Lehrling ist nicht nur der Willkür seines Lehrherrn ausgeliefert, auch die ihm vorgesetzten Arbeiter erkennen in ihm nur selten den Kollegen, sondern häufig ein Objekt, an dem sie das vergelten können, was sie ihrerseits vom Vorgesetzten einstecken müssen. Und so werden die tausend Möglichkeiten des Aufstieges zu tausend Möglichkeiten der Repression und Erniedrigung.

Der Kampf um eine Alternative

Der Forderungskatalog, der sich aus den kurz skizzierten Tatsachen ergibt, ist nicht gerade klein. Zunächst muß das Prinzip «gleichen Lohn für gleiche Arbeit» auf den Lehrlingslohn seine Anwendung finden, das wäre ein Schritt, um die Aktivität des Lehrlings als billige Arbeitskraft zu beseitigen. Die wichtigsten Forderungen betreffen aber das Ziel der Ausbildung und die Gestaltung der Lehre in Betrieb und Schule. Hier muß vor allem Wert auf eine gründliche Allgemeinbildung gelegt werden, das kritische politische Denken muß an Hand der Praxis vermittelt werden, das heißt demokratische Mitbestimmung in Schule und Betrieb. Die eigentliche Berufsausbildung muß den neuesten Erkenntnissen gerecht werden, selbstverständlich sind sämtliche berufsfremden Arbeiten für den Lehrling tabu. Um eine qualitativ hochstehende Ausbildung zu gewährleisten, müssen die Ausbildungsstätten einer ständigen Kontrolle unterliegen. Abzulehnen ist das Projekt einer sogenannten Stufenlehre, die bedeutet, daß man schon bei den Lehrlingen anfangen will, privilegierte Schichten zu schaffen. Die Ferien müssen denen der Mittelschüler angeglichen werden, zumindest müßten die Lehrlinge zwei zusätzliche Wochen Ferien als Bildungsurlaub erhalten, um ihr allgemeines und politisches Wissen erweitern zu können. Den Lehrlingen muß nach Abschluß der Lehre der Weg zur Weiterbildung offen stehen.

Diese Forderungen der Lehrlinge können nur in einem langen und zähen Kampf durchgesetzt werden, dazu braucht es eine Organisation und **Bündnispartner**.

Als Bündnispartner bieten sich heute sicherlich zunächst die rebellierenden Schüler und Studenten an, schon wegen der sehr ähnlichen Probleme, mit denen sie zum Teil zu kämpfen haben. Hier liegt aber auch eine sehr wichtige Aufgabe für die progressiven Schüler und Studenten, sie müssen die Zusammenarbeit mit den Lehrlingen ernsthaft betreiben und ihr Wissen weitervermitteln. Sie müssen sich aber auch dessen bewußt sein, daß hier eine große Chance besteht, mit der Arbeiterschaft in engeren Kontakt zu kommen. Die Lehrlinge sind der am wenigsten integrierte Teil der arbeitenden Bevölkerung, denn sie haben in den wenigsten Fällen eine Familie zu versorgen und sind auch sonst nicht so abhängig vom Betrieb.

Organisatorisch sind die Gewerkschaften sicherlich eine unbefriedigende Lösung, aber es bietet sich hier die Möglichkeit, auch ältere Kollegen für die Forderungen der Lehrlinge zu interessieren und eventuell die Gewerkschaften dadurch ein bißchen in Bewegung zu bringen. Es wird aber unumgänglich sein, mit der Zeit eine schlagkräftige Organisation der Jungarbeiter zu schaffen, die im Bündnis mit den anderen Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition den Kampf um die Befreiung von Bildungsnotstand und Ausbeutung führt.

Die Berufsschule ist besser als einige Kritiker glauben

Aus einem Referat von Dr. Hans Chresta, Berufsschulinspektor des Kantons Zürich*

Dass sich die Berufsschule in wesentlichen Belangen verändert hat, bemerken wir schon rein äusserlich. Unsere Eröffnungsfeier findet in einem neuen Berufsschulhaus mit auf den neuesten Stand eingerichteten Werkstätten statt. Verschönert wird unsere Einweihungsfeier durch Telemanns Musik, dargeboten durch das Schülerorchester der Gewerbe- und Kunstgewerbeschule Zürich. Gleichzeitig demonstriert das Orchester durch seine Gegenwart mit seinen ausgezeichneten musikalischen Darbietungen, dass die Pflege des Musischen an unseren Berufsschulen weit stärker Einzug gehalten hat, als meist bekannt ist. Denn nicht nur Musik wird gepflegt. Die Berufsschulen der Stadt Zürich besitzen seit 1956 den ältesten Berufsschul-Filmklub Europas, der die jungen Menschen mit den Meisterwerken der siebenten Kunst bekannt macht.

Wenn ich noch der Vollständigkeit halber erwähne, dass Hunderte von Lehtöchtern und Lehrlingen freiwillige Abendkurse auf beruflichem, künstlerischem, sprachlichem oder wissenschaftlichem Gebiete besuchen, so können wir ermesen, wie viel wertvoller unsere Berufsschulen wirken und wie viel besser unsere jungen Menschen ihre Freizeit verbringen, als kulturkritische Propheten es immer wieder lauthals verkünden.

Mit diesen Ausführungen ist aber auch andeutet, dass sich

die Stellung der Allgemeinbildung gegenüber der reinen Berufs- oder Fachausbildung in den letzten Jahrzehnten stark verändert

hat. Im Gesetz über die berufliche Ausbildung von 1930 wurden die Fächer Deutsch, Staats- und Wirtschaftskunde, Buchführung und Rechnen als geschäftskundliche Fächer bezeichnet. Sie konnten damals in den eidgenössischen Räten nur auf dem utilitaristischen Hintergrunde der Notwendigkeit aus beruflichen Gründen im Gesetz verbleiben. Im neuen Bundesgesetz über die Berufsbildung von 1963 — das schon durch seinen Titel anzeigt, dass es eine andre Konzeption aufweist, die den Gegebenheiten der modernen Arbeitswelt entspricht — werden diese Fächer als allgemeinbildende Fächer bezeichnet. Der neue Lehrplan wird im einzelnen aufzeigen, wie zum Beispiel im Fach Deutsch der Anteil von Rechtslehre und Korrespondenz zugunsten der musischen Bildung als Einführung in die Literatur, Musik, Bildkunst, Film stark zurücktritt. Wenn ich dazu noch anführen darf, dass die Lehrlinge

durch die Einführung ins ZGB über ihre grundlegende private Rechtssphäre orientiert werden, dass sie in der Wirtschaftskunde ihre Rolle als Verbraucher kennen und in der eigentlichen Staatskunde ihre Rechte und Pflichten als Staatsbürger schätzen lernen, dass Lebenskunde als Unterrichtsprinzip alle Fächer durchziehen soll und eine spezielle Lebenskunde sie in die Probleme der Partnerwahl und Ehe einführt, so ist damit

deutlich zum Ausdruck gebracht, dass unsere Berufsschulen in Sachen Allgemeinbildung sich nicht mehr in dem prähistorischen Bildungsnotstand befinden, wie es die Vertreter einer heute so hochgespielten Berufs-Mittelschule dartun. Die neuen Lehrpläne werden aufzeigen, dass unsere Berufsschulen aus ihrer vorindustriellen Konzeption in die reale Situation unserer industriellen Gesellschaft transferiert worden sind.

Allerdings können wir aus der Perspektive der Berufsschule

einige gewichtige Probleme, deren Lösung noch viel Arbeit kosten wird.

Sie hängen mit der Umwandlung unseres sozialen Status-Systems zusammen. Die Gesellschaft, in der wir leben, hat sich von der Klassengesellschaft mit beschränkten Aufstiegsmöglichkeiten des einzelnen zu einer nivellierten Berufsgesellschaft (Schelsky) verwandelt.

In dieser schichtenunspezifischen, jedoch hochmobilen Gesellschaft entscheidet die Berufsqualifikation und das soziale Aufstiegsstreben des einzelnen und nicht die Klasse, in die ein Mensch hineingeboren wird, über seine zukünftige Stellung in der menschlichen Gemeinschaft.

Berufsberatung und Berufsschule erialten entscheidende zentrale Dirigierfunktionen, die sich in einem demokratischen Staate weniger in einem Berechtigungssystem mit Prüfungen und Noten auszuwirken haben, als vielmehr in der Bereitstellung aller Möglichkeiten, dass jeder Aufstiegs-willige eine gute Chance hat, vorwärtszukommen.

Auf diesem Hintergrunde widerspiegeln sich unsere Probleme und Postulate:

● Verbesserung der Schulorganisation:

Die Zeit, wo jeder Lehrling etwas überspitzt gesagt, seine Gewerbeschule vor der Schlafzimmertüre fand, das heisst im Dorf in einer Sammelklasse mit Angehörigen anderer, im Idealfall verwandter Berufe fand, ist vorbei. Der Lehrling soll mit Vertretern seines Berufes und seines Ausbildungsstandes, das heisst Semesters oder Lehrjahres, die Berufsschule besuchen. Wir werden in absehbarer Zeit im Kanton Zürich diesen Idealzustand erreicht haben;

● Vermehrung der Allgemeinbildung

an den Berufsschulen, indem jeder Lehrling mindestens einen ganzen oder zwei halbe Tage die Berufsschule besucht;

● Vermehrte intensive Förderung aller Begabten, nicht unbedingt mit dem Ziele, sie zur Matura zu führen, sondern um sie für die industriellen und handwerklichen Kaderberufe zu gewinnen und diesen zu erhalten. Hier werden die Betriebe im eigenen Interesse nicht darum herumkommen, begabten Lehrlingen einen zweiten Tag den Besuch besonderer Fähigkeitsklassen an den Berufsschulen zu gestatten;

● Erfassung der Anlehre durch ein Gesetz

und besondere Schulung der Angelernten, um die Berufsschulclassen nach unten abzusichern und vermehrt nach einheitlichem Intelligenz-Niveau auszurichten. Anlehren werden durch Dienstleistungsbetriebe (zum Beispiel Banken) und die Industrie bereits in einem grossen Ausmasse durchgeführt. Es ist wichtig, dass der Staat mit seiner ordnenden Kraft nicht zu spät einsetzt und diese dringend notwendige Ausbildungsmöglichkeit nicht dem Zufall überlässt.

● Kaderschulung

Aufstockung eines neuen Geschosses auf die bereits bestehende Berufsschule, in welchem die Kaderausbildung, die Vorbereitung zur Meisterprüfung, der Gymnasiallehrgang als zweiter Bildungsweg und die Vorbereitung aufs Technikum stattfindet. Diese neue Ober-Berufsschule mit viel Allgemein- und beruflicher Weiterbildung, basierend auf einer Grundlehre, ist unser realistischer Gegenvorschlag zu der wohl aus idealistischen Beweggründen vorgeschlagenen, in ihrer Konzeption wohl eher laienhaft strukturierter Berufs-Mittelschule.

Gelingt es uns, zu diesen fünf Komponenten noch unser Schulwesen aus seiner Erstarrung zu lösen und

durch eine grössere Durchlässigkeit des Schulsystems Uebertritte zu erleichtern,

dann können wir für unsere Berufsschulen den Anspruch erheben, dass sie den Anforderungen unserer modernen Zeit entsprechen.

* Gehalten am 27. April an der Eröffnungsfeier des vierten Jahreskurses zur Vorbereitung von Fachleuten für Unterrichtserteilung an gewerblichen Berufsschulen.

Wenn es in der Lehre Schwierigkeiten gibt

Von Dr. M. Achtnich, Dipl. Psychologe, Zürich und Winterthur

Es gibt Situationen, in denen der Besuch eines psychologischen Berufsberaters erforderlich ist. Sei es, weil ein Schüler in der Schule nicht vorwärtskommt, ein Mittelschüler unter Prüfungsangst leidet, oder ein Lehrling in der Berufslehre versagt. Hier gilt es zunächst einmal, die Hintergründe und Ursachen der Schwierigkeiten abzuklären, um dann auf Grund einer vertieften Einsicht in die Problematik Massnahmen zu ergreifen, die dem Ratsuchenden ermöglichen, seine Schwierigkeiten zu überwinden.

Schwierigkeiten in der Berufslehre sind in den seltensten Fällen auf mangelnde Fähigkeiten zurückzuführen. Die Begabung ist meistens vorhanden, oftmals aber entsprechen die Leistungen nicht den Erwartungen. Aeusserungen wie: «Er könnte schon, wenn er nur wollte, aber...» Bequemlichkeit, Arbeitsverleider und Faulheit einerseits, Konzentrationsstörungen und mangelnde Aufmerksamkeit andererseits sind die häufigsten Beanstandungen, die bei auftauchenden Schwierigkeiten genannt werden. Hier bleibt es dem Psychologen überlassen, abzuklären, welches die eigentlichen Ursachen sind. Arbeitsstörungen und Leistungshemmungen können relativ einfach zustandekommen, können aber auch eine komplizierte Entwicklungsgeschichte aufweisen. Es seien hier nur einige Möglichkeiten aufgezählt: Uebermüdung infolge starken Wachstums, Ablenkungen in der Freizeit, fehlendes Vertrauen zu den Eltern, aber auch zum Lehrmeister, Minderwertigkeitsgefühle, Resignation, Angst, Störungen im Bereich der Motivation (sprich fehlende Zielsetzung oder Zusammenbruch der bisherigen Zielsetzung).

Mit dem Wort — Motivation — wer-

den die dem Verhalten zugrundeliegenden Antriebskräfte und Bedürfnisse bezeichnet. Ohne Motive gibt es keine Zielrichtung und keine feste Fixierung des Willens auf ein bestimmtes Ziel. Hiezü ein einfaches Beispiel: Ein sehr begabter Elektromechaniker-Lehrling hatte die Absicht, nach Beendigung seiner Berufslehre das Technikum zu besuchen, um sich zum Elektrotechniker weiterzubilden. Diese Zielsetzung zerbrach aber innert weniger Monate. Der Grund: Negative Beeinflussung des Berufszieles durch einen Elektrotechniker, den seine Berufstätigkeit nicht befriedigte. Die Leistungen des Lehrlings in der Berufsschule liessen rapid nach. Aehnliche Fälle treten immer wieder auf. Einflüsse dieser Art können unter anderem soweit führen, dass dem Lehrling die Zielsetzung und damit der Beruf vollständig verleidet

wird. Die Folge ist die sogenannte — Faulheit — und Mutlosigkeit, die zur Unsicherheit und Resignation führt. Pestalozzi schrieb einen bemerkenswerten Satz: «Alles Lernen ist nicht einen Heller wert, wenn Mut und Freude dabei verlorengelassen.» Diesem Satz entsprechend wird nun versucht, den Grund herauszufinden, warum ein Lehrling den Mut und die Freude an seiner Arbeit verloren hat.

Wenn wir mit dieser Haltung an ihn herantreten, so hört er jedenfalls nicht schon im ersten Augenblick einen Vorwurf. Gewiss, die Ursachen mögen bei ihm liegen, aber diese werden nicht in Erfahrung gebracht, wenn wir nicht mit dem Lehrling ins Gespräch kommen. Häufig ist das Verhalten eine Reaktionserscheinung, der Ausdruck für eine bestimmte Milieusituation, mit der er sich nicht abfinden kann. Dass dabei

Launenhaftigkeit, Aufgeregtheit, Nervosität und Reizbarkeit des Lehrmeisters oder Vorarbeiters die eigentliche Ursache seiner Gleichgültigkeit sein kann, sei nur am Rande vermerkt.

Wir glauben nicht, dass der Mensch als ein — faules Wesen — zur Welt kommt. Schon das Kleinkind zeigt Funktionslust und Spielfreude. Wir stellen uns die Frage, warum jemand diese Funktionslust verloren hat und finden als Erklärung häufig: fehlende Anerkennung, fehlende nähere Umwelt (Aeusserungen wie: «Du bist nichts, du kannst nichts» usw.) oder andererseits, ein Mangel an Forderung, zu grosse Nachgiebigkeit und Verwöhnung. Erst hier — nach der Feststellung der Diagnose und Ursachen — beginnt für uns die weitere Arbeit: Der Versuch einer psychologisch-pädagogischen Beeinflussung und Arbeitsnacherziehung.

Mehr Geld für die grösste Schülergruppe im Kanton

rf. Nicht eben häufig trifft man die Fraktionen des Kantonsrates in so freudiger Einmütigkeit beisammen wie am Montag bei der Behandlung zweier Geschäfte zugunsten der *Berufsbildung*. Das eine bringt eine Erweiterung der Stipendienordnung für die berufliche Aus- und Weiterbildung, das andere regelt die Beiträge an die Berufsschulen und ähnliche Einrichtungen. Das Berufsschulwesen untersteht, was viele nicht wissen, nicht etwa der Erziehungs-, sondern der Volkswirtschaftsdirektion. Deren Chef, Regierungsrat Ernst Brugger, fand für seine Anstrengungen die wohlwollende Unterstützung des ganzen Rates. Es ist ohne Zweifel an der Zeit, dass das Berufsschulwesen etwas deutlicher ans Licht geholt und im öffentlichen Bewusstsein auf einen höheren Rang gehoben wird.

Finanzielle Förderung der Berufsausbildung

Die revidierte Verordnung über Stipendien für die berufliche Aus- und Weiterbildung erläutert W. Walker (Ldr., Zürich). Schweizer Bürgern und niedergelassenen Ausländern mit Wohnsitz im Kanton Zürich und zürcherischen Kantonsbürgern mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons, die nach Begabung und Charakter für eine gewerbliche oder kaufmännische Berufslehre befähigt sind, können Beiträge an die Kosten der Ausbildung und des Lebensunterhaltes ausgerichtet werden (im Maximum 1000 Fr. pro Jahr und 5000 Fr. total). Die jährlichen Kosten werden um 300 000 auf 1,2 Mio. Fr. ansteigen.

Alle Fraktionen loben den fortschrittlichen Geist der neuen Stipendienordnung und die gute Arbeit der Volkswirtschaftsdirektion. Der Rat stimmt oppositionslos zu.

In den gleichen Zusammenhang gehört die Verordnung über Beiträge an die Berufsschulen, die Berufsbildungskurse und an die Lehrabschluss- und Zwischenprüfungen, über die ebenfalls W. Walker referiert. Mit 26 500 Pflichtschülern und weiteren 10 000 Teilnehmern aus der Wirtschaft übertrifft die Berufsbildung zahlenmässig alle anderen Schulbereiche. Es besteht ein grosser Nachholbedarf, und bereits zeichnen sich tiefgreifende Wandlungen und Neuerungen ab, man denke etwa an die »Stufenlehre«. Die Verordnung bringt Mehrkosten von 1,4 Millionen Franken.

Eintreten ist unbestritten. Alle Fraktionen betonen die Dringlichkeit.

E. Berger (dem., Meilen) wünscht genaue Richtlinien für die Schuldenabgrenzung im Rahmen der Lehrortsbeiträge. Die Tilgungsraten der Kosten für Schulbauten sollten auf ein Minimum festgelegt werden. J. Bau (BGB, Zürich) verweist auf die Bundesvorschrift, wonach alle Gemeinden des Kantons das Berufsschulwesen gleichmässig mitfinanzieren müssen. Das ist möglich nach dem »Lehrortsprinzip« oder dem »Wohnortsprinzip«. Im Kanton Zürich gilt das Lehrortsprinzip. Dass die Lehrortsgemeinde Besitzerin eines Schulhauses ist, an das auch andere gezahlt haben, ist doch nicht schlimm und ausserdem nur von Belang, wenn ein Schulhaus einem anderen Zweck zugeführt wird. Damit ist einstweilen nicht zu rechnen.

Volkswirtschaftsdirektor Brugger, in dessen Ressort die Berufsschulen gehören, dankt für die einmütige Unterstützung des Rates. Vieles ist zu tun, Neues steht vor der Tür. Den gesetzlichen Rahmen für das Berufsschulwesen gibt der Bund. Engagiert sind ausser dem Kanton die Gemeinden, die Berufsverbände und die Wirtschaft. Diese Verflechtung von Staat und Wirtschaft ist ein Privileg, das wir hüten sollten.

Die Situation der Lehrlinge

«Es ist nicht akzeptabel, dass nur eine kleine Minderheit von fünf bis acht Prozent eine (den Interessen der Wirtschaft entsprechende) Kaderausbildung erhält.»

Angesichts dieser Tatsache entschlossen sich die Jungsozialisten Zürich, in Zusammenarbeit mit der «Progressiven Jugend Zürich» am vergangenen Samstagmittag ein Teach-in zu organisieren.

Einleitend wies André Chanson auf die Missstände hin, unter denen heute beinahe alle Lehrlinge leiden. Es sind dies vor allem die zu lange Arbeitszeit — Forderung: 40 Stunden, die im Verhältnis zu den Mittelschülern viel zu kurzen Ferien, die trinkgeldartigen Löhne — Forderung: mindestens 500 Franken, sowie die ungenügenden Schulräume.

Da die Wirtschaft immer mehr rationalisiert wird, schlägt Chanson vor, die Arbeitszeit im Betrieb auf 20 Stunden zu verkürzen; je zehn Stunden sollten auf Fach- und Allgemeinbildung entfallen.

Die Lehrlinge haben so die Möglichkeit, sich während der Arbeitszeit weiterzubilden. Lehrlingen und Lehrern sollte das Mitbestimmungsrecht gewährt werden.

Anschliessend hielt Uni-Assistent Dr. H. U. Wintsch ein Referat, in dem er vor allem eine bessere Ausbildung für alle Volksschichten verlangte. Durch das heutige Bildungssystem werden die Besserbemittelten bevorzugt. Dr. Wintsch sieht die Lösung in der Verbesserung der Berufsschulen, wo besonderer Wert auf bewusste und kritische Aufnahme des Wissens gelegt werden sollte.

Ein Lehrling setzte sich für die Abschaffung des Lehrvertrages ein. Zur Begründung zitierte er eine Stelle aus dem Lehrvertrag in der Maschinen- und Metallindustrie: «Der Lehrling... verpflichtet sich, sich inner- und aus-

serhalb des Betriebes anständig zu betragen.» Obwohl eine derartige Einmischung in das Privatleben eines Lehrlings ins letzte Jahrhundert gehört, setzte sich ein anderer Votant für die Beibehaltung des Lehrvertrages ein: er sei oft der einzige Schutz des Lehrlings.

Dr. zweite Referent des Abends, Dr. Jürg Kaufmann, seines Zeichens stellvertretender Leiter der Maturitätskurse an der Gewerbeschule, empfahl ein völlig neues Schulkonzept:

die Gesamtschule. Durch sie würde das Ständedenken der Lehrlinge beseitigt. Auch Dr. Wintsch setzt sich für die

zu organisieren, um sie aus ihrer gegenwärtigen Hilflosigkeit herauszubringen.

Wenig Hoffnungen wurden jedoch in Parlament und Gewerkschaften gesetzt, die bisher kaum eine gerechtere Lehrlingsausbildung bewirkten. Viele Votanten sahen deshalb nur einen Helfer in der Not: die APO.

Angesichts der Forderungen, die nicht nur von Seiten der Lehrlinge, sondern auch von Arbeitern, Mittelschülern und Studenten an die wirtschaftlich und politisch Mächtigen in diesem Lande gestellt werden, wird sich früher oder später eine Aenderung des gegenwärtigen Gesellschaftssystems ergeben müssen.

Walter Lüthold II

Gesamtschule ein; sie sollte bis zum zwanzigsten Altersjahr dauern und eine umfassende Allgemeinbildung vermitteln, die auch eine handwerkliche Schulung einschliessen würde. Erst nach Abschluss dieser Schule würde eine Spezialausbildung erfolgen.

Gemeinderat Paul Früh, der sich schon seit geraumer Zeit mit Bildungsfragen beschäftigt, befürwortete das Modell von Dr. Wintsch, denn der Jugendliche soll Gelegenheit haben, verschiedene Berufe kennenzulernen, bevor er sich entscheidet. Die heutige Lehrlingsausbildung bezeichnete der Gemeinderat als »System des Sklaventums«.

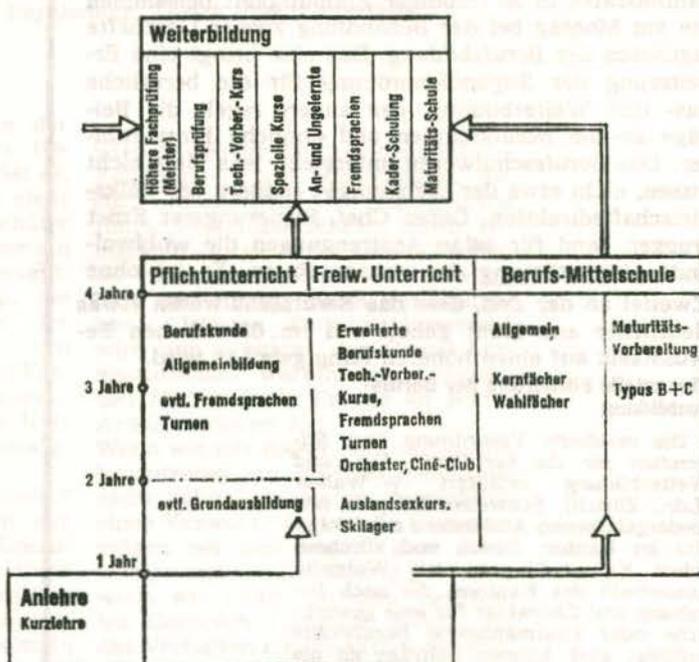
Als ersten Schritt schlägt Dr. Wintsch vor, die Lehrlinge gewerkschaftlich

Wo bleiben die Reformen?

Abb. 1a Berufsschule heute



Abb. 1b Berufsschule morgen



Die Spatzen pfeifen es bereits von allen Dächern. Der Entwurf zum neuen Hochschulgesetz bietet nichts, aber auch gar rein nichts Neues, das substantielle Änderungen bringen wird. Von Mitspracherecht der Studenten und Assistenten auch nicht der leiseste Hauch. Es wird alles so mehr oder weniger beim alten bleiben. Die grossen Hoffnungen auf eine wirklich progressive Neugestaltung sind in den Zürcher Amtsstuben wieder einmal begraben worden.

Die Hoffnung auf baldige Einführung der Koedukation an den Mittelschulen scheint an Gemeinde- und kantonalen Instanzen zu scheitern.

Werden die Reformbestrebungen, die im Augenblick an der Gewerbeschule der Stadt Zürich diskutiert werden, ebenfalls scheitern?

Mitbestimmung nicht gefragt

Eines sei gleich vorweggenommen. Wer unter den Lehrlingen und Berufsschülern erwartet, dass ein Mitbestimmungsrecht — auch der Lehrer — nur zur Disziplin stünde, der soll seine Erwartungen gleich um 50 Prozent herabschrauben. Wie von kompetenter Seite hierzu erklärt wurde, würde ein Mitbestimmungsrecht auch Mitverantwortung bedeuten. Und das — auch bei den idealsten Bedingungen — die Verantwortung der Gewerbeschule gegenüber Staat und Bund einzig beim Direktor liegt (zu

liegen hat), kommt das überhaupt nicht in Frage. Was allerdings in Frage kommen könnte, meinte Dr. Cido Aversano, Direktor der Gewerbeschule der Stadt Zürich, sei ein vermehrtes Mitspracherecht. Er bemühe sich auch jetzt schon darum und höre die Wünsche und Anregungen der Schüler an.

Turnige Lebenskunde

Doch um dem Positiven die Ehre zu machen: es tut sich trotz allem einiges an der Gewerbeschule. Bereits wurde im Jahre 1967 das Fach «Lebenskunde» als Obligatorium erklärt, und auch turnen dürfen die Lehrlinge vermehrt. Das sind bescheidene Anfänge, genau wie die Experimente mit dem programmierter Unterricht, dem Sprachlabor, dem Ciné-Club, dem Orchester, der erweiterten Berufskunde.

Und es dürfte im Zuge der Zeit liegen, so auch Dr. Aversano, dass noch vermehrte Allgemeinbildung für die angehenden Berufsleute geboten wird. Dass allerdings immer ein Handicap bleiben wird, vermehrte Bildung zu vermitteln, solange die Stifte nur zweimal wöchentlich vier oder fünf Stunden zur Schule gehen können, scheint klar zu sein. Und hier geht es nicht ohne Mithilfe der Industrie und des Gewerbes und des Bundes.

Extreme auspendeln

Doch in einer «Berufsschule von morgen», wie sie Dr. Aversano sieht, scheinen mir doch wesentliche Ideen zu stecken. Dass hinter dem ganzen Plan eine Berücksichtigung der Leistung der einzelnen Lehrlinge und Lehrtöchter steht, ist begrüssenswert! Denn man möchte bei einer Neuge-

staltung nicht nur dem Gros der Schüler dienen, sondern auch den «Randexistenzen», also den weniger und den überdurchschnittlich Begabten: den einen mit einer Anlehre oder Kurzlehre, die ein Jahr dauern würde; den anderen mit einer Berufs-Mittelschule, die neben der vertieften Ausbildung auch als Vorbereitung zum Eintritt in den Maturitätskurs oder das Technikum ohne Prüfung dienen würde.

Das tönt nicht sehr spektakulär; und es besteht auch die Gefahr, dass mit dem beibehaltenen Notensystem eine Selektionierung in «Dubeli» und Intelligente im gleichen Masse fortgeführt wird, wie wir sie bis jetzt schon kennen. Es sind also letztlich wieder die Lehrer, die über Anlehre, «normalen» Bildungsgang oder zusätzliche Berufs-Mittelschule entscheiden müssen.

Wenn man die Sache nicht allzu pessimistisch zu sehen versucht, und an eine gewisse Toleranz und Einsicht der Bildungsvermittler glaubt, kann dieser Reformplan trotzdem eine gute Mittellösung darstellen und die Chancen für die Lehrlinge, eine individuelle Weiterbildung anzustreben, wesentlich erhöhen.

Ohne die Forderung, die Dr. Aversano in einem Artikel aufstellt, wird aber eine für alle Beteiligten ideale Lösung, auch beim grössten Bemühen um eine zeitgemässes Berufsschulwesen, nicht realisierbar sein: «Zur Erfüllung dieser Aufgaben sollte auch schweizerischerseits eine Institution geschaffen werden, im Sinne eines berufspädagogischen Institutes und einer Lehrerbildungsanstalt für Berufsschullehrer, respektive einer berufspädagogischen Hochschule». e. b

Nicht die Arbeit macht mich fertig, sondern die Kaffeepausen

Organisierte Ohnmacht

Die Lehrlingsvereinigung der Firma Bührlé & Co.

Der Lehrling ist nicht nur der Prototyp des ausgebeuteten Arbeiters, sondern auch des im weitesten Sinne Nichtorganisierten. Nach kurzen kollektiven Einführungskursen wird er isoliert an verschiedenen Stellen des Betriebes eingesetzt. Arbeitsteilung, hier Kopf-, da Handarbeiter wird dem Lehrling von Beginn der Lehre an als naturgegebene Notwendigkeit dargestellt; mit derselben Verachtung wie der Angestellte straft der Zeichner- und KV-Lehrling den Mechaniker, oder vielmehr, er wird dazu durch die elitäre Angestelltenideologie angehalten. Versuche der gewerkschaftlichen Organisation von Lehrlingen gibt es bis jetzt (in der Schweiz) nicht. Auf welche Weise aber wirksame Organisationsformen durch die Einrichtung von Vereinigungen «zur Pflege von ...» durch die Geschäftsleitung verhindert werden, zeigt das Beispiel der Firma Bührlé. Mit pingeligster Genauigkeit werden in den Statuten Zweck, Mittel, Organisation, Vorstand, Mitglieder im Stil einer Trachtenvereinigung umschrieben, der Aufwand verdeckt lediglich die absolute Wirkungslosigkeit und Handlungsunfähigkeit des Vereins. Zwecke sind:

«Engere Fühlungnahme zwischen den Lehrlingen und ihre Zusammenarbeit in kameradschaftlicher und beruflicher Beziehung.»

«Vertretung der Lehrlinge der Firma bei Anlässen von ähnlichen Vereinigungen anderer Firmen.»

Organisation und Durchführung a u ß e r beruflicher Veranstaltungen bildender, sportlicher und unterhaltender Art.»

«Pflege des Kontaktes mit ehemaligen Lehrlingen der Firma Bührlé.»

«Sie (die Vereinigung) ist **politisch und konfessionell neutral.**»

Es darf alles behandelt werden, was nicht mit dem Beruf zusammenhängt, mit Fragen der Ausbildung, des Verhältnisses Lehrling—Betrieb, etc. Zu fragen wäre höchstens noch, ob bei Anlässen «bildender Art» politische und konfessionelle Neutralität ebenfalls Voraussetzung ist. Das zitierte Moment von Bildung wirkt besonders grotesk, wenn etwa der Anteil von sog. «allgemeinbildenden Fächern» an der Gewerbeschule berücksichtigt wird und, in Bezug auf die Statuten der Vereinigung, der vorgeschriebene Umfang der Organisation: Wie sollen Lehrlinge, denen Bildung ohnehin nur unter dem Aspekt elitärer und autoritärer Prestiges dargestellt wird, in der Lage sein, selber «bildende Veranstaltung» durchzuführen?

Der Abschnitt «Mittel» behandelt dann mit buchhalterischer Treue so entscheidende Fragen wie die Dauer des Rechnungsjahres, Art der Einnahmen, Art der Ausgaben («können unter anderem bestehen aus Beiträgen an die Aktivmitglieder, an die Kosten von Exkursionen und offiziellen Delegationen, Kosten von anderen Veranstaltungen ...»).

Unter «Organisation» werden die verschiedenen Formationen der Vereinigung beschrieben. Wichtigste Einrichtung ist dabei die Generalversammlung. Sie ist beschlußfähig, wenn zwei Drittel der Aktivmitglieder anwesend sind (Aktivmitglieder sind alle Lehrlinge während der Lehrzeit, die durch den Vorstand auf Anmeldung hin aufgenommen worden sind. Befugnisse der GV sind:

- Aenderung und Ergänzung von Statuten;
- Wahl und Abberufung des Präsidenten und des Vorstandes (Amtsdauer: ein Jahr), der Revisoren und der Mitglieder allfälliger Spezialkommissionen;
- Genehmigung des Voranschlages (...);
- Festsetzung des Mitgliederbeitrages;
- Beschlußfassung über die Verwendung des Jahresüberschusses;
- Ausschluß von Mitgliedern.

Nach § 28 ist jedes Mitglied verpflichtet, das Ansehen und die Wohlfahrt (!) der Vereinigung n a c h Kr ä f t e n zu fördern, die Statuten einzuhalten, Vereinsbeschlüssen n a c h z u l e b e n, und sich den Anordnungen des Vorstandes z u u n t e r z i e h e n ».

§ 31: «(...) Mitglieder, welche die Interessen der Vereinigung schädigen oder ihr z u r U n e h r e g e r e i c h e n, können von der Generalversammlung auf Antrag des Vorstandes ausgeschlossen werden. In dringenden Fällen kann der Vorstand den Ausschluß selber vornehmen, er hat dazu jedoch die nachträgliche Genehmigung der Generalversammlung einzuholen.»

- Auflösung der Vereinigung und Verwendung des Vermögens im Auflösungsfall;
- Beschlußfassung über alle anderen, der Generalversammlung durch das Gesetz die Statuten oder Vorstandsbeschlüsse übertragenen Gegenstände.»

Ein Kommentar zu diesen Befugnissen ist eigentlich überflüssig, befugt sind die Aktivmitglieder lediglich dazu, die gewerkschaftliche Ohnmacht durch Sandkastenspiele und Vereinsmeierei zu erneuern. Aufschlußreich ist jedenfalls die Breite, mit der das Problem des Hinauswurfs behandelt wird. Doch das ist nicht alles. Wenn auch die Lehrlinge an den Generalversammlungen ihre Vereinigung nicht gerade selbst aufheben, so tut es dafür die Geschäftsleitung für sie:

§ 13: Beschlüsse der Generalversammlung über Voranschlag, Jahresrechnung und Vermögensverwendung im Liquidationsfall können gültig nur gefaßt werden, wenn die Geschäftsleitung der Firma dazu v o r h e r i h r e Z u s t i m m u n g g e g e b e n h a t.»

Hauptsache also: die Kasse muß stimmen. Das Ende des § 13 ist nicht nur ein dickes, vor allem im bildlichen Sinne, es bezeichnet genau den Punkt, mit dem die ganze Chose steht und fällt:

«Beschlüsse der GV fallen ohne weiteres dahin, wenn die Geschäftsleitung der Firma innert zehn Tagen seit der Zustellung der Protokolle der Versammlung dagegen Einspruch erhebt.»

Dazu noch ein letztes Zitat aus der Broschüre «Rechte und Pflichten unserer Lehrlinge», in der vor allem Pflichten notiert sind, um «allfälligen Mißverständnissen vorzubeugen»:

§ 10, Abs. 1: «Arbeiten, Besorgungen und Besprechungen für die Lehrlingsvereinigung betrachten wir ebenfalls als Freizeitbeschäftigungen.» mal

(Alle Hervorhebungen von der Red. ZD)

«Im Schulgefüge ist einiges nicht in Ordnung»

Interview mit Gemeinderat Paul Früh über die Kunstgewerbeschule

Lü: Herr Früh, Sie hatten am 30. Oktober letzten Jahres eine Interpellation über die Verhältnisse an der Kunstgewerbeschule eingereicht.

Anfangs Februar beantwortete nun Stadtrat Baur Ihren Vorstoss. Sie konnten sich von der Antwort nur teilweise befriedigt erklären. Weshalb?

Paul Früh: Einige Punkte sind genau so beantwortet worden, wie man das von Herrn Stadtrat Baur gewohnt ist; er ist viel zu sehr auf das eingegangen, was bereits getan worden ist, ohne jedoch ein Konzept für die Zukunft der Kunstgewerbeschule auch nur anzutönen. Baur schilderte beispielsweise sehr ausführlich, wie sehr man die Kunstgewerbeschule innerhalb weniger Jahre vergrössert habe, ohne aber zu erwähnen, dass

die heutigen Raumverhältnisse völlig ungenügend

sind. Der Schulvorstand in seiner Antwort: «In 13 Provisorien, von denen jedoch zwei vor dem Abbruch standen, und elf Mietobjekten standen weitere 7800 m² zur Verfügung. Im Jahre 1959 machte also die Nettonutzfläche für die beiden Schulen rund 19 600 m² aus.»

Das nenne ich Spiegelfechterei. Die Kunstgewerbeschule ist aufgegliedert in Mietobjekte an der Herostrasse, im Allenmoos, bei der Radio- und Fernsehgenossenschaft und so weiter. Das ist eine Zerrissenheit der Schule, eine Zerrissenheit der Konzeption.

Die Konzeption der Kunstgewerbeschule ist falsch.

Wenn man schon so lange Schulvorstand ist wie Stadtrat Baur, sollte man auf einige Jahre hinaus planen und nicht in der ganzen Stadt verteilt Objekte mieten. Das ist — auch in wirtschaftlicher Hinsicht — keine befriedigende Konzeption, um so mehr, als $\frac{1}{4}$ der Bewerber alljährlich abgewiesen werden müssen.

Der Stadtrat müsste einen Gesamtplan entwerfen, wie das ja auch bei der U-Bahn geschieht. Dabei müssten auch die umliegenden Kantone wie Thurgau, Schwyz, Zug und Aargau in die Planung mit einbezogen werden.

Für die Expertenkommission sollte der Stadtrat Fachleute beiziehen, die aber keinesfalls an der Kunstgewerbeschule tätig sein dürfen, um nicht eigene Interessen zu vertreten. Ich sage das, weil der Stadtrat bereits für den «blauen Expertenbericht» Leute beigezogen hat, die in diesem Sinn zu wenig unabhängig waren. So kann man den wahren Bedürfnissen nicht gerecht werden!

Ein weiterer Grund, weshalb ich mich nicht befriedigt erklären konnte: Stadtrat Baur hat in seiner Antwort immer wieder die Gewerbeschule, einen völlig anderen Schultyp, als Vergleich hingezogen. Er hat damit zugegeben, dass er auch hier unsicher ist. Wie im Schulplan umschrieben, sind Ziel und Zweck der Kunstgewerbeschule völlig anders als bei der Gewerbeschule. Um Verwechslungen zu vermeiden, sollte man sie besser «Kunstschule» nennen.

Zu meiner Frage, ob unter dem Lehrkörper der Kunstgewerbeschule eine tiefe Misstimmung und Resignation herrsche, gab Stadtrat Baur zu, dass das erstere stimme.

Es liegt aber auf der Hand, dass eine ständige Misstimmung zur Resignation führen muss. Nach Auskünften massgebender Kunstgewerbelehrer soll diese Phase jetzt erreicht sein.

In der Interpellationsantwort gibt es auch Lichtpunkte, zum Beispiel der Satz: «Entscheidend hierfür (für den Geist der Schule) ist vielmehr die in Freiheit schaffende Lehrerpersönlichkeit.» Wenn dem an der Kunstgewerbeschule so wäre...

Der Satz soll aber keine Phrase bleiben. Der Stadtrat soll diese Freiheit für die gesamte Konzeption zugestehen und dafür

Stadtrat Baur ist in seiner Antwort immer wieder abgeschweift, beispielsweise, als er sich auf die Erfolge der Kunstgewerbeschule berief. Es versteht sich von selbst, dass eine derartige Schule mit Leistungen an die Öffentlichkeit tritt. Werke einzelner begabte Künstler werden herausgestellt, um für die Schule ein gutes Image zu schaffen.

Ich bezweifle sehr, ob die Leistungen der Kunstgewerbeschule das Maximum dessen darstellen, was möglich wäre.

Ein Symptom dafür, dass bei der Kunstgewerbeschule auch zwischen Vorgesetzten und Untergebenen einiges nicht stimmt, war die Aeusserung von Stadtrat Baur mir gegenüber: «Mit den Herren dort unten spreche ich nicht mehr!» Diese Haltung ist hergeleitet aus dem Denken, ein Künstler hätte zu viele und abstruse Ideen; sie war übrigens ein Grund mehr für mich, die Interpellation einzureichen.

Zurzeit beschäftigt sich eine Subkommission der Gemeindeordnungskommission, die hier im Gegensatz zu anderen Gegenden geheim arbeitet, mit

Fragen des gesamten Schulwesens.

Diese Subkommission hat allmählich auch eine Aenderung im Denken des Herrn Schulvorstandes bewirkt.

Stadtrat Baur ist in seiner Antwort vor allem auf Aeusserlichkeiten eingegangen, die mein eigentliches Anliegen in den Hintergrund treten lassen, die Kunstgewerbeschule prinzipiell einmal als Modellfall für alle Schulen zur Diskussion zu stellen.

Auch im Schulgefüge ausserhalb der Kunstgewerbeschule ist einiges nicht in Ordnung; alles geht auf die Rendite aus, schon der Schüler soll rentieren.

Wir wollen keine Fachidioten, sondern Menschen

Auch ist die Schule in der föderalistischen Schweiz fürchterlich aufgesplittert. Wenn man das Schulsystem in den USA — das darf man in der Schweiz — und dasjenige in der Sowjetunion — ich sage das selbst auf das Risiko hin, als Kommunist verschrien zu werden — betrachtet, fällt einem der Unterschied zum schweizerischen Schulsystem stark auf. Die vorgenannten Schulsysteme sind sehr stark auf programmierten Unterricht ausgelegt; bereits in der Volksschule wird begonnen, die Schüler dafür zu interessieren.

Nicht jedes Kantonlein hat sein eigenes Schulbuch. Diese Zersplitterung in der Schweiz muss ein Ende finden, sonst werden wir in zehn Jahren ein Volk von Bildungsmuffeln sein, besonders in internationaler Hinsicht.

Die Mittel, die heute zur Verfügung stehen, müssen deshalb unbedingt ausgenützt werden.

Wir brauchen vor allem technisch gebildete Leute. Der programmierte Unterricht sollte auch bei uns bereits in der Primarschule beginnen.

Die Fähigkeiten des einzelnen müssen sehr früh erkannt werden; entsprechend dem Resultat erfolgt hernach die Ausbildung. Trotzdem darf aber die Allgemeinbildung nicht vernachlässigt werden. Jeder Schüler wird gemäss seinen Talenten in den einzelnen Fächern individuell gefördert, wodurch auch die Freude am Lernen wächst oder vielleicht erst entsteht.

So wird der Schüler im Niveau gehoben und immer mehr zu einem vollen Menschen herangebildet.

Lehrlingswesen

«Kollektives Denken und Handeln ist ungesetzlich!» ...

... erklärte der Inhaber der Buchhandlung Elwert & Meurer in West-Berlin seinen siebzehn Lehrlingen am 13. und 14. Januar 1969 und begründete derselbe Mann die fristlose Kündigung zweier Lehrlinge am 28. Januar.

Wer den westdeutschen und westberliner Buchhandel und den klerikalen «Börsenverein des Deutschen Buchhandels» kennt, der wird sich über patriarchalisches Walten eines Vereinsmitgliedes, also Unternehmers, gegenüber seinen Angestellten sowenig wundern, wie über den Alleinvertretungsanspruch des Vereins gegenüber den im Buchhandel Arbeitenden.

Kurt Meurer, Inhaber von zwei Berliner Buchhandlungen, Pächter einer dritten, Geschäftsleiter einer vierten, ehrenamtlicher Handelsrichter, ehemaliger Arbeitsrichter und Gewerkschaftsfunktionär, kündigte den siebzehn Lehrlingen seiner Firma Elwert & Meurer für den Januar 1969 eine Diskussion an, zu der auch die Abteilungsleiter des Betriebes und die Angestellten hinzugezogen werden sollten. Zur Vorbereitung schlug er den Lehrlingen schriftliche Fixierungen vor.

Das Thema sprach die Lehrlinge direkt an:

«Die soziale Stellung des Lehrlings».

Hatten sie zuvor über gesellschaftliche Probleme in Büchern, die sie verkaufen sollten, gelesen und sich isoliert über Details ihrer Ausbildung beschwert, so ergab sich jetzt die Möglichkeit, gemeinsam und mit Kollegen über die Arbeit der Lehrlinge, ihr Taschengeld, über die Aussichten eines Lohnabhängigen im Buchhandel und das idealistische Bild vom besonderen, weil geistigen, des Buchhändler-Seins, nachzudenken.

Die Musterfirma

Um dem Außenstehenden verständlich zu machen, was sich im Januar 1969 an Stelle der geplanten Diskussion ereignete, muß die Betriebsstruktur der Buchhandlung Elwert & Meurer erklärt werden, wobei die exklusiven Zustände in diesem Betrieb nichts anderes sind, als die geradlinige Konsequenz der sozialen Verhältnisse im gesamten westdeutschen und westberliner Buchhandel. (Ein ähnliches Exempel aus dem Verlagswesen ist etwa der Goldmann-Verlag.) Die genannte Firma, mit zirka hundert Angestellten, davon zirka fünfzehn Lehrlinge, kennt eine strenge Gliederung: Das fängt beim Alleininhaber Kurt Meurer an und geht von der sogenannten Geschäftsleitung (7 Prokuristen) über rund 5 Handelsbevollmächtigte und einen Stamm von ungefähr weitem 20 älteren Angestellten bis zum «normalen», ständig wechselnden, jüngeren Personal, darunter auch Schreibkräfte, Packer, Putzfrauen und eben die Lehrlinge. Es wird sehr viel geleitet, von Leitern und auf der hierarchischen Leiter. Lehrlinge werden bisweilen auch zu Aushilfsarbeiten benutzt und schreiben ein halbes Jahr nichts anderes als Rechnungen, das macht Lehrlinge eher unzufrieden als dankbar.

Zur Artikulation dieser Unzufriedenheit kam es nicht, weil der Firmeninhaber Meurer durch die Vorbereitung der Lehrlinge auf die Diskussion zu ihrer sozialen Stellung im Betrieb, diesen seinen Betrieb in Gefahr sah. Wörtlich: «Ich lasse mir meine Firma nicht von den Lehr-

lingen zerstören. Wenn Sie hier mehr diskutieren als arbeiten wollen, müssen Sie im Geschäftsinteresse die Firma wechseln!»

Es lag durchaus nicht im Interesse der Lehrlinge, die Firma zu wechseln, vielmehr wollten sie die Probleme, die sich ihnen in dieser Firma stellten, die sie aber deshalb nicht als einmalig verstanden, dort lösen, anstatt ihnen durch einen Wechsel ihrer Lehrstelle aus dem Weg zu gehen. Wie sah es aus mit ihrer sozialen Stellung im Betrieb?

Weil sie sich privat getroffen hatten, warf Herr Meurer den Lehrlingen «revolutionäre Zellenbildung» vor; weil sie sich in Rundschreiben auf die angekündigte Diskussion vorbereiteten, ohne diese vorher der Geschäftsleitung vorzulegen, wurde der Verdacht der Kollektivierung ausgesprochen und als gesetzwidrig erklärt und eine Störung des Betriebsfriedens vorgeworfen. Die Diskussion wurde kategorisch verboten.

Firmenantwort auf «Kollektivmaßnahmen»

Als zwei Lehrlinge in der Berufsschule über die Reglementierung in der Buchhandlung Elwert & Meurer berichten und die Vollversammlung sich mit den Lehrlingen solidarisiert, werden die beiden einige Tage später wegen «Kollektivmaßnahmen gegen unsere Firma» fristlos entlassen. Der Betriebsratsvorsitzende erklärt sich mit den Kündigungen schriftlich einverstanden, sagt, daß es keinerlei rechtliche Einwände gebe. Der Berufsschullehrer, als Informant von Herrn Meurer, beklagt vor Schülern die miesen Ausbildungsverhältnisse in dessen Firma und erklärt ebenfalls und trotzdem die Kündigungen für rechtmäßig. Namhafte Autoren und Berliner Buchhändler wenden sich dagegen an Herrn Meurer und verurteilten sein patriarchalisches Vorgehen. Von dem Berliner Buchhändler-Unternehmerverband wird auf Initiative der Fachgruppe Buchhandel und Verlag in der Gewerkschaft HBV (Handel, Banken, Versicherungen) eine Untersuchungskommission gebildet, welche vor einer außerordentlichen Versammlung Bericht erstatten sollte.

Was ergaben diese Stellungnahmen und Initiativen? Herr Meurer verweigerte jede öffentliche Diskussion und informierte einseitig seine Angestellten in zwei kurzen Umläufen über «Verstöße gegen den Betriebsfrieden», «Verletzen gesetzlicher Bestimmungen» und den Entschluß, daß beide Lehrlinge die Firmenräume nicht mehr betreten dürfen. Der Betriebsratsvorsitzende beteuerte seine Ohnmacht, der Berufsschullehrer verkündete den Schülern, daß «es verboten ist, in der Schule schlecht über Unternehmen zu reden», der erwähnten Kommission des Unternehmerverbandes, in dem Meurer Mitglied ist, verweigerte er jegliche Aussage. Die beiden Delegierten der Gewerkschaftsgruppe, welche in der Sitzung jenes Unternehmervereins eine Diskussion der Vorfälle vorschlugen, erfahren, daß der eine Hausverbot hat und dem andern, der ja in einer Berliner Auslieferung arbeitet, fristlose Kündigung droht. Herr Meurer hatte mit dessen Chef telefoniert. Ein Lehrling und eine Angestellte von Elwert & Meurer, die bei der nächsten Betriebsversammlung das Wort ergreifen, werden für die letzten Wochen ihres ablaufenden Arbeits- und Lehrverhältnisses beurlaubt.

Der Einfluß, den Herr Meurer geltend machen konnte, die Zustimmung, die er vom Betriebsrat und einem

Ein ehemaliger Lehrling will nicht länger schweigen

Die Ausbildungsqualität im Lehrlingswesen ist heute weitgehend der Initiative der Lehrfirma überlassen. Daraus ergibt sich ein sehr unterschiedliches Niveau in der Berufsausbildung. In vielen Berufen sind die Lehrlinge glänzend aufgehoben — in grossen Firmen gibt es sogar Fachleute, die eine Lehrlingsabteilung zu betreuen haben, selbst Lehrlingsturnen, Nachhilfestunden, Aufgaben- und Freizeit sind bestens organisiert. Diese Musterbeispiele dürfen aber nicht über die allgemein vernachlässigte, ja sogar skandalöse Berufsausbildung hinwegtäuschen.

Jedem schlecht gestellten Lehrling, der über Missstände klagt, werden seine viel zu gleichgültigen Kollegen aus den bessergestellten Betrieben zum Verhängnis. Die verantwortlichen Instanzen legen diese Klagen mit dem Hinweis auf die «ruhigen» Lehrlinge aus den fortschrittlichen Lehrbetrieben zu den Akten. Um aber Reformen, tiefgreifende Reformen durchführen zu können, darf der Massstab nicht bei den luxuriösesten Lehrbetrieben angelegt werden; diese dürfen nur als richtungsweisende Beispiele gelten. Um die Grundlagen zum annähernd richtigen Ausgangspunkt zu bekommen, muss nicht oben, sondern unten gemessen werden. Dort nämlich, wo der Profit auch bei der Lehrlingsausbildung erstes Gebot ist. In jenen Klassen, wo die Zustände in einem unhaltbaren Leerlauf ausarten. Bei jenen Lehrlings- und Prüfungskommissionen, wo Willkür und Konkurrenzkampf die Noten bestimmen.

Um aber eine Grundlage zu erhalten, benötigt man Informationen. Diese sind aus zwei Gründen äusserst spärlich:

● Ein ernsthafter Lehrling hat keine Zeit für Schulreformen, und somit auch keine Zeit für einen aufbauenden Stiftungszusammenschluss, welcher über Mitspracherecht und andere brennende Probleme beraten und dafür einstehen könnte.

● Ein Lehrling ist gebunden, und bei vielen Lehrmeistern und Lehrern hat man den Eindruck, ihr höchstes Ziel sei es, einem Stift den Mund zu verstopfen. Vorgesetzte, die mit Ausbildung und Bildung zu tun haben, sollten sich bewusst werden, dass unsere Welt nicht Musterlehrlinge, sondern selbstbewusste Berufsleute braucht. Wenn nun einem Lehrling etwas nicht passt, wenn er sich gegen Uebelstände auflehnt, so steht er meistens machtlos einer uralten Druckmittelpraxis gegenüber. Wenn der seltene Fall eintritt, dass ihn sein gesetzlicher Vertreter unterstützt, und dieser vertragswidrige Vorkommnisse vor die Lehrlingskommission bringt, so wird dort bestenfalls irgend eine fadenscheinige Kompromisslösung an den Haaren herbeigezogen. Schliesslich will man wegen einem Stift eine «Geschäftsfreundschaft» nicht mit einer Feindschaft tauschen.

Kritik ist die Wiege des Fortschritts. Ohne die Triebfeder der Kritik gibt es keine positiven Neuerungen. Dass auch die Lehrwerkstätten und Gewerbeschulen in den Prozess ständiger Neuerungen einbezogen werden müssen, das muss vor allem den Lehrlingen



Gerhard Bucher
klagt über die vernachlässigte Lehrlingsausbildung

erst noch richtig bewusst werden. Und wenn etwas erneuert wird, ein Gesetz zum Beispiel, dann darf auf keinen Fall angenommen werden, wir hätten jetzt die goldene Lösung für ewige Zeiten; denn kaum etwas ist für immer richtig. Ziel sollten nie Rezepte für die Ewigkeit sein, unsere Aufgabe ist es, die Gegenwart in bestmöglichem Zustand zu halten. In der Schweiz wird vieles in Angriff genommen. Man denke nur an das neue Gesetz für Berufsbildung des Kantons Bern, es ist ein wahres Vergnügen, darin zu lesen. Gewiss, es ist ein grosser Schritt vorwärts, aber es bleibt Theorie, wenn nicht auch die Praxis das Intrigenspiel um Kommissionen, Experten, Lehrer und überhaupt die Einstellung zum Lehrling grundlegend geändert wird.

Ich möchte noch erläutern, dass dies alles nicht aus einem wirklichkeitsfremden Pessimismus erwachsen ist: Ich habe vor zwei Monaten meine Lehrzeit als Goldschmied gut abgeschlossen und habe somit ausbildungsmässig einen der schlimmsten Berufe am eigenen Leibe erfahren. Ich habe erlebt, wie mein Chef, der in der «Lehrlingskommission» sitzt, den Lehrvertrag kaum kennt und somit in wesentlichen Punkten auch nicht befolgte. Ich habe in der Schule einen katastrophalen Lehrerwechsel erlebt, welcher mit einer Niete gekrönt wurde, die Berufskunde geben sollte, und damals, vor drei Jahren, kaum etwas davon verstand. Derselbe Lehrer gibt

heute noch jedem Lehrjahr je einen halben Tag Unterricht im Zeichnen, ohne dass er je eine anständige Zeichnung hervorgebracht hätte. Ich habe erlebt, wie unser «Lehrer für allgemein bildende Fächer» in der Staatskunde romantisch über Sexualprobleme und Kommunismus plauderte, ohne davon etwas zu begreifen. Ich musste es mir von beiden Herren gefallen lassen, wegen Kritik zweimal aus der Lehre geschmissen zu werden, was aber dank verschiedenen langen Briefen meines Vaters misslang. Daneben musste ich zusehen, wie andere Schüler, die einfach nur da waren und schwiegen, Elektrowagen bauen durften oder, wenn sie Mädchen waren, stricken und häkeln konnten, wenn sie sich nur still hielten. Ich habe auch die Unzulänglichkeiten an der Lehrabschlussprüfung erlebt, und schon vorher musste ich hören, wie fast ganze Generationen über dieselben Prüfungsmissstände und Experten klagten, und wie sie dann sagten: «Vorbei ist vorbei!», weil sie dachten: «Wir haben es gefressen — du sollst es auch fressen — brauchst es nicht besser haben als wir.»

Ich habe mir fest vorgenommen, nach der Prüfung nicht zu schweigen. Ich habe gelobt, etwas zu unternehmen, auch wenn's nicht rentiert. Ich hoffe nur, dass unsere Generation nicht auf so miserable Art zusammenarbeiten wird. Vor allem erhoffe ich uns in der Zukunft mehr Offenheit.

Gerhard Bucher